

Kapitel III – Guatemala: Modernisierung und Raumkonstitution

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Fragmentierung von Raum, Kultur und Modernisierung in Guatemala. Zunächst rekonstruiere ich die Bedeutungen der Konzepte *Tierra*, *Comunidad* und Nation für die postkoloniale Machtgeographie der „zweigeteilten Welt“ (3.1.). In einem zweiten Schritt analysiere ich die Ursachen für die Krise des postkolonialen Nationalstaates (3.2.). Anschließend untersuche ich das Aufstandsbekämpfungsprogramm „Nationaler Plan für Sicherheit und Entwicklung“ der guatemalteckischen Streitkräfte hinsichtlich seiner Kraft zur Reorganisation von Raum und Gedächtnis (3.3.). Im Mittelpunkt des zweiten Teils des Kapitels (3.4.) steht die Rekonstruktion des selbst organisierten Rückkehrprojektes der Flüchtlinge – *el Retorno* – als Modernisierungsoffensive, die mit dem „Nationalen Plan für Sicherheit und Entwicklung“ in Zeit und Raum konkurrierte und allgemein ausgedrückt die Differenz zum Nationalstaat markierte.

3.1. *Tierra* und *Comunidad* im postkolonialen Guatemala

Das Fundament der Herrschaft des postkolonialen Nationalstaates in Guatemala bildete die ethnisch determinierte räumliche Segregation. Sie stellte eine spezifische Konkretisierung der kolonialen Raum- und Zeitkonstruktionen des „anachronistischen Raumes“ und der „panoptischen Zeit“ dar, die ich als „zweigeteilte Welt“ (McClintock 1995) charakterisiert und mit der Metapher der Apartheid beschrieben habe. Die Machtgeographie der „zweigeteilten Welt“ beinhaltet eine Spaltung des Raumes mit Hilfe dichotom territorialisierender Zuschreibungen von „Zivilisation“ (Fortschrittlichkeit) und „Wildnis“ (Rückständigkeit). Geographische, körperliche und kulturelle Differenz werden als entwicklungsgeschichtliche Differenz formuliert und auf die räumliche Achse projiziert (vgl. 2.3. und 2.4.). Auf diese Weise exkluierte die Erzählung der postkolonialen Nation in Guatemala die indigenen Gruppen. Sie positionierte sie als das „rückständige Andere“ in der *Comunidad* und synthetisierte dort einen Raum der „Wildnis“ und „Bedrohung“. Die indigenen Gruppen ihrerseits lokalisierten in der *Comunidad* einen Raum des Rückzuges und der Autonomie gegenüber den Zugriffen der Agenten des Nationalstaates auf Land (*Tierra*) und Arbeitskraft. Es entwickelte sich ein „antagonistisches Verhältnis“ (Smith 1990) zwischen *Comunidad* und Nationalstaat. Die *Tierra* wurde dabei zu einem bis heute umkämpften Ort.

3.1.1. Dimensionen des Konzeptes *Tierra*

Guatemala steht mit Brasilien an der Spitze der lateinamerikanischen Länder mit extremer Ungleichheit des Landbesitzes. Die Realität der Landkonzentration ist drastisch: 96 Prozent der Produzenten und Produzentinnen bearbeiten 20 Prozent des Bodens und leben in Bedingungen der Subsistenz, der Infrasubsistenz oder seit den 1990er Jahren zunehmend von Rücküberweisungen der Migrantinnen und Migranten in den USA⁶³, während 0,2 Prozent der Produzenten und Produzentinnen 70 Prozent des Bodens besitzen (vgl. Gauster 2003: 140).⁶⁴ Diese aktuelle Ungleichheit des Landbesitzes hat eine lange Geschichte. Seit der nationalen Unabhängigkeit Guatemalas im Jahr 1821 sind die Kontrolle über den Boden und der Landbesitz in Guatemala Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen um Macht und Herrschaft. Die *Tierra* ist in Guatemala deshalb nicht nur ein Produktionsfaktor, sondern der zentrale Ort, an den sich konkurrierende Vorstellungen von der Ausgestaltung sozialer Räume, von Kultur und Geschichte, aber auch von Zukunft und Entwicklung, von Subjektwerdung und Bürgerschaft, von kollektiver und individueller Autonomie, von Eigentum und materieller Sicherheit heften. So hat der Begriff *Tierra* vielfältige, sich überlagernde Bedeutungen und Funktionen, die oft in das gleiche physische Stück Land „kreuz und quer“ eingeschrieben sind und es mehrfach kartieren. Dies spiegelt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, in der Agrarrealität. Sie bezeichnet der Ethnologe Markus Stumpf (2003a: 130) als „ein Chaos voller Überlagerungen und Parallelitäten“, welche die in den Friedensverträgen von 1996 vorgesehene Einrichtung eines einheitlichen Bodenregister- und Katastersystems bislang unmöglich gemacht haben:

Landrechte aus der Kolonialperiode mit ihren Latifundien und aus der Unabhängigkeitsperiode mit den Landenteignungen am Ende des 19. Jahrhunderts für den Kaffeeanbau; Teile der Agrarreform von 1952 und ihrer späteren Rücknahme; die Kolonialisierungspolitik ab den 60er Jahren; Mord, Vertreibung, Neuvergabe des Landes und Rückkehr während und nach dem Bürgerkrieg; die Gründung von Naturschutzgebieten; die Landvergabe über den Landfonds⁶⁵; diverse Landbesitz- und

⁶³ vgl. u.a. Burba 2003a, Koher 2003.

⁶⁴ vgl. auch CONGCOOP/CNOC 2002, MAGA 1998, Fundación Guillermo Toriello 2000.

⁶⁵ Die Einrichtung des Landfonds „Fondo de Tierras“ (*FonTierras*) 1997 ist ein Ergebnis der Friedensverträge. *FonTierras* „vergift“ kein Land, sondern er ist ein Mechanismus zur Kanalisierung von Krediten zum Landerwerb, zur Verwaltung staatlichen Landbesitzes und zur Vermittlung zwischen Anbietern und Anbieterinnen und potenziellen Käufern und Käuferinnen von Land. Organisierte Gruppen von Repatriierten, Rückkehrer/innen und intern Vertriebenen werden bei der Kreditvergabe zwar bevorzugt, Kaufpreise und Zinsen folgen jedoch den Regeln des freien Marktes. *FonTierras* ist das Instrument *par excellence* für die von der Weltbank vorgeschlagenen Konzepte einer Markt gesteuerten Agrarreform. Der Gründung von *FonTierras* liegt die Annahme zugrunde, dass die so genannte Landfrage, die eigentlich eine Frage der extrem ungleichen Verteilung des Landbesitzes und damit eine soziale Frage ist, über das „Ankurbeln“ eines Bodenmarktes sowie über die Gewährleistung des „Rechtes der Armen“ auf einen Kredit zu lösen sei (vgl. CONGCOOP/CNOC 2002).

Nutzungsformen der indigenen Bevölkerung usw. Was heute vorzufinden ist, sind jeweils Fragmente dieser Agrargeschichte (ebd.).

Tierra ist in Guatemala historisch also nicht nur die zentrale Akkumulationsachse, sondern sie ist eine soziale Konstruktion.⁶⁶ Deshalb ist es wenig sinnvoll vorgeblich authentischen Perzeptionen von *Tierra* der vorkolonialen Bevölkerung Mesoamerikas nachzuspüren, um eine bis heute geltende Kontinuität indigener kultureller Konzepte von *Tierra* jenseits des individuelle Eigentumsdenkens nachzuweisen (vgl. u.a. Grünberg 2003). Der koloniale Staat und der postkoloniale liberale Agrarexportstaat haben die Vorstellungen von *Tierra* der indigenen Gruppen ebenso geprägt wie die staatliche Agrarpolitik und die Besiedlungsprojekte der katholischen Kirche in den 1960er und 1970er Jahren, die Exilerfahrungen der Flüchtlinge und die Programme zur Wiederansiedlung der Vertriebenen. Wer historisch begründete Perzeptionen von *Tierra* der indigenen Gruppen in Guatemala untersuchen will, muss sich zudem die Mühe machen, sie jeweils auf der lokalen Ebene zu erforschen. Denn regional oder lokal orientierte historiographische Studien führen zu dem Schluss, dass Praktiken und Vorstellungen bezüglich des Ortes *Tierra* sehr stark differieren und von vielen anderen Faktoren als dem ethnischen abhängig waren und sind. Zu berücksichtigen sind beispielsweise religiöse Praktiken, die von Region zu Region verschiedenen Regelungen zur Landvergabe und Landnutzung, das Verhältnis zwischen *Comunidades*, Kirche und Staat sowie die unterschiedlichen Erfahrungen indigener Gruppen bezüglich der Intensität und Wirkung des Krieges.⁶⁷ So verwirft der Historiker David McCreery bereits für das Ende der Kolonialzeit den Mythos vom kollektiven Eigentumsdenken der indigenen Gruppen: “Within the community itself, land was held in every imaginable combination of use tenure and private property” (1990: 98). Ich beschränke mich deshalb auf eine Skizzierung der die *Tierra* betreffenden Gesetzgebungen und Bedeutungszuweisungen von der Kolonialzeit bis zum Beginn der 1980er Jahre.⁶⁸

Das Interesse der spanischen Krone nach ihrer Invasion (*Conquista*) 1524 in Guatemala richtete sich in der ersten Phase weniger auf den Landbesitz, sondern auf schnellen wirtschaftlichen Gewinn, der mit der Einführung eines Tributsystems und der Ausbeutung der Arbeitskraft der indigenen Gruppen beispielsweise in den Minen des westlichen Hochlandes erzielt werden sollte. Das eroberte Territorium wurde in Bezirke aufgeteilt. Kastilier oder im

⁶⁶ vgl. zur kolonialen und postkolonialen Herrschaftsstruktur und zur Konstitution von Raum in Guatemala Smith (1990), Garbers (2002), Lovell (1990) und Stumpf (2003b).

⁶⁷ vgl. u.a. Avancso 2002, Carmack 1990, Lovell 1990, McCreery 1990, Smith 1990.

⁶⁸ In diesem Zusammenhang ist einschränkend darauf hinzuweisen, dass historische Untersuchungen zur materiellen und symbolischen Bedeutung von *Tierra* in Ermangelung schriftlicher Dokumente von Zeitzeugen dazu neigen, Gesetze als allgemein gültige historische Realität zu interpretieren (vgl. McCreery 1990: 97).

Land geborene Spanier (*Criollos*) erhielten als „Privatunternehmer“ oder – ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts – als lokale Distriktsbeamte von der spanischen Krone einen Bezirk, einschließlich des dazugehörenden Landes und seiner Bewohner/innen. Das beinhaltete das Recht, diese zur Zahlung von Tributen und zur Zwangsarbeit zu verpflichten. Diese Systeme hießen *Encomienda* beziehungsweise *Repartimiento*. Im Rahmen des katholischen Missionssystems des kolonialen Staates wurden die zumeist verstreut lebenden Menschen eines Bezirks in nach spanischem Muster angelegte Dörfer unter der Kontrolle der Kirche und der Distriktsbeamten umgesiedelt. Diese Ansiedlungen wurden *Congregación* oder *Reducción* genannt und die entstehenden internen Verwaltungsstrukturen mehrerer *Reducciones* als *Pueblos de Indios* bezeichnet. Sie stellten einerseits den Beginn der *Comunidad* als lokale Form indigener Vergemeinschaftung dar (vgl. 2.3.). Andererseits markierten sie den Ort, an dem der *Indio* als das inferiore „Andere“ in den kolonialen Sozialraum eingeschrieben wurde. Die Figur des *Indios* ist also eine koloniale Körperkonstruktion, ein historisches Resultat der kolonialen Unterdrückung (vgl. Martínez Pelaez 1994: 615). Das Land, das die Bewohner/innen der *Reducciones* bearbeiteten, wurde nicht im eigentlichen Sinne enteignet. Sie betrieben dort meist weiter Landwirtschaft in der extensiven Form eines Austauschsystems (vgl. McCreery 1990).

Erst eine wirtschaftliche Rezession in ganz Zentralamerika führte während des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts zur wachsenden Bedeutung des Landbesitzes. Das System der *Composición* wurde eingeführt. Die spanische Krone verkaufte aus Geldmangel Land aus dem königlichen Besitz an *Criollos*. Spanier hatten die Möglichkeit, Landtitel über das von ihnen bereits angeeignete Land gegen eine Gebühr zu pachten. Das führte zur Konzentration von Land und zum Großgrundbesitz (*Haziendas*). 1721 wurde die *Encomienda* abgeschafft. Die neuen Privateigentümer großer Ländereien führten für die *Reducciones* stattdessen das System der Schuldknechtschaft („peonaje por deudas“) ein. Ein Großteil des Landes verblieb jedoch als Gemeindeland der *Pueblos de Indios* in kirchlichem oder staatlichem Besitz. Bereits für diese Zeit weist McCreery die Behauptung, dass es innerhalb der indigenen Gruppen keine Vorstellung von Privateigentum gegeben habe, als verkürzt nach. Er räumt aber ein, dass Privatbesitz im Rahmen des praktizierten landwirtschaftlichen Austauschsystems, das beinhaltete, Ländereien oft lange brachliegen zu lassen, in der Regel kaum Sinn gemacht habe:

Within the community, of course, individual property of various sorts existed, parallel to and often intermixed with community-owned tracts. [...] Such parcels had existed, at least from the immediate postconquest years. In general, though, and apart from clan claims, individual private property in land made little sense in a regime of shifting cultivation (a.a.O. 99).

Auch nach der Unabhängigkeit Guatemalas von der spanischen Krone 1821 wurde das beschriebene System weit gehend beibehalten. Erst während der liberalen Reformperiode (1871-1929) und im Kontext der Gründung des postkolonialen Nationalstaates erfuhren die Bedeutungen von *Tierra* und Besitz Verschiebungen. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die staatliche Ökonomie vorrangig auf die Agrarexportwirtschaft ausgerichtet. Der Staat förderte aktiv die Entstehung einer neuen wirtschaftlichen Elite von Kaffeeplantagenbesitzern, die sich aus kreolischen sowie aus europäischen Einwanderern zusammensetzte. Aus dieser Elite ging die guatemalteckische Kaffeeoligarchie hervor. Sie bildete in der Folge zwar einen ökonomisch dominierenden, nicht aber einen politisch regierenden Sektor (vgl. Le Bot 1995: 73).⁶⁹ Im Kontext der Liberalisierung der Wirtschaft erfuhren die Landbesitzformen und die sozialen Differenzierungen für den Zugang zu Land Transformationen. Die Privatisierung der kirchlichen und kommunalen Ländereien der *Comunidades* und *Municipios* (Landkreise), wie die *Pueblos de Indios* der Kolonialzeit nun genannt wurden, die nicht über Eigentumsurkunden verfügten, sowie die Zwangsarbeit wurden nun mit Hilfe von neuen Gesetzen verrechtlicht und die Kirche wurde enteignet. 1874 verabschiedete der regierende General Justo Rufino Barrios ein Gesetz, das die Enteignung von Land vorsah, welches als nicht produktiv genutzt definiert wurde (*Baldíos*).⁷⁰ 1877 trat das so genannte „Pachtablösegesetz“ in Kraft. Es beendete das System der jährlichen Pacht für kommunales Land aus Erbpachtverträgen der Kolonialzeit und Landeigentum wurde mit privatrechtlichen Besitztiteln ausgestattet. Die Landrechte der *Comunidades* über ihr Gemeindeland (*Ejidós*) in der Nähe ihrer Siedlungen verloren nicht ihre Gültigkeit, sondern wurden sogar mit den neuen Landgesetzen festgeschrieben. McCreery ist der Ansicht, dass die liberalen Reformer ein vitales Interesse an einer weiteren Existenz des Gemeindelandes hatten, leisteten doch die *Comunidades* zum einen nach wie vor den größten Teil der nationalen Nahrungsmittelproduktion. Zum anderen sicherte eine kontrollierte Subsistenzproduktion die Reproduktion der Arbeitskräfte auf den Agrarexportplantagen. Allerdings wurde der Privatbesitz nun privilegiert behandelt und deshalb die Parzellierung und individuelle Titulierung der *Ejidós* gefördert. Zudem wurden die *Municipios* angehalten bzw. unter Druck gesetzt, ihr kommunales Land vom Staat zu kaufen, das als brachliegend klassifiziert worden war. In diesen Fällen drohte im Falle der Weigerung die Enteignung (vgl.

⁶⁹ Die Interessen der Oligarchie waren deshalb keineswegs deckungsgleich mit denen der nationalstaatlichen Institutionen. Oligarchie und Regierungen gingen aber strategische Bündnisse ein (vgl. Smith 1990: 13).

⁷⁰ Als produktives Land, auf das der Staat keinen Anspruch erhob, wurden nur die Anbaugelände von Kaffee, Zuckerrohr, Futterpflanzen (Weideland) und Kakao definiert (vgl. Stumpf 2003b: 178).

McCreery 1990: 106-107). Der gestiegene Bedarf an Arbeitskräften für die Agrarexportproduktion sollte insbesondere durch die juristische Reformulierung des Schuldknechtschaftsverhältnisses als Tagelöhnergesetz gewährleistet werden. Dieses so genannte „mandamiento de trabajo“ bedeutete die Zwangsarbeitsverpflichtung der *Comunidades* für Arbeiten auf den Kaffeeplantagen und im Infrastrukturbereich. Doch auch hier hing die Umsetzung des Gesetzes davon ab, wie viel Widerstand die *Comunidades* zeigten und mit wie viel Nachdruck Arbeitskräfte rekrutiert wurden.⁷¹ Viele *Comunidades*, die im Rahmen der Reformen nur noch ihre *Ejidos* rund um die Wohnsiedlungen im westlichen Hochland behalten und beispielsweise Land in den Agrarexportgebieten verkauft hatten oder enteignet worden waren, änderten ihre sozialen- und Arbeitsbeziehungen auch ohne staatlichen Druck. Die Bewohner/innen dieser *Comunidades* begannen als Saisonarbeiter/innen für einige Monate im Jahr oder als feste Arbeitskräfte in die Agrarexportplantagen zu migrieren: „[O]f course, coffee hit the local economy and society as a tidal wave, engrossing land and converting local inhabitants into *colonos* (resident workers) or day laborers on the *fincas* (coffee plantations)” (McCreery 1990: 107). 1878 wurde das Tagelöhnergesetz mit einer Klausel gegen die „Landstreicherei“ erweitert. Sie sah vor, alle Personen, die keiner formalen Arbeit nachgingen, aber auch Nutzer von als unbewirtschaftet geltenden Grundstücken zu unentgeltlichen Arbeitsleistungen für den Staat oder auf den Plantagen zu verpflichten. In den 1930er Jahren verabschiedete der bis 1944 regierende Staatschef Jorge Ubico auf dieser Grundlage ein weiteres Gesetz gegen die Landstreicherei, das die enge Verknüpfung von privatem Landbesitz und der Gewährung minimaler Rechte des Individuums wie die Freiheit von Zwangsarbeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit zeigt: Wer nicht nachweisen konnte, mehr als elf Hektar Land zu besitzen, konnte als „Landstreicher“ festgenommen werden und hatte die Wahl zwischen 100 bis 150 Tagen Zwangsarbeit pro Jahr, beispielsweise im Straßenbau, oder einer Haftstrafe (vgl. Stumpf 2003b: 179). Die Militarisierung des Staates sollte dieses System von Enteignung des Landbesitzes der *Comunidades*, Schuldknechtschaft und Zwangsarbeit absichern.

Die Auseinandersetzungen um Landbesitz, Landzugang, Landrechte und den Zugriff auf Arbeitskräfte, die die Beziehungen zwischen dem postkolonialen Agrarexportstaat und den *Comunidades* und *Municipios* prägten, waren weitaus komplexer als hier dargestellt und müssen wie erwähnt regional untersucht werden. Zusammenfassend ist jedoch zu sagen, dass

⁷¹ Teilweise dauern die Rechtsstreitigkeiten der *Comunidades* um ihre Ländereien bis heute an. Dabei argumentieren die betreffenden *Comunidades* innerhalb eines Rechtsdiskurses, der ihre historische Kontinuität stark macht und Besitz als Recht der *Comunidad* auf Landnutzung definiert. Sie rekurrieren dabei auf Landrechts- und Eigentumsformen, die teilweise aus der Kolonialzeit stammen (vgl. Grünberg 2003: 200).

sich in den *Comunidades* eine Vorstellung von *Tierra* als verrechtlichtes familiäres oder individuelles Privateigentum und als umkämpfter Ort durchsetzte. Denn durch die Privilegierung des Privateigentums verloren diese sukzessive den Zugang zu Land und hatten jenseits der nun die *Comunidad* territorial begrenzenden *Ejidos* nur noch wenige Möglichkeiten des Zugriffs. Dies bedeutete auch eine weitere limitierende Kartierung und territoriale Fixierung der „Welt der *Comunidades*“: „The initial impact of Liberal land policy and coffee was, thus, to cut away at peripheral community lands while reinforcing control over the core ejido“ (McCreery 1990: 113). Die Verbindung zwischen Landknappheit bzw. Landlosigkeit und Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Armut und wachsender sozialer Desintegration der *Comunidades* aufgrund der (saisonalen) Migrationsbewegungen in die Agrarexportplantagen führte andererseits zu einer Vorstellung von *Tierra* als einem Ort, mit dem materielle Sicherheit, Wohlstand, Fortschritt und Autonomie verbunden wurde (vgl. Garbers 2002: 213ff.). Als Machtressource zur Verteidigung der *Tierra* begann die formale Bildung eine wichtige Rolle zu spielen.⁷² Markus Stumpf geht zwar von der oben verworfenen ethnologischen Annahme aus, es existiere bis heute eine authentisch indigene Perzeption von *Tierra* als Gemeinschaftsgut, die sich auf vorkoloniale sozial-religiöse Praktiken und Nutzungsformen beziehe (vgl. Stumpf 2003a: 137). Empirisch stützt sich Stumpf jedoch auf Interviews und eine regionale Analyse des Wandels von *Tierra*-Konzeptionen einiger *Comunidades* des westlichen Hochlandes, die zum einen die neue Bedeutung der formalen Bildung zeigt und zum anderen durchaus Verallgemeinerungen zulässt, was die Durchdringung der *Comunidades* mit der liberalen Eigentumsideologie des postkolonialen Nationalstaats betrifft. So konstatiert einer von Stumpfs Interviewpartnern:

[Ende des 19. Jahrhunderts] entstand die Idee, dass jeder ein Stück [Land] für sich haben müsste und so wurde individueller Landbesitz eingeführt. Und in Bezug auf den Landbesitz, also bei denjenigen, die ein bisschen lesen konnten, wurden ihre Rechte mehr respektiert, so dass der Landtitel in ihrem Namen blieb und jene, die nicht lesen konnten, also ihre Namen wurden nicht in die Titel aufgenommen, und deswegen gibt es bis heute viele Leute, die kein Stück Land haben. Das ist jedoch nicht so, weil sie es nicht besessen hatten, es ist nicht, weil ihre Eltern von der Luft gelebt hatten, sondern das Problem war die Titulierung. Also so begann das alles, mit dem Auftauchen von Privatbesitz [...] (Interview mit Juan Juárez am 14.11.1998, zitiert nach Stumpf 2003b: 181).⁷³

⁷² Mit formaler Bildung ist hier das Beherrschen der spanischen Sprache in Wort und Schrift gemeint. Wie erwähnt werden in Guatemala neben dem Spanischen, das bis 1996 einzige Amtssprache war, etwa 22 weitere Sprachen gesprochen, die mehrheitlich orale Sprachen sind (vgl. u.a. Heckt 2002).

⁷³ Stumpf bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die liberale Epoche der „Landtitelgesetze“, wie seine Interviewpartner diese Zeit nennen, nicht nur zur internen Arbeitsmigration in die großen Agrarexportplantagen in den Departments Alta- und Bajaverapaz und an die Südküste führten, sondern zur Abwanderung ganzer *Comunidades* nach Mexiko (Chiapas), von denen einige 1895 die mexikanische Staatsangehörigkeit und die Landtitel zu ihren Siedlungen erhielten (vgl. a.a.O. 181).

Es ist also davon auszugehen, dass die während der liberalen Phase etablierte faktische Gleichsetzung von privatem Landbesitz mit materieller Sicherheit und der Freiheit des Individuums seither auch die Konzepte von *Tierra* der indigenen Gruppen prägen.

Im Zuge der bürgerlich demokratischen Revolution 1944, die zum Sturz von Jorge Ubico führte, wurde die Verbindung zwischen privatem Landbesitz und Bürgerschaft mit dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung 1945, die ein Mehrparteiensystem sowie ein Geschlechter differenzierendes System von Wahlrecht/Wahlpflicht vorsah, formal entkoppelt. So wurde alle Männer über 18 Jahre, die lesen und schreiben konnten, verpflichtet, sich in das Wahlregister einzutragen und an den Wahlen teilzunehmen. Für (in spanischer Sprache) alphabetisierte Frauen sowie für nicht alphabetisierte Männer wurde ein *Wahlrecht* eingeführt (vgl. Fijate 2003: 1). Frauen, die des Lesens und Schreibens in spanischer Sprache nicht mächtig waren, konnten die Staatsbürgerschaft nicht erhalten. Der Anteil der in diesem System wahlberechtigten Frauen lag Schätzungen zufolge bei rund einem Drittel. Die große Mehrheit der indigenen Frauen blieb von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen (vgl. Dallner 2002: 7). Die erste Reformregierung von Juan José Arévalo (1945-1950) schaffte auch die Zwangsarbeitsverordnungen und „Landstreichergesetze“ ab. Sie gab aber das während der „Epoche der Landtitelgesetze“ den *Comunidades* enteignete Land nicht zurück. Stattdessen führte der zweite Präsident des so genannten „demokratischen Frühlings“, Jacobo Arbenz (1950-1954), im Jahr 1952 zugunsten einiger tausend Familien landloser Kleinbauern eine Bodenreform durch und enteignete teilweise den Großgrundbesitz transnationaler Agrarkonzerne, beispielsweise die US-amerikanische „United Fruit Company“ (UFC).

1954 putschte der General Castillo Armas erfolgreich gegen die Arbenz-Regierung und machte alle politischen und sozialen Reformen umgehend rückgängig. In den folgenden Jahrzehnten wechselten sich verschiedene Militärregierungen an der Macht ab. Statt eine erneute Bodenreform durchzuführen verabschiedete die Regierung von Miguel Idígoras Fuentes (1957-1963) 1962 das Gesetz zur „Transformation des Agrarsektors“ und gründete das „Nationale Institut zur Transformation des Agrarsektors“ („Instituto Nacional de Transformación Agraria“ - INTA). Die Ziele des Gesetzes und der neuen Behörde waren die „Ausweitung der Agrargrenze“: die Schaffung so genannter ländlicher Entwicklungs- oder Kolonisierungszonen („Zonas de Desarrollo Agrario“), die Gründung von Agrargemeinschaften („Comunidades Agrarias“), die Entwicklung eines öffentlichen Agrarsektors („Sector Público Agrario“ - SPA)⁷⁴ sowie die Herausbildung einer sozialen Schicht von kleinen und

⁷⁴ Die Organisation des SPA war sowohl Teil der administrativen Rationalisierung als auch der erste Versuch

mittleren unabhängigen landwirtschaftlichen Produzenten und Arbeitern. Konzipiert und mitfinanziert wurde das Projekt von der US-amerikanischen Entwicklungshilfeeinrichtung US-AID und der von den USA ins Leben gerufenen „Allianz für den Fortschritt“ („Alianza para el Progreso“), die verschiedene lateinamerikanische Länder mit einschloss. Alle folgenden Aktivitäten und Programme basierten auf dem Konsens der guatemaltekischen Regierungen und der beteiligten US-Institutionen, dass eine Agrarreform, die Enteignungen beispielsweise von brachliegendem Großgrundbesitz beinhalten könnte, zu umgehen sei. Die vorherrschenden feudalen Landbesitzstrukturen sollten im Prinzip unangetastet bleiben, soziale Spannungen aber gleichzeitig soweit abgefedert werden, dass sich keine breiten sozialen Bewegungen formieren, die dem Beispiel der kubanischen Revolution folgen könnten (vgl. CONGCOOP/CNOC 2002: 17). Zwischen 1962 und 1981 vergab und verwaltete INTA vor allem staatliche Kaffeeplantagen, die nach dem zweiten Weltkrieg deutschen Kaffeebauern enteignet worden waren oder koordinierte die Besiedlung in den Kolonisierungs- und Entwicklungszonen der Departments Petén, Alta Verapaz und Quiché.⁷⁵ Die Hauptzielgruppe der Begünstigten sollten vor allem Familien von landlosen Kleinbauern und Landarbeitern aus *Comunidades* des westlichen Hochlands sein.⁷⁶ Die Landverteilungspolitik von INTA beinhaltete eine paternalistische Haltung gegenüber den indigenen Gruppen. Sie instituierte die Familie als „natürliche“ unternehmerische Einheit und prägte die Vorstellung, dass ein Mann Landbesitzer und Repräsentant des Haushaltes ist: Obwohl das Gesetz zur „Transformation des Agrarsektors“ das über die INTA-Programme vergebene Land als „familiäres ländliches Besitztum“ definierte, beschränkte sich INTA darauf, die Zuteilung und provisorische Titulierung jeweils auf den Namen einer einzigen Person abzuwickeln, die als Vorstand des Haushaltes galt. In der Mehrheit aller begünstigten Haushalte mit einem (Ehe-)Paar als Vorstand war dies der Mann. INTA vergab also Land mit festgelegten Hektargrößen (*Parcelamientos*) an einen Haushalt („Patrimonio Familiar“) oder aber an eine Gruppe von Haushalten („Patrimonio Agrario Colectivo“). Um die INTA-Programme in Anspruch nehmen zu können, mussten die Antragstellenden eine Familie mit minderjährigen Kindern nachweisen. INTA behielt eine Vormundschaft von 25 Jahren über das vergebene Land, es konnte also bis zur Beendigung der Darlehensrückzahlungen nicht veräußert werden und die Nutzer erhielten keinen oder nur einen provisorischen Titel.

des Staates seit 1954 Elemente der sozialen Partizipation in die Agrarpolitik aufzunehmen (vgl. Reyes Illescas 1998: 62).

⁷⁵ Diese Kolonisierungsprojekte wurden von den USA mit rund 14 Millionen US-Dollar finanziert (vgl. Escoto et al. 1993: 117).

⁷⁶ Insgesamt wurden von den INTA-Programmen etwa 50.600 Haushalte begünstigt und etwas mehr als 400.000 Hektar staatliches Land verteilt (vgl. Escoto et al. 1993: 120).

Teilweise schrieb die Behörde auch die Art der Landnutzung sowie persönliche Verhaltensregeln der Darlehensnehmer und ihrer Familien vor. Allerdings verkaufte INTA die Ländereien zu staatlich subventionierten günstigen Preisen mit einer Rückzahlungslaufzeit von 20 Jahren (vgl. Worby 2002: 17). Wer das zugewiesene Land über einen längeren Zeitraum verließ konnte von INTA mit einer Klausel gegen „freiwilliges Verlassen“ enteignet werden.⁷⁷ Rosalinda Hernández Alarcón, Mitglied der „Plataforma para el Desarrollo Rural“ („Plattform für ländliche Entwicklung“), formuliert diese Verbindung von staatlichem Paternalismus, Landvergabepolitik und der Instituierung eines Familienideals, das den Landbesitz männlich definierte, folgendermaßen:

Vor Jahren vergab [INTA] Land, das man familiäres [ländliches] Eigentum nannte, damit es der Ehemann nicht verschenken oder verkaufen konnte. Was bedeutete dieses Recht auf Land? Weder der Vater noch die Mutter noch die Kinder, niemand konnte über dieses Land entscheiden. Der Staat [...] sagte nämlich: ‚Ich verkaufe es dir sehr günstig, aber du darfst es [...] nicht verkaufen.‘ [...] Deshalb ist [es] ein Recht, das bevormundet und das den Frauen als Personen in der Regel keine Rechtssicherheit gab. [...] Sie [INTA] verteilten Land wie eine Leihgabe, du konntest nichts entscheiden, manchmal nicht einmal, was du anbaust. Dies war eine Antwort der populistischen Regierungen, die sagten: ‚Wir fangen jetzt an den Leuten zu helfen, aber weil Indígenas und Frauen keine Volljährigen sind, weil sie Unwissende sind, entscheiden wir über sie.‘⁷⁸

Ab 1970 favorisierte INTA eine Kolonisierungspolitik mit kollektiven Eigentumsformen in den Entwicklungszonen und machte die Gründung von kollektiven Produktions- und Vermarktungseinheiten (Kooperativen und Agrargenossenschaften) zur Bedingung für die Landvergabe, weil die Behörde bei den individuell Begünstigten eine Tendenz zur Überschuldung und illegitimen Veräußerung beobachtet hatte. Ähnlich wie in anderen lateinamerikanischen Ländern folgte diese ländliche Kolonisierungs- und Entwicklungspolitik nationalen Entwicklungskonzepten der Importsubstitution. Sie führte in Guatemala zur Herausbildung des Kooperativenwesens (vgl. CONGCOOP/CNOC 2002: 19).⁷⁹ Die Entwicklung des öffentlich geförderten Kooperativenwesens war ein Prozess, in dem sich zwei Modelle herausbildeten: Zum einen entstand ein klientelistisches System mittelständischer Kooperativen von zu Wohlstand gekommenen ehemaligen Kleinbauern, aus

⁷⁷ Diese Klausel erhielt eine besondere Bedeutung nach den Vertreibungen Anfang der 1980er Jahre, insbesondere im Kolonisierungs- und späteren Konfliktgebiet Ixcán (Department Quiché). Denn INTA kategorisierte die Flucht tausender Menschen als „freiwilliges Verlassen“ und vergab in Übereinstimmung mit den Wiederansiedlungsplänen der Militärs das Land der Geflohenen an andere Haushalte (vgl. Garst 1993: 21).

⁷⁸ Aus einem Interview am 3. Juni 2002 (Ü.d.A.).

⁷⁹ Die Wirkung der INTA-Programme der 1960er und 1970er Jahre wird als allgemein gering beurteilt (vgl. u.a. CONGCOOP/CNOC 2002, Deere/Leon 1999, Escoto et al. 1993, Reyes Illescas 1998, Worby 2002). Insgesamt wurden je nach Jahr nur zwischen 3,5 und knapp neun Prozent aller Landsuchenden begünstigt (vgl. Escoto et al. 1993: 119). Ein weiteres großes Problem war, dass die auf Jahrzehnte angelegte Vormundschaftsregelung den Kleinbauern kaum die Möglichkeit bot, formale Eigentumstitel zu erhalten.

denen 1978 das „Nationale Kooperativeninstitut“ („Instituto Nacional de Cooperativas“ – INACOOB) hervorging. Zum anderen gründeten sich unabhängige Kooperativen von kleinbäuerlichen Familien, die bis zum Beginn der umfassenden Militarisierung des Landes Ende der 1970er Jahre kaum staatliche Unterstützung erhielten. Sie wurden insbesondere von kirchlichen Organisationen initiiert und begleitet, durchliefen einen politischen Organisationsprozess und gerieten ab Ende der 1970er Jahre in Konfrontation mit dem Staat (vgl. a.a.O. 71-72).

3.1.2. *Comunidad* und postkolonialer Nationalstaat

Die Beziehungen zwischen der *Comunidad* und dem Staat in Guatemala habe ich als „antagonistisches Verhältnis“ gekennzeichnet. Dieses Verhältnis ist historisch von Kämpfen um Land und Arbeitskraft geprägt. Der Antagonismus basiert jedoch nicht auf ethnisch begründeten differenten Vorstellungen von Eigentum (vgl. 3.1.1.) und er entstand nicht während der Kolonialzeit. So ist erstens nicht zu leugnen, dass die *Comunidades* vor der nationalen Unabhängigkeit über weitaus mehr ökonomische Autonomie verfügten (vgl. Le Bot 1995: 89, Davis 1983). Zweitens liegen die diskursiven Wurzeln des antagonistischen Verhältnisses zwar in den kolonialen Raum- und Körperkonstruktionen, die mit der Gründung der *Reducciones* und der *Pueblos de Indios* territorialisiert wurden. Smith weist zudem nach, dass das Interesse des späten kolonialen Staates nicht darin bestand, direkte staatliche Kontrolle in den *Pueblos* auszuüben. Stattdessen entstanden aufgrund der Missionsarbeit der katholischen Kirche zivil-religiöse, synchretistische Institutionen in den *Pueblos*, die als vermittelnde Instanzen zum Staat fungierten. Beides führte dazu, dass der koloniale Staat und insbesondere die katholische Kirche als legitime Herrscher von den Administrationen der *Pueblos* anerkannt wurden und diese im Gegenzug ihre lokalen Institutionen und Entscheidungsinstanzen ausbauen konnten (vgl. Smith 1990: 15).

Das antagonistische Verhältnis zwischen *Comunidad* und Staat entwickelte sich erst mit der Gründung des postkolonialen Nationalstaats in Folge der liberalen Reformen 1871. Sie etablierten eine „ladinische“ Herrschaftsstruktur und institutionalisierten mit der Verbindung von Enteignung, Zwangsarbeit und der Revitalisierung kolonialer Raum- und Zeitkonstruktionen die ethnisch determinierte räumliche Segregation der „zweigeteilten Welt“. Der Begriff *Ladino* wurde zwar auch als Abgrenzungsmodus zum *Criollo* (dem Nachfahren spanischer Einwanderer/innen), insbesondere aber als Abgrenzung zum *Indio* etabliert. *Ladino* bezeichnet vor allem jemanden, der eine auf deskriptiven Kriterien beruhende

indigene Lebensweise abgelegt hat (vgl. 2.3.).⁸⁰ Rassismus, die Angst vor der „indianischen Gefahr“ (Le Bot 1995: 311) und die Akkulturation, die „Ladinisierung“ als Fortschrittsprojekt, bildeten das Fundament der Herrschaft des postkolonialen Nationalstaates in Guatemala.⁸¹ Der ladinische Diskurs legitimierte die eigene Fortschrittlichkeit über die Konstruktion und panoptische Sichtbarmachung des „rückständigen“ und den „Fortschritt bedrohenden“ rassifizierten „Anderen“ – dem *Indio*. Der *Indio* wurde als männlich, hinterhältig, brutal und gewaltbereit einerseits sowie als faul, betrunken und schmutzig andererseits imaginiert: „Liberal ideology held that the Indian was lazy, dirty, and drunken, but it also portrayed him as sly, vicious, brutal, and prone to violence“ (McCreery 1990: 113).⁸² Diese „indianische Gefahr“ wurde in der *Comunidad* lokalisiert und zum anachronistischen Raum synthetisiert. Die Kohäsionskraft des ladinischen nationalstaatlichen Modernisierungsprojektes beruhte also auf der Abgrenzung zum imaginierten Kollektiv der *Indios* und ihrer territorial bestimmten Exklusion:

In der ethnischen Abgrenzung von der indigenen Bevölkerung lag ein wichtiges Konstruktionsmerkmal des nationalen Projektes, in seiner Verankerung in europäischen Traditionen des ‚Fortschritts‘ und der ‚Zivilisation‘ ein anderes. [...] Quasi per Definition (alles ‚Nicht-Indigene‘) stand die indigene Bevölkerung außerhalb des Konstruktionsrahmens der guatemaltekischen Nation (Garbers 2002: 116).

Das Projekt der ladinischen Herrschaft machte den postkolonialen Nationalstaat jedoch langfristig instabil. Weil die ladinische *Imagined Community* der Nation ausschließlich auf der Abgrenzung zum *Indio* und zur *Comunidad* gründete, die „Ladinisierung“ aber aus politischem Unwillen oder Unvermögen kaum ernsthaft vorangetrieben wurde, schafften die liberalen Eliten es nicht, „den Begriff *Ladino* in einen wirklich nationalen Integrationsbegriff zu verwandeln“ (ebd.). Die Auseinandersetzungen um Land und Arbeitskraft, insbesondere aber der schwindende Einfluss der katholischen Kirche als eine Folge der Durchsetzung des säkularen Nationalstaates, führten dazu, dass die indigenen sozial-religiösen Institutionen wie beispielsweise die *Cofradías* (synchretistische Bruderschaften), die Loyalitätsbeziehungen zur katholischen Kirche unterhielten, nicht mehr eine Vermittlungs-, sondern eine Blockierfunktion gegenüber dem postkolonialen Staat einnahmen (vgl. Smith 1990: 15). So bildeten die aus den *Reducciones* und *Pueblos de Indios* hervorgehenden *Comunidades* und

⁸⁰ *Ladino* markiert daher sowohl die Differenz zu Europa als auch zu den autochtonen Gruppen Guatemalas.

⁸¹ So gründet die nationale Erzählung Guatemalas nicht auf dem „Mix der Kulturen“, der *Mestizaje* (vgl. 1.3.), sondern auf einem erfolgreich von *Criollos* und *Ladinos*, die gegen die spanische Krone aufbegehrten, niedergeschlagenen indigenen Aufstand unter Anastasio Tzul 1820, ein Jahr vor der Unabhängigkeitserklärung (vgl. Le Bot 1995: 88).

⁸² Weibliche Repräsentationen des rassifizierten „Anderen“ sind in der geschichtswissenschaftlichen Literatur nicht zu finden.

Municipios als lokale Verwaltungseinheiten starke eigene Institutionen gegen den Staat, die zwar nicht ihre ökonomische, wohl aber ihre kulturelle und politische Autonomie stärkten (vgl. ebd.). Die Einfluss- und Machträume der staatlichen Institutionen blieben weit gehend jenseits der „Welt der *Comunidades*“. Auch Beatriz Manz (1986: 24) ist der Meinung, dass die nationalen Regierungen des postkolonialen Staates auf dem Land als eine weit entfernte Autorität wahrgenommen wurden, deren Agenten sich lediglich von Zeit zu Zeit als Organe der Repression oder ökonomischer Ausbeutung zeigten. Die *Comunidad* beschreibt sie als Rückzugsraum gegenüber der Dominanz des Nationalstaates:

Los indígenas sufrían los efectos de la pobreza, de la dominación económico y la discriminación social, y poseían un poder económico y político muy reducido y limitado. Sin embargo, el gobierno nacional era bastante indiferente respecto al funcionamiento cultural de las comunidades indígenas. De esta manera los miembros de la comunidad estaban de capacidad de decidir sobre aquellos asuntos que interesaban a la comunidad [...]. En consecuencia, la comunidad era [...] un refugio frente al dominio político y económico al nivel nacional [...] (Manz 1986: 24).

Die „Welt der *Comunidades*“ war allerdings eine sprachlich und geographisch fragmentierte Welt lokaler politischer Loyalitäten und kultureller Identifikationen. So war eine „indigene Gemeinschaftsbildung jenseits des lokalen Rahmens, der das Widerstandspotenzial eines gegen-hegemonialen Projektes innegewohnt hätte, weder in institutionalisierter Form vorhanden, noch wurde sie ‚gedacht‘“ (Garbers 2002: 114).

3.2. Modernisierungsoffensive von unten: Krise der „zweigeteilten Welt“

1944 beendete die erwähnte Revolution mit ihrem antifeudalen und antiamerikanischen Charakter die liberale Herrschaft. Den putschenden Offizieren schwebte eine kapitalistische Modernisierung zu einem auf sozialer Integration und Souveränität basierenden Nationalstaat vor. Die indigenen Gruppen wurden in dieses Modernisierungsprojekt nicht aktiv integriert, aber die Abschaffung der Zwangsarbeit, die Förderung von Gewerkschaften, die Bodenreform und andere Maßnahmen zur Demontage der oligarchischen Diktaturen kamen auch den *Comunidades* zugute (vgl. Le Bot 1995: 89-90). Nach dem Staatsstreich 1954 und der Machtübernahme von General Castillo Armas wurden zwar alle sozialen und politischen Reformen umgehend rückgängig gemacht und es begann eine zunehmende Militarisierung der politischen Macht. Ab Mitte der 1950er Jahre entwickelte sich jedoch die seit der spanischen Eroberung erste überlokale soziale Bewegung, die aus den *Comunidades* hervorging und die eine Demokratisierung an der Basis suchte, aber nicht im Staat (vgl. Le Bot 1995: 92). Diese Bewegung war begleitet von „cambios en las relaciones entre indios y ladinos en el nivel

local, y en la articulación de la sociedad local y de la sociedad nacional“ (ebd.). Die Transformation der *Comunidad* fand auf allen Ebenen statt, d.h. in all ihren religiösen, sozialen, politischen und ökonomischen Institutionen, und wurde insbesondere von jungen Männern, die der spanischen Sprache mächtig waren, gegen die zivil-religiösen Autoritäten und Hierarchien, etwa gegen die *Cofradías* vorangetrieben. Verbunden mit der Abgrenzung zu den zivil-religiösen Institutionen war das Bekenntnis zu säkularen universalistischen Ideen – wie Egalität, Solidarität, Kollektivität und soziale Gerechtigkeit – des befreiungstheologisch inspirierten Neokatholizismus (vgl. a.a.O. 92-94). Diese Bewegung führte zu einer Neukonzeptualisierung des Gemeinschaftsdenkens innerhalb der indigenen Gruppen:

Die gesellschaftlichen Dynamiken, die seit den 1940er Jahren den guatemaltekischen Sozialraum ergriffen und verändert hatten, leiteten den vielleicht tiefgreifendsten Transformationsprozess des indigenen Gemeinschaftsbewusstseins ein, in dessen Verlauf ‚Gemeinschaft‘ von den Indígenas selbst zum ersten Mal jenseits der Dorfgemeinschaft gedacht und gesucht wurde (Garbers 2002: 93).

Ich nenne diese aus den *Comunidades* entstandene überlokale Demokratisierungsbewegung deshalb eine Modernisierungsoffensive „von unten“. Der Rekatholisierungskampagne *Acción Católica* (AC) kam hierbei eine zentrale Bedeutung zu. Seit den 1950er Jahren in Guatemala aktiv, orientierten sich die Missionare der AC ab den 1960er Jahren zunehmend an befreiungstheologischen Ideen. Sie initiierten in den *Comunidades* des westlichen und zentralen Hochlands ökonomische und soziale Projekte wie Gesundheits- und Bildungskomitees, Kredit- und Sparkooperativen. Zudem ermöglichte die neue staatliche Agrarpolitik der katholischen Kirche den Erwerb von Land in den Kolonisierungs- und Entwicklungszonen. Sie gründete dort unabhängige Kooperativen- und Besiedlungsprojekte für landlose und verarmte kleinbäuerliche Familien. Neben der Konversion vieler *Comunidades* zum Neokatholizismus mit Hilfe der Ausbildung von bilingualen Laienpredigern (*Catequistas*), die als lokale spirituelle Autoritäten die *Cofradías* ersetzen sollten, und der Armutsbekämpfung, um die beiden wichtigste Ziele der AC zu nennen, thematisierten die Missionare auch die strukturellen Gründe für Ausbeutung, Unterdrückung und Schuldknechtschaft. Zwischen dem Hochland und den Besiedlungs- und Kooperativenprojekten im tropischen Tiefland des Ixcán im Department Quiché entstand ein neuer translokaler sozialer Raum neokatholischer *Comunidades*. Zum einen entwickelten sich Kommunikationsnetzwerke zwischen den neuen Siedler/innen im Tiefland und ihren Herkunftsorten im Hochland. Zum anderen richtete die AC beispielsweise Radiosender ein, um die neuen Besiedlungsprojekte im Ixcán in den *Comunidades* des Hochlandes zu bewerben. Die Missionare der AC wirkten aber auch selbst als Mediatoren. Sie wanderten

zwischen Hochland und Tiefland, um neue Siedler/innen zu rekrutieren und religiöse, soziale und politische Ideen sowie ökonomisches Wissen beispielsweise über die neuen Formen des landwirtschaftlichen Anbaus und Vertriebs zu kommunizieren (vgl. Le Bot 1995: 92ff., vgl. hierzu ausführlich auch Kap. IV).⁸³ Im Verlauf der 1970er Jahre politisierten und radikalisierten sich diese sozial-religiösen Bewegungen, Organisationen und Kooperativen, insbesondere nach dem Erdbeben 1976, das mehrere hunderttausend Menschen im westlichen Hochland zu Obdachlosen machte. Die Radikalisierung war eine Reaktion auf die Verschärfung der staatlichen Repression unter den militarisierten Regierungen von Oberst Arana Osorio (1970-1974) und General Kjell Laugerud García (1974-1978) gegen die im ganzen Land erstarkende soziale Opposition.⁸⁴ Seit 1972 war zudem die revolutionäre Befreiungsbewegung „Guerillaheer der Armen“ („Ejército de los Pobres“ – EGP) zunächst im Ixcán an der Grenze zu Chiapas und bald darauf im westlichen und zentralen Hochland der Departments Huehuetenango und Quiché mit bewaffneten Propagandaaktionen in den *Comunidades* aktiv.⁸⁵ Im Jahr des Erdbebens begannen auch Mobilisierungen von Kleinbauern, Kleinbäuerinnen und Landarbeiter/innen, die 1978 in der Gründung der ersten landesweit agierenden Landarbeitergewerkschaft „Komitee der Einheit der Kleinbauern“ („Comité de Unidad Campesina“ – CUC) mündete. Das CUC setzte sich ebenso wie die Missionare der AC für das Erlernen der spanischen Sprache in den Kooperativen und

⁸³ Le Bot bezeichnet den Neokatholizismus als zweite *Conquista*, was dessen Einfluss auf das kollektive Imaginäre der Konvertierten betrifft: „La reconquista cristiana, en sus formas neocatólica y protestante, reactiva el espíritu de la Conquista y, singularmente, la empresa de conquista de lo imaginario“ (Le Bot 1995: 101). In Kapitel IV behandle ich ausführlich die Bedeutung neokatholischer Vorstellungen für die Artikulation von *el Retorno*. Auf die wachsende Bedeutung des Protestantismus und der evangelikalen Kirchen gehe ich im Rahmen dieser Untersuchung nur am Rande ein, weil sie für die Untersuchungsgruppe eine weitaus geringere Rolle spielten und spielen als der Neokatholizismus.

⁸⁴ Kurz nach dem Erdbeben veröffentlichte die guatemaltekeische Bischofskonferenz eine Erklärung, in der die Bischöfe explizit strukturelle Gründe wie soziale Exklusion und soziale Ungerechtigkeit für die Folgen des Erdbebens angaben. Des Weiteren verurteilen sie die staatliche Politik als generalisierte Gewalt, klagten das Auftauchen von Todesschwadronen und paramilitärischen Gruppen an und ergriffen deutlich für die sich radikalisierenden Formen des sozialen Widerstandes Partei: „Guatemala vive en situación de violencia institucionalizada, es decir, se dan estructuras sociales injustas, la opresión se hace patente, existe la marginación de grandes mayorías, lo cual hace que se viva en tensión insoportable; de ahí que no sea extraño percibir un sordo clamor que brota de millones de hombres pidiendo a sus pastores una liberación que no les llega de ninguna parte y descubrir continuamente intentos más o menos organizados, pero ineficaces, para romper toda estructura de opresión y violencia“ (CEG: 25. Juli 1976).

⁸⁵ Weitere Guerillaorganisationen waren die „bewaffneten Rebellenstreitkräfte“ („Fuerzas Armadas Rebeldes“ – FAR), die v.a. im Department Petén und in der Hauptstadt agierten, die „Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes“ („Organización Revolucionaria del Pueblo Armado“ – ORPA), die im Süden des Land aktiv war, sowie der bewaffnete Arm der kommunistischen Partei („Partido Guatemalteco de Trabajo“ – PGT). 1982 schlossen sich die vier Organisationen zur „Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas“ („Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca“ – URNG) zusammen. Das Verhältnis zwischen den guatemaltekeischen Guerillaorganisationen, deren Gründer und führende Mitglieder aus der urbanen ladinischen Mittelschicht stammten und marxistisch-leninistische oder guevaristische staatszentrierte Revolutionsperspektiven verfolgten, und den *Comunidades* blieb immer ambivalent und schwierig (vgl. Le Bot 1995: 111ff.). Trotzdem ist zu konstatieren, dass es zwischen Guerillas und *Comunidades* in vielen Fällen, insbesondere in den Departments Huehuetenango und Quiché, breite Formen der Unterstützung und Kollaboration gab.

Comunidades ein, um eine effektivere Mobilisierung und Kommunikation zu ermöglichen. Gleichzeitig erfuhren die indigenen Sprachen jedoch eine Höherbewertung. Trotzdem war das CUC keine spezifisch indigene Organisation. Eines seiner Ziele bestand beispielsweise darin, auch ladinische Landarbeiter/innen rund um die Agrarexportplantagen im Süden Guatemalas zu mobilisieren (vgl. Le Bot 1995: 170).⁸⁶ Noch 1976 erreichten die Mobilisierungen, Streiks und Protestaktionen auf dem Land *und* in den urbanen Zentren einen ungekannten Höhepunkt in der Geschichte Guatemalas:

Durante 1976 sucedieron más huelgas urbanas y rurales como nunca antes en la historia de Guatemala, desencadenando la represión por parte del Gobierno, muchas veces en complicidad con el sector patronal, contra los trabajadores (CEH 1999, Kapitel 1: 162).

Hervorzuheben ist, dass die Proteste Bündnisse und Allianzen zwischen sozialen und religiösen Organisationen, Gewerkschaften und Bewegungen aus dem ländlichen *und* dem urbanen Raum beinhalteten. So waren auch städtische Gewerkschaften beteiligt, die die Arbeiter/innen beispielsweise in den Coca-Cola-Werken in Guatemala-Stadt vertraten (vgl. a.a.O. 163). Die sozialen Bewegungen dieser Zeit überschritten also die „ethnische Grenze“. Sie erschütterten die Machtgeographie der „zweigeteilten Welt“ und damit das Fundament der Herrschaft des postkolonialen Staates. Erschüttert wurde auch die feudale Struktur der Landbesitzverhältnisse. Im März und April 1980 konnte das CUC, inzwischen zur größten sozialen Organisation des Landes angewachsen, über 70000 ladinische und indigene Menschen zu Streiks und Demonstrationen mobilisieren. Die Regierung des seit 1978 amtierenden Generals Romeo Lucas García und die Großgrundbesitzer waren erstmals in der Geschichte Guatemalas gezwungen, über die Einführung eines Mindestlohns zu verhandeln (vgl. a.a.O. 190).⁸⁷ Die neuen sozialen „grenzüberschreitenden“ Bewegungen läuteten das Ende des postkolonialen Staates ein:

Die ‚Allianz‘ zwischen ladinischen Kräften, die sich in einem gegenhegemonialen Projekt gegenüber den herrschenden Eliten verorteten, und indigenen Gruppen, in denen eine übergreifende indigene Identitätsbildung zum Ausdruck kam, stellte die wohl größte Bedrohung für den ladinischen Herrschaftsstaat seit seiner Konstitution im 19. Jahrhundert dar (Garbers 2002: 117-118).

⁸⁶ Zentrale Forderungen des CUC waren die Einführung von Mindestlöhnen und von Arbeits- und Sozialstandards für Landarbeiter/innen, insbesondere für die Tagelöhner/innen und *Mozos Colonos* der Plantagen im Süden.

⁸⁷ Mit dem Amtsantritt von Romeo Lucas García wurde die politische Repression und Aufstandsbekämpfung systematisiert. 1978 ermordete die Armee über 300 Menschen in dem Ort Panzós im Department Baja Verapaz im Kontext von Protesten um Lohn und Land. Im Anschluss an das Massaker lancierte das CUC seine erste öffentliche Erklärung (vgl. CEH a.a.O. 93). 1980 brachte die Armee 39 Menschen aus dem Umfeld des CUC um, die die spanische Botschaft in Guatemala-Stadt besetzt hatten. Spanien brach daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala ab (vgl. a.a.O. 189).

3.3. Modernisierungsoffensive von oben: Die militarisierte Nation

*Existe subversión, porque un pequeño grupo de personas la apoyaron, y un gran número de personas la toleran, ya sea por temor o porque existen causas que la generan. La guerra se debe combatir en todos los campos [...]. La mente de la población es el principal objetivo.*⁸⁸

Die Militärregierungen von Romeo Lucas García und Efraín Ríos Montt, der im März 1982 gegen García putschte, intensivierten die staatliche Repression gegen jedwede soziale Opposition und insbesondere gegen die *Comunidades* in einer Art und Weise, die berechtigterweise als „Staatsterror“, als „Genozid“ an den indigenen Gruppen oder als Versuch der „Ausrottung“ der *Comunidades* bezeichnet werden.⁸⁹ Für die im Kontext dieser Studie relevante Analyse der Verknüpfungen zwischen Modernisierung, Raumkonstitution, Gemeinschaftsbildung und Repräsentationen von Geschlecht ist es jedoch aufschlussreicher, sich den von Ríos Montt gestarteten „Nationalen Plan für Sicherheit und Entwicklung“ („Plan Nacional de Seguridad y Desarrollo“ – PNSD) unter dem Gesichtspunkt seiner kreativen Kraft zur Reorganisation des Raumes und des Gedächtnisses anzusehen.

3.3.1. Die nationale Doktrin von Sicherheit, Demokratisierung und Entwicklung

Nach dem von der Agraroligarchie und den Industriellen unterstützten Staatsstreich einer Gruppe von Offizieren und Generälen gegen Lucas García im März 1982 wurde die Verfassung außer Kraft gesetzt und der Kongress aufgelöst. Am fünften April legte der Sondergeneralstab der Armee dem Kabinett den PNSD vor. Am neunten Juni entmachtete Ríos Montt die Putschisten, erklärte sich zum Präsidenten und installierte einen aus sechs Offizieren bestehenden Regierungsrat (vgl. REMHI 1998, Band 3, Kapitel 4: o.S).

Im PNSD ging es nicht nur um die Aufstandsbekämpfung und um die „Neutralisierung“ des bewaffneten Widerstands, sondern vor allem um die „langfristige, von der Ideologie der NATIONALEN SICHERHEIT ausgehenden Konzeption für die Umorganisation des nationalen Lebens in allen Bereichen“ (IGE 1991: 15, Hervorhebung im Original). Auf Grund dieser Vorstellungen entwickelten die guatemalteckischen Streitkräfte das „Nationale Strategische Konzept“. Die Kampagnen, die die Armee ab 1982 durchführte, dienten der stufenweisen Realisierung dieses auf Nachhaltigkeit angelegten Konzepts und der Umsetzung

⁸⁸ Aus dem Anhang H des Planes „Victoria `82“ der guatemalteckischen Armee (1982).

⁸⁹ vgl. u.a. CEH 1999, Kapitel 2: 13 und IGE 1991: 14.

einer neuen militärischen Doktrin: „Der Dreh- und Angelpunkt lag in der Einbindung aller Sektoren und Kräfte in das Streben nach Sicherheit und Entwicklung. D.h., die gesamte Gesellschaft soll im Sinne der staatlichen Interessen, wie die Armee sie sieht, neu gestaltet werden“ (ebd.). Es handelte sich hier um den Entwurf für eine Modernisierungsoffensive „von oben“, deren Ziel die autoritäre nationale Vergemeinschaftung zu einem militarisierten Kontrollstaat war. In dieser totalitären Konzeption sollten Staat und Nation identisch, und die „Interessen der Nation“ von den Streitkräften, die sich als höchste Verkörperung des Staates betrachteten, vertreten werden. Als „nationale Interessen“ der Nation wurden „Sicherheit“, „Verteidigung“ und „Entwicklung“ definiert. Unter Mitwirkung der zivilen oligarchischen Eliten errichteten die Streitkräfte ein auf diesen Elementen basierendes Regime. Das Militär definierte sich selbst zum Träger der nationalen Macht. Diese Macht sollte die wirtschaftliche, die soziale, die politische und die militärische Sphäre umfassen (vgl. a.a.O. 14).⁹⁰ Hieraus wurde eine langfristige Strategie zur Durchsetzung und Sicherung der folgenden nationalen Ziele entwickelt: „Nationale Integration, Wohlstand, Demokratie und Entwicklung“ (ebd.).⁹¹

⁹⁰ In ähnlichen Begriffen äußerte sich der chilenische Diktator General Augusto Pinochet (1973-1990) in einer Ansprache bereits am 11. September 1966: „Die Kraft, das soziale Leben im weitesten Sinne zu organisieren, die der Staat hat, ist die NATIONALE MACHT [...] [S]ie umfasst die Organisation der Bevölkerung, um Herrschaft über das Land und über die in den Grenzen des Staates lebenden Menschen auszuüben, mit dem Ziel, in dynamischer Form den Willen des Staates wirksam werden zu lassen (Pro Mundi Vita: Elementos Clavos de la Ideología de la Seguridad Nacional. Ausgabe März/April 1968. S.11; zitiert nach IGE 1991: 141, Hervorhebung im Original).

⁹¹ Ich möchte an dieser Stelle eine Anmerkung zur Verbindung des PNSD mit der Restrukturierung der guatemalteckischen Ökonomie machen, die nur am Rande Erwähnung findet, weil sie nicht das eigentliche Thema dieser Untersuchung ist. In Guatemala ging es nicht so offensichtlich wie in Chile nach dem Putsch 1973 darum, mit Hilfe einer Militärdiktatur die Bedingungen für eine neoliberale Restrukturierung der Gesellschaft zu schaffen. Doch während Guatemala zwischen 1950 und 1979 relative wirtschaftliche Stabilität und stetiges wirtschaftliches Wachstum bestätigt wird, „das vor allem auf dem Wachstum der Branchen Industrie und Handel [basierte], die von der protektionistischen Handelspolitik innerhalb der Grenzen des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes und den staatlichen Investitionen in die Infrastruktur profitierten“ (GTZ 1997: 9), startete Ríos Montt seine Modernisierungsoffensive der „nationalen Sicherheit und Entwicklung“ inmitten einer drastischen Wirtschaftskrise. Gründe hierfür waren die durch die Ölkrise von 1979 bedingte Krise im Agrarexportsektor, der zentralen Nervenbahn der guatemalteckischen Wirtschaft, sowie der Zusammenbruch des „Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes“. Zwischen 1980 und 1981 stieg die in Guatemala in der Vergangenheit niedrige Auslandsverschuldung von 650 Millionen Dollar auf rund 1,5 Milliarden Dollar an. Bis 1985, ein Jahr vor den Wahlen für eine formale zivile Regierung, lag die Auslandsverschuldung bereits bei über 2,5 Milliarden Dollar. Die guatemalteckische Variante der Aufstandsbekämpfung und Militärdiktatur bewirkte eine derart nachhaltige Desintegration und Zerstörung sozialer Bewegungen bzw. der sozialen Opposition, dass eine neoliberale Umorientierung der Ökonomie in der zweiten Phase des „Nationalen Planes für Sicherheit und Entwicklung“ nach 1985 auf keine nennenswerten Formen des sozialen Widerstandes stieß. Das Land schien in dieser Hinsicht vollkommen und nachhaltig befriedet. So führte die erste zivile Regierung gleich nach ihrem Amtsantritt 1986 ein „Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung“ (PRES) durch. Dieses partielle Strukturanpassungsprogramm (SAP) konzentrierte sich auf die Finanz-, Währungs-, Geld- und Kreditpolitik. Auf das PRES wurde die zweite Etappe der Reformmaßnahmen von 1990 bis 1997 aufgebaut. Die Maßnahmen bilden den Standard von SAP, der auch in anderen lateinamerikanischen Ländern etabliert wurde: „Es wurden Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft durchgeführt: (Das) Gesetz zur Exportförderung und Lohnveredelung [...], Deregulierungen, Reduzierung und Vereinheitlichung der Zölle auch im Rahmen des Zentralamerikanischen Marktes [...], Privatisierung der Infrastruktur“ (GTZ 1997: 11).

Hervorzuheben ist auch die Einbeziehung der so genannten „psycho-sozialen Komponenten“ in die strategischen Pläne, Konzepte und Programme der nationalen Macht:

Die ‚psycho-soziale Macht‘ umfasst verschiedene Komponenten, darunter die Macht über die nationale Moral, über die öffentliche Meinung, über die soziale Kommunikation, über die Gewerkschaften, über die Religion. All diesen Komponenten gemeinsam ist die Fähigkeit die Massen zu beeinflussen (IGE 1991: 14).⁹²

3.3.2. Die Totalisierung kolonialer Raumkonstruktionen

Bereits ab Mitte des Jahres 1981 hatte die Armee unter Lucas García die Strategie der Aufstandsbekämpfung verändert und war von der selektiven Repression gegen führende Mitglieder von Gewerkschaften, sozialen und religiösen Organisationen zur offenen Repression gegen die *Comunidades* übergegangen, insbesondere in den ländlichen Regionen nördlich der Hauptstadt, die zu Konfliktgebieten erklärt worden waren. Dazu gehörten die Departments Huehuetenango, Quiché, Alta- und Bajaverapaz sowie Chimaltenango. Mit dem Inkrafttreten des PNSD erhielt die Aufstandsbekämpfung jedoch eine neue Qualität. Sie wurde systematisiert, in Phasen und Kampagnen eingeteilt und in das „nationale Projekt“ eingeordnet.

Die Umsetzung des PNSD begann mit der Militärkampagne „Victoria `82“ („Sieg `82“). Mit Massakern, der Zerstörung ganzer Dörfer und systematischen Vertreibungskampagnen – so genannten *Sweeping Operations*⁹³ – sollte das Territorium zunächst „gesäubert“ werden. Die Mehrheit der während der nur 18 Monate dauernden Herrschaft von Ríos Montt ums Leben gekommenen 75 000 Menschen starb im Rahmen der Kampagne „Victoria `82“ zwischen April und November 1982 (vgl. Schirmer 1999: 87). Bis Anfang 1983 flohen aus den Departments Quiché, Huehuetenango, Alta Verapaz und Chimaltenango 1,3 Millionen Personen. Das waren etwa 80 Prozent der Bevölkerung (vgl. Avancso 1990: 6).⁹⁴ Rund 440 Dörfer wurden völlig zerstört und niedergebrannt (vgl. IGE 1991: 19). Ziel der Massaker- und Vertreibungsaktionen war es nicht nur, die Guerillaorganisationen zu isolieren, sondern den nationalen Raum neu zu kartieren sowie einen kontrollier- und verwaltbaren neuen „Bevölkerungskörper“ zu schaffen, der die „nationale Entwicklung“ und „den nationalen Fortschritt“ repräsentierte. Die Streitkräfte erklärten deshalb nicht nur jede Form der oppositionellen politischen oder sozialen Organisation zur „Subversion“ und zur

⁹² vgl. Beitrag des Oberst Terraza Pinot am 12.08.1987 im Forum „27 Años de Lucha por la Libertad“; zitiert nach ebd.

⁹³ Der Begriff *Sweeping Operations* bedeutete, dass die Armee vom Zentrum zur Peripherie „fegte“, wobei militärische Operationszonen unterschieden wurden: erstens urbane Zonen, zweitens dichter bewohnte ländliche Zonen und drittens abgelegene, spärlich bewohnte Zonen. Konkret zählten zu letzteren die ländlichen Departments Quiché und Huehuetenango in der Nähe der mexikanischen Grenze (vgl. Stepputat 1995: 4).

⁹⁴ Die damalige Gesamtbevölkerung Guatemalas wird mit ca. sieben Millionen Menschen angegeben (vgl. ebd.).

„terroristischen Vereinigung“. Die von den befreiungstheologischen Ideen der AC inspirierten sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre hatten Armut, Exklusion und Ausbeutung als sozialen Widerspruch artikuliert und die Armen über die ethnischen Grenzen hinweg als das legitime „Volk“ (*el Pueblo*) konzeptualisiert. Die *Comunidad*, verstanden als ein zum Nationalstaat antagonistischer Raum, spielte eine wichtige Rolle in dieser Modernisierungsoffensive „von unten“ (vgl. 31. und 3.2.). Die Militärs erklärte deshalb die *Comunidad* zur Bedrohung für das nationale Fortschritts- und Entwicklungsprojekt des PNSD. *El Pueblo* wurde das eigentliche militärische Angriffsziel: „These interventions defined the state and its power as the nation and national interests, at the same time as ‚the people‘ were seen as dangerous“ (Radcliffe/Westwood 1993: 10). Als General Humberto Mejía Víctores Ende 1983 gegen Ríos Montt putschte und die Regierungsmacht übernahm existierte in Guatemala keine legal agierende zivile Opposition mehr. Die Mehrheit der Mitglieder des CUC und der AC war ermordet worden, ins Exil gegangen oder hatte sich den Guerillaorganisationen angeschlossen. Auch das translokale Netzwerk der *Comunidades* und Kooperativen, das zwischen dem Hochland und den Kolonisierungsgebieten im Tiefland bestanden hatte, war zerstört worden.⁹⁵

In den der Kampagne „Victoria `82“ folgenden Etappen des PNSD⁹⁶ ging es darum, in den eroberten Territorien die militärische Kontrolle zu etablieren. Dazu gehörte zunächst die materielle Reorganisation des Territoriums: Die Armee teilte die Konfliktgebiete in Militärzonen ein. In jeder Militärzone wurden eine große Militärbasis sowie zahlreiche Stützpunkte in nahezu jedem Ort errichtet. Es wurden Straßen, Flugzeugpisten, Hubschrauberlandeplätze gebaut und Wälder gerodet, insbesondere dort, wo Stützpunkte der Guerillaorganisationen und klandestine Ansiedlungen von Vertriebenen vermutet wurden.⁹⁷ Diese materielle Organisation war indessen nur eine von mehreren Formen zur dichotomen Reorganisation des Raumes, mit Hilfe derer das Militär eine Technologie der Macht und der Verwaltung der Bevölkerung entwickelte. Stepputat (1995: 9) sieht in der Dichotomisierung des Raumes eine Besonderheit der guatemalteckischen Variante der Aufstandsbekämpfung. Er beschreibt ihre Funktion folgendermaßen:

[A] precondition for the development of this civil war is the spatial dichotomization of the conflict areas. [...] [S]patial reconfigurations during conflict can be interpreted as efforts

⁹⁵ Die Guerillaorganisationen hingegen konnten zwar geschwächt, aber nicht zerschlagen werden (vgl. CEH 1999, Kapitel 1: 183; Payeras 1991: 24).

⁹⁶ Dazu gehörten vor allem die Kampagnen „Festigkeit `83“, „Institutionelle Vereinigung `84“ und „Nationale Stabilität `85“, die 1986 in der so genannten „Nationalen Konsolidierung `86“ und in der militärisch kontrollierten Installierung einer zivilen Regierung münden sollten (vgl. IGE 1991: 19).

⁹⁷ Detaillierte Beschreibungen der materiellen Reorganisation des Raumes nach militärischen Gesichtspunkten in den einzelnen Konfliktgebieten finden sich in Avanco 1990 und 2002, Falla 1992, Garst 1993, IGE 1991 und Manz 1986.

to concentrate violence in manageable and exchangeable forms. [...] Indeed, by the end of 1982, the armed conflict seemed to have reached a certain level of stability. Confrontations were restricted to 'marginal' areas, where guerilla and their assumed social base were isolated. But on the other hand [...] [t]he guerilla continued to undertake almost ritualized attacks on army outposts [...] and on the road (Stepputat 1995: 9).

Die Formen der dichotomen Raumkonstitution der Militärs sehe ich als Aktualisierung des Raummusters der „zweigeteilten Welt“, die eine Konkretisierung kolonialer Raum- und Zeitkonstruktionen beinhaltet und mit dem Diskurs der „nationalen Entwicklung“ legitimiert wurde. Ziel der Armee war es, geschlossene Räume zu produzieren und die Menschen mit Absolutheit zu spalten (vgl. Stepputat 1999: 126). Doch die Grenze, und darin besteht die Aktualisierung der „zweigeteilten Welt“, wurde nicht mehr zwischen dem „zivilisierten“, „fortschrittlichen“ Raum und Körper des ladinischen Nationalstaates und des *Ladinos* in Abgrenzung zum „rückständigen und bedrohlichen Anderen“, dem in der *Comunidad* lokalisierten *Indio*, gezogen. Die *Comunidad* sollte vielmehr angeeignet werden und in einem militarisierten nationalen Raum aufgehen, in dem als Zeit nur der Fortschritt existierte. Zweitens artikuliert sich in der Konstruktion des „bedrohlichen Anderen“ nicht der Rassismus der postkolonialen ladinischen *Imagined Community*, sondern ein in rassistischen Begriffen formulierter Antikommunismus. So waren es auch nicht mehr die indigenen Gruppen an sich, die mit „Rückständigkeit“ und „Bedrohlichkeit“ identifiziert wurden: Vielmehr wurde die ladinische Vorstellung der „indianischen Gefahr“ als Vorstellung der „kommunistischen Gefahr“ reformuliert: Das „Anderere“ erhielt Bezeichnungen wie „Subversive“ oder „Terroristen“. Hierzu zählten die Guerillabewegungen, neokatholische Organisationen, die Vertriebenen, Gewerkschaften, aber auch internationale Hilfswerke und NRO. Sie wurden als Diener des „internationalen Kommunismus“ gezeichnet, fähig die Nation zu zerstören (vgl. Manz 1994: 200). Mit der Konstruktion des bedrohlichen „Anderen“ war nicht mehr dessen Positionierung an einem konkreten Ort wie der *Comunidad* verbunden, sondern die diskursive und materielle Exterritorialisierung. Das „Anderere“ wurde an keinem konkreten Ort positioniert, es sollte vielmehr als eine „sichtbare Totalität“ der permanenten und diffusen Bedrohung abgespalten und in einen metaphorischen Raum (Löw 2001: 201) ohne Ort verwiesen werden:

[T]he aim was to establish an interconnected system of 'proper places', from where the environment could be observed and gradually be brought under control. [...] [T]he army sought to organize space so as to separate 'the other as a visible totality'” (Stepputat 1995: 5).⁹⁸

⁹⁸ Vgl. zum Begriff der „panoptischen Praktiken“ Foucault 1977 und zur Strategie der Abspaltung des „Anderen“ als einer „sichtbaren Totalität“ Michel de Certeau 1984. Weil de Certeau sich vorrangig mit der

Ich möchte an dieser Stelle die spezifischen Bedeutungen der „proper places“, der angeeigneten Orte, und des „environment“, als einem metaphorischen Raum der Bedrohung, im Kontext der panoptischen Praktiken der guatemaltekischen Armee präzisieren, um die Behauptung des in rassistischen Begriffen formulierten Antikommunismus zu verdeutlichen: Die dichotomisierten Räume der „proper places“ und des „environment“ wurden als „Dorf“ (*Aldea*) einerseits und als „die Wildnis“ (*el Monte*) andererseits bezeichnet und mit Hilfe kolonialer Vorstellungen von „zivilisierten“, „fortschrittlichen“ Subjekten an konkreten „zivilisierten“ Orten (*Aldeas*) positioniert, denen *visà-vis* eine unspezifische bedrohliche Umwelt – die Wildnis (*el Monte*), der „Urwald“ und das „Böse“ („Terroristen“ und „Subversive“) – gegenüberstanden (vgl. a.a.O. 8-9). Der Begriff *Aldea* geriet zum Synonym für Orte unter der Kontrolle der Armee, bewohnt von „guten Patrioten“ – von Unterstützern der Armee. Diese Orte und Menschen wurden zu einem Raum der Zivilisation und des Fortschritts synthetisiert, der einer permanenten Bedrohung durch *el Monte*, den Gebieten jenseits der direkten Kontrolle der Armee, ausgesetzt schien.

3.3.3. Repatriierung als „Heilung der Körper“

Eine weitere wichtige Strategie der Streitkräfte zur Neukartierung des Raumes und zur Erschaffung des Bevölkerungskörpers der militarisierten Nation bestand in der strategischen Wiederansiedlung der zuvor vertriebenen Menschen. Sie brachte die Armee zunächst in Umerziehungslagern unter, unterzog sie eingehenden Befragungen und siedelte viele von ihnen ab 1983 in neu errichtete „Wehrdörfer“ („aldeas de modelo“) an. Die „Modelldörfer“ wurden unter den Gesichtspunkten ihrer Kontrollier- und Beobachtbarkeit geplant und ab 1984 zu so genannten „Entwicklungspolen“ („polos de desarrollo“) zusammengeschlossen. Die *Polos* sollten die Zentren für militärisch kontrollierte Entwicklungsprogramme bilden. Dazu gehörte vor allem der Bau eines Straßennetzes in den bis dato infrastrukturell kaum erschlossenen Konfliktgebieten, so genannte *Food for Work* Programme und die Einrichtung von „Bildungszentren“.⁹⁹ Die Repatriierung der Vertriebenen aus *el Monte* in die

Konstitution urbaner Räume beschäftigt, finden seine theoretischen Überlegungen hier nur am Rande Erwähnung.

⁹⁹ Zeitweise lebten 60.000 Personen in „Modelldörfern“ und mindestens 500.000 in „Entwicklungspolen“ (vgl. IGE 1991: 19). Dort war der Alltag der Menschen von einer Neuaufgabe der Zwangsarbeit geprägt. Die Männer mussten auf Baustellen für neue Armeestützpunkte, Flugpisten, Modelldörfer und Straßen arbeiten, während die Frauen für die Verköstigung von Soldaten und Internierten zuständig waren. Nach der Arbeit wurden ihnen ideologische Vorträge gehalten oder sie erhielten militärisches Training (vgl. Stepputat 1995: 12).

militarisierten Dörfer inszenierte die Armee als Passageritus.¹⁰⁰ Dieses Ritual beinhaltete die Idee der Konvertierung der Repatriierung in drei Stufen, deren Ziel darin bestand, das kollektive Gedächtnis zu reorganisieren und die Menschenrechtsverbrechen der Militärs zur „väterlichen Strafe“ umzudeuten: In einer ersten Phase wurde den Repatriierten deutlich gemacht, dass die Vertreibung und die Massaker eine gerechte Strafe für die Kollaboration mit den „Subversiven“ darstellte. Die zweite Phase sollte als reuevolle Rückkehr inszeniert werden: Die Militärs „amnestierten“ die „Schuld“ der Repatriierten. Die dritte Phase beinhaltete die Umerziehung der Repatriierten zu „guten Patrioten.“ Die Inszenierung der Vergebung erfolgte durch den „Vater der Nation“, Ríos Montt, oder durch einen anderen hohen General, der den Repatriierten Mais, Bohnen und Wellblechdächer für den Wiederaufbau sowie Entwicklungsprojekte¹⁰¹ zusicherte. Diese Phase sollte zugleich von einer durch das Militär eingeleiteten und kontrollierten politischen Transition zur formalen Demokratie begleitet sein (vgl. IGE 1991: 13).

Die *Sweeping Operations*, die dichotome Reorganisation des Raumes und die Inszenierung der Repatriierung als Passageritus wurden in eine neue nationale Erzählung eingefügt, die den PNSD begleitete und die ich die „Heilung der Nation“ nenne. In ihren erinnernden und vergessenden Erzählstrategien zeigen sich die von Anderson und McClintock benannten Paradoxien der *Imagined Community*: Die Massaker und die Vertreibungen erfuhren eine Repräsentation als „Bruch mit der Geschichte“. Die als Passageritus inszenierte Repatriierung und politische Transition erzählt die „Heilung“. Sie diente der genealogischen Historisierung der Nation. Diese Erzählung fand ihre Entsprechung in der Repräsentation der Körper: Während die Massaker und Vertreibungen als Initiation repräsentiert wurden, aus der ein neuer und „reiner“ nationaler „Bevölkerungskörper“ hervorging, wurden die Praktiken der militärisch begleiteten Repatriierung als Heilung des nationalen Bevölkerungskörpers repräsentiert. Anders gesagt „erschufen“ und „heilten“ diese paradoxen Erzählmuster die Nation ebenso wie die Körper. Erst dieses „Management der Repräsentationen“ und die Etablierung neuer Regeln der Inklusion und der Exklusion legitimierten die Massakerkampagnen, Vertreibungen und räumlichen Differenzierungen in den Konflikt-

¹⁰⁰ Der Begriff Passageritus wird in der symbolischen oder interpretativen Anthropologie verwendet. Victor Turner (1967, 1974) beispielsweise versucht mit seiner Ritualtheorie zugleich sozialen Wandel und die persönlichen Erfahrungen der Akteure und Akteurinnen zu begreifen und darzustellen. Prozesse sozialen und persönlichen Wandels nennt er „soziale Dramen“. Das dem Muster des Passageritus folgende soziale Drama besteht Turner zufolge aus drei Phasen: Separation, Isolierung, Wiedereinführung. Wer einen Passageritus durchläuft ist dann nicht mehr die Person, die er oder sie früher war, aber auch nicht die Person, die er oder sie einmal sein wird (vgl. auch Förster o.J.). Ich sehe Formen der Passage als Teil kollektiver Erzählmuster.

¹⁰¹ So startete die Armee bereits Ende 1982 ein staatliches Hilfsprogramm für die „betroffenen Gruppen“, insbesondere für die Vertriebenen in den Konfliktgebieten, die unter militärischer Kontrolle wieder angesiedelt wurden.

gebieten und machten sie als Elemente politischer und kultureller Transformation effektiv (vgl. Stepputat 1995: 14). Das neue System der kulturellen Repräsentation blieb keine wirre Idee der Militärregierungen. Es wurde vielmehr von der Armee in den Konfliktgebieten „nach unten“ vermittelt, findet sich in den Erzählungen der früh Repatriierten und nicht Geflohenen wieder und ist auch eine Begründung dafür, dass Ríos Montt nach seiner Absetzung im November 1983 in den Repatriierungsgebieten zum „Heiler der Nation“ stilisiert wurde:

Efraín Ríos Montt was presented as the hero of this transformation, of the body politics in Guatemala. [...] Despite the continuing massacres, the image of Ríos Montt in the return areas is positive, at least among stayees and early returnees. He is the hero of the transformation, of pacification, he is the one, who brought people back, who authorized the amnesty (a.a.O. 14-15).¹⁰²

3.3.4. Der Paramilitarismus: „Bewaffnete Patrioten“ und schweigende Frauen

Das Fundament der Herrschaft der militarisierten Nation bildete der Paramilitarismus.¹⁰³ Der Paramilitarismus wurde nicht nur zur wichtigsten Waffe der Aufstandsbekämpfung. Vielmehr verwandelte sich erst mit der Etablierung paramilitärischer Verbände in den eroberten Territorien die über die militärischen Strategien der Spaltung und Vertreibung hergestellte Polarisierung der Menschen in eine nachhaltige räumliche und körperliche Dichotomie zwischen *Aldea* und *el Monte* (vgl. Stepputat 1995: 7). Empirische Untersuchungen zu den konkreten Ausprägungen des Paramilitarismus auf lokaler Ebene in Guatemala sind jedoch rar. Die Gründe sind die nach wie vor politische Brisanz des Themas und der für Außenstehende bis heute schwer mögliche Zugang zu Orten mit einer ehemals starken paramilitärischen Struktur. Eine der wenigen Mikrostudien über Etablierung, Legitimation, Organisationsweise und soziale Auswirkungen des Paramilitarismus hat die guatemalteckische Historikerin Matilde González verfasst (Avanco 2002). González rekonstruierte die Geschichte der vergangenen 100 Jahre des Landkreises San Bartolo Jocotenango im Department Quiché. Ihre Forschungsergebnisse sind dennoch für eine Analyse des

¹⁰² Das Militär begleitete seine Strategien zur Reorganisation von Raum und Gedächtnis mit der Verfolgung der katholischen Kirche und der Förderung und Etablierung evangelischer Kirchen in den Repatriierungsgebieten. Ríos Montt selbst ist überzeugter Anhänger und Prediger der fundamentalistischen Freikirche „El Verbo“ (das Wort), die in der protestantisch-evangelikalen Pfingstbewegung zu verorten ist. In seinen Erklärungen nach dem Putsch im März 1982 inszenierte sich Ríos Montt als Gesandter Gottes zur Rettung seines Landes: „Soy el llamado de Dios para dar solución a los problemas de mi país“ (zitiert nach IGE 1987: 59). Religiöse Bilder und Metaphern spielten eine wichtige Rolle bei der Repräsentation des PNSD als „Heilung der Nation“. Darauf sowie auf die seit dem Krieg stetig anwachsende Bedeutung der evangelikalen Kirchen in Guatemala kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht näher eingegangen werden (vgl. hierzu u.a. Burnett 1986, Fajardo 1987)

¹⁰³ vgl. zur allgemeinen Funktionsweise des Paramilitarismus in Guatemala u.a. Avanco 1990, IGE 1991, Manz 1986 und Schirmer 1999.

Paramilitarismus als soziale Ordnung in Guatemala verallgemeinerbar. Im Folgenden beziehe ich mich deshalb insbesondere auf die Ergebnisse der Untersuchung von González.¹⁰⁴

Die erste Funktion des Paramilitarismus bestand in der Gewährleistung einer umfassenden militärischen Kontrolle des Alltags in den eroberten Gebieten. Noch während der Militäroffensive „Victoria `82“ wurde in jedem eroberten Dorf mit der Formierung und Ausbildung von „Patrouillen zur zivilen Selbstverteidigung“ („Patrullas de Autodefensa Civil“ – PAC) ein nach militärischen Kriterien hierarchisch differenziertes System der Dominanz und Unterwerfung aufgebaut, in das jeder Mann zwischen 15 und 60 Jahren eingebunden werden sollte. 1986 erklärte der offizielle Sprecher der Armee, Juan Fernando Cifuentes, dass die Organisation der PAC mehr als eine Million Mitglieder zähle (vgl. IGE 1991: 46, Cerigua: 28.01.1986).¹⁰⁵ Dieses System beruhte nicht nur auf Zwang. So instrumentalisierte die Armee bei der paramilitärischen Hierarchiebildung lokale Konflikte zwischen Familien beispielsweise um Land oder religiöse Konflikte. Die Hierarchisierung erfolgte über die Zuweisung semi-militärischer Ränge. Unterschieden wurden *Comisionados* (zivil-militärische Kommissäre), *Jefes* (Kommandeure einer paramilitärischen Einheit) und *Patrulleros* (einfache „Soldaten“). Die *Comisionados* waren lokale Autoritäten, die sich oft bereits vor dem Krieg den Militärs zugewandt hatten. Sie erhielten in den Militärbasen eine spezielle Zusatzausbildung, wurden beispielsweise als Bürgermeister eines Landkreises (*Municipio*) eingesetzt und waren für die Leitung und Ausübung der Militäroperationen auf lokaler Ebene verantwortlich. Der Wert der *Comisionados* für die Streitkräfte lag vor allem darin, dass diese mit den Ideen, Visionen und Wahrnehmungen ihrer Mitmenschen vertraut waren. Ihre wichtigste Funktion bestand darin, den PAC militärische Instruktionen zu erteilen und zu garantieren, dass sich alle Männer des *Municipios* in die paramilitärischen Strukturen integrierten. Die Streitkräfte statteten die *Comisionados* mit militärischen und politischen

¹⁰⁴ Matilde González war zum Zeitpunkt der Feldstudie für diese Untersuchung im Jahr 2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin des unabhängigen guatemalteken Sozialforschungsinstitutes Avanco („Asociación para el Avance de las Ciencias Sociales en Guatemala“). Avanco gab 2002 ihr Buch „Se cambió el tiempo – Conflicto y Poder en Territorio Quiché“ über die Geschichte des Landkreises San Bartolo Jocotenango heraus. Sieben Jahre lang, zwischen 1989 und 1996, hatte ein Team von Sozialwissenschaftler/innen und Übersetzer/innen unter der Leitung von González Lebensgeschichten von Frauen und Männern aus *Comunidades* des Landkreises aufgezeichnet, Interviews mit lokalen politischen und militärischen Funktionsträgern, indigenen Amtsträgern sowie mit Vertreter/innen von NRO und kirchlichen Organisationen geführt sowie in lokalen Archiven recherchiert. Die Idee war, der geographischen, kulturellen und sozialen Fragmentierung der guatemalteken Gesellschaft Rechnung zu tragen und mit Hilfe von Methoden der *Oral History* eine lokale Geschichte über die globale Dimension des Krieges in Guatemala zu schreiben (vgl. Avanco 2002: xvii ff.). Mehrmals wurde González als Leiterin des Projektes während der Arbeit an dem Buch mit dem Tode bedroht. Denn die Geschichte von San Bartolo ist von höchster Aktualität: Sie zeigt, dass die soziale und politische Ordnung in den ehemaligen Konfliktgebieten bis heute von den strukturellen und personellen Kontinuitäten des PNSD sowie von fortgesetzter Straflosigkeit der ehemaligen paramilitärischen Verbände für die in den 1980er Jahren begangenen Menschenrechtsverbrechen geprägt ist (vgl. auch González/Kron 2003).

¹⁰⁵ „Centro de Reportes Informativos sobre Guatemala“.

Vollmachten aus. Ihre Befehle und Anordnungen wurden über das Gesetz gestellt und jedwede Form der Verweigerung bestraft (vgl. Avancso 2002: 427-428). Die *Jefes* wiederum hatten jede „fremdartige“ Bewegung, die in ihrem kleinen Verantwortungsbereich eines Dorfes vor sich ging, sofort den *Comisionados* zu melden, die die Informationen den militärischen Kommandeuren der jeweiligen Militärzone weitergaben. Mit der Verpflichtung eines jeden Mannes, im Turnus im eigenen Dorf zu patrouillieren, versuchten die Streitkräfte das gegenseitige Misstrauen und die aktive gegenseitige Überwachung unter den Bewohner/innen zu fördern (vgl. a.a.O. 430). Auf diese Weise bildeten die Turni der PAC „un mecanismo de control social en si mismo y una forma de ejercicio del poder militar sobre la vida cotidiana, las 24 horas del día“ (CEH 1999, Capítulo 2: 160). Die Vorstellungen der Militärregierungen von „Zivilisation“, „Entwicklung“ und „Fortschritt“ beinhaltete die Idee der „Fixierung der Körper“. Deshalb stattete die Armee nur die Männer eines Ortes mit Identitätskarten aus. Das Kontrollsystem der PAC sorgte dafür, dass alle, die sich in den Konfliktgebieten bewegten und keine Erlaubnisbescheinigung der zuständigen Militärbasis mit sich trugen, als „Subversive“ denunziert werden konnten. Dazu gehörten Reisende und Händler (vgl. Stepputat 1995: 10) sowie allgemein alle Frauen, wie ich weiter unten ausführe. Mit dem Paramilitarismus etablierte das Militär ein weitläufiges Netz der „Sicherheit“, d.h. der Kontrolle und der Information über Bewegungen, das höchst zentral kontrolliert, aber lokal verankert war (vgl. Avancso 2002: 431). Der Bericht der internationalen „Kommission zur historischen Aufklärung“ (CEH) bezeichnet in diesem Zusammenhang die Willkürherrschaft, die das Militär den *Comisionados* als Teil eines Modells der totalen Kontrolle ermöglichte, als Schlüsselement der Technologie der Beherrschung und Verwaltung der Bevölkerung (vgl. CEH 1999, Kapitel 2: 164). Diese Technologie wurde mit einem Diskurs legitimiert, der den Schutz des nationalen „Bevölkerungskörpers“ vor dem Vordringen der „kommunistischen Gefahr“ betonte (vgl. Avancso 2002: 431).

Zweitens sollte der Paramilitarismus das nationale Ziel der Auflösung der Familie und der *Comunidad* in einem militarisierten nationalen Raum und Bevölkerungskörper befördern (vgl. IGE 1991: 45). So sollte das System der PAC alle bisherigen sozialen, religiösen und politischen Beziehungen und Loyalitäten, Institutionen und Organisationsformen der *Comunidad* aneignen oder ersetzen. *Comisionados*, *Jefes* und *Patrulleros* schlossen all jene von den Räumen der Information, Entscheidungsfindung und politischen Partizipation aus, die sich nicht innerhalb der militärischen und/oder paramilitärischen Strukturen befanden. Alle Formen der Vermittlung und Aushandlung von Konflikten wurden durch willkürlich gesetzte Normen und disziplinierende Maßnahmen ersetzt, Gewalt und Autoritarismus zu den

einzigsten Mechanismen der Regulierung des sozialen Zusammenlebens (vgl. Avancso 2002: 436).

Hieran schließt sich die dritte zentrale Bedeutung des Paramilitarismus an: Er funktionierte als Inklusionsstrategie für indigene Männer. Radcliffe/Westwood (1993: 10-11) analysieren die nationalistischen Entwicklungsdiskurse der autoritären Regime und Militärdiktaturen im Lateinamerika der 1970er und 1980er Jahre, die die staatliche Repression legitimierten, als stark vergeschlechtlicht. Der nationale „Bevölkerungskörper“ wurde als ein maskuliner repräsentiert und die Vorstellungen von Nationalität und Bürgerschaft waren militärisch-nationalistische: So band auch der autoritäre Nationalismus in Guatemala die Vorstellung von Männlichkeit an die Verteidigung der Nation und hatte daher eine integrative Funktion: Er machte den repatriierten Männern in den eroberten Gebieten, die im ladinischen Nationalstaatskonzept als das „rückständige“ und „bedrohliche Andere“ – als betrunkene, faule und gewaltbereite *Indios* – exkluiert worden waren, ein Angebot auf nationale Integration in Form einer militarisierten Bürgerschaft, d.h. der Beteiligung an den Waffen zur „Verteidigung der Nation“ (vgl. Stepputat 1997: 14). So heißt es in einem Handbuch zur Ausbildung der PAC:

Die Armee soll alle Bewohner auf dem Land trainieren und mit elementaren Waffen versehen, damit so die Verteidigung ihrer neuen und alten Siedlungen zu einer Verpflichtung aller und jedes einzelnen Bürgers wird (Manual de la Patrullas de Autodefensa Civil, Mai 1984; zitiert nach IGE 1991: 47).

Werden die drei Funktionen des Paramilitarismus, die Ersetzung der Familie und der *Comunidad*, die autoritäre Kontrolle des Alltags und die Integration indigener Männer mit der Repräsentation der Nation als ebenso permanent wie diffus bedrohter männlicher Körper in Verbindung gesetzt, fügen sich die den Paramilitarismus begleitenden extremen Formen der Exklusion und der Gewalt gegen Frauen in die Rationalität der Erzählung von der „Heilung der Nation“ ein. Auf dieser Ebene verstehe ich den Paramilitarismus als Konkretisierung totalitärer vergeschlechtlichte Körperkonstruktionen. Der Paramilitarismus als Element der kulturellen Repräsentation sollte die Zerstörung von Familie und *Comunidad* mit panoptischen Praktiken über den weiblichen Körper vollziehen. Die indigene Frau wurde in dieser Erzählung als Reproduzentin – als „Mutter“ – der zu bekämpfenden Familie und *Comunidad* repräsentiert. Die Möglichkeit der biologischen Reproduktion und der symbolischen Reproduktion – der Erinnerung, die die Frau verkörperte, machte sie deshalb zur „Bedrohung der Nation“. Die Separierung des „Anderen“ als „sichtbare Totalität“ (Stepputat 1995: 5) habe ich am Beispiel der Vertreibung als eine die militärischen Strategien begleitende panoptische Praktik beschrieben, welche die soziale Opposition als „Terroristen“,

„Subversive“ und „Wilde“ in einen metaphorischen Raum der Bedrohung ohne konkrete Orte verbannt.¹⁰⁶ In einer ähnlichen diskursiven Bewegung wurde bei der Etablierung des Paramilitarismus auch die indigene Frau als permanente diffuse Bedrohung des nationalen (männlichen) Körpers repräsentiert und von ihm als eine „sichtbare Totalität des Anderen“ abgespalten. Ihr Körper wurde zum militärischen Angriffsziel. Während jedoch die Vertreibung eine Form der totalen Exklusion bedeutete, sollten die Frauen über extrem gewalttätige Formen der Domestizierung und über ihre Gefangennahme im Haus im buchstäblichen Sinne gleichzeitig ein- und ausgeschlossen werden. Konkret wurde dies folgendermaßen legitimiert und umgesetzt. Die *sprechende* Frau galt im Rahmen der militärischen Konstitution von Geschlechterdifferenz als „losgelassene Frau“:

Dentro de las estructuras militares y las estructuras de las PAC, las mujeres fueron vistas como ‘oídos’ y ‘lenguas sueltas’. Bocas difíciles de gobernar. Bocas difíciles de callar. Dentro de la concepción de los militares ‘las mujeres oyen y dicen que oyen.’ No se puede confiar en ellas (Avancso 2002: 437).

Die Konsequenz war der totale und nachhaltige Ausschluss der Frauen aus allen Räumen der Information und Entscheidungsfindung.¹⁰⁷ Allein die Sichtbarkeit eines weiblichen Körpers ohne männliche Begleitung außerhalb des Hauses galt als Sicherheitsrisiko.

Se les prohibió [a las mujeres] participar en las reuniones aldeanas y municipales; y se les restringió el espacio de circulación. A lo largo de los años ‘80 eran muy pocas las mujeres que llegaban a comprar en el mercado. [...] Tampoco podían caminar solas por los caminos, ni abordar los picop de transporte público [...] pues eran blanco de insultos, agresión y asedio sexual. [...] Dentro de este nuevo orden no se les permitió estar presentes ni siquiera en las reuniones asamblearias [...] (Avancso 2002: 437).

So war die mit dem Paramilitarismus verbundene „Geschlechterpolitik“ eine nach innen – auf das Haus, die Familie und *Comunidad* – gerichtete Fortsetzung des Versuchs der Streitkräfte, geschlossene Räume zu produzieren. Die den Paramilitarismus begleitenden Phänomene wie extreme sexuelle Gewalt, der Ausschluss der Frauen aus allen Orten außerhalb des Hauses sowie die militärische Kontrolle der häuslichen Sphäre sind deshalb nicht als Folge oder

¹⁰⁶ Die Konstruktion des „Eigenen“ und des „Anderen“ sind Mechanismen des Ein- und Ausschlusses, die als „moderne Bedingung“ und als Kennzeichen der Idee der Nation beschrieben wurden (vgl. 2.1.). Die Konstruktion des inferioren „Anderen“ und dessen Lokalisierung an konkreten Orten wie der *Comunidad* sind als Fundament der Repräsentation der ladinischen Nation als fortschrittlich und modern charakterisiert worden. Obwohl mir die Problematik der Verwendung des Begriffes Faschismus bekannt ist, möchte ich die im PNSD zum Ausdruck kommende Idee der militarisierten Nation und die diskursive Bewegung der Delokalisierung des „Anderen“ in einem metaphorischen Raum ohne konkreten Ort aufgrund des eliminatorischen Charakters und des Versuchs, die „moderne Bedingung“ von ihrem Paradox der Gleichzeitigkeit von Fortschritt *und* Tradition zu befreien, als Protofaschismus bezeichnen.

¹⁰⁷ González beschreibt dies als Beschneidung der limitierten Möglichkeiten der kommunitären Partizipation, die die Frauen im Kontext der Modernisierungsoffensive „von unten“ in den 1960er und 1970er Jahre erhalten hatten (vgl. Avancso 2002: 437).

Begleiterscheinung des PNSD zu interpretieren, sondern als dessen integraler Bestandteil (vgl. Avanco 2002: 403-424). So sieht auch die Anthropologin Beatriz Manz einen kausalen Zusammenhang zwischen der Etablierung des Paramilitarismus und der Zunahme von Fällen extremer sexueller Gewalt: „[L]a presencia [de las Patrullas Civiles] en las comunidades rurales coincide con el aumento de los casos de violaciones denunciados“ (Manz 1988: o.S.). CEH gelangte zu der Überzeugung, dass der Ausübung extremer sexueller Gewalt von Soldaten, *Comisionados*, *Jefes* und *Patrulleros* gegen Frauen eine systematische und strategische Planung zugrunde lag (vgl. CEH 1999, Kapitel 8: 13; vgl. auch Aron et al. 1991, Schirmer 1999). Dennoch existiert neben der oben genannten Studie von Matilde González auch hier wenig empirisches Material. Das liegt zum einen an dem mit tiefer Schuld und Scham besetzten Thema. So schreibt González, es sei noch Mitte der 1990er Jahre schwierig gewesen Frauen zu finden, die bereit waren, über das Thema Paramilitarismus und sexuelle Gewalt zu sprechen. Das fortgesetzte Schweigen führt die Autorin aber vor allem auf die Tatsache zurück, dass Formen extremer sexueller Gewalt auch 1996 bei Abschluss ihrer Feldarbeit sowohl seitens ehemaliger *Patrulleros* als auch seitens der *Ex-Comisionados* nach wie vor eine alltägliche Praxis darstellten (vgl. Avanco 2002: 405). González nennt unter den am häufigsten von ihren Interviewpartnerinnen genannten Verbrechen, die nach der Installierung einer zivilen Regierung 1986 begangen wurden, die fortgesetzten Vergewaltigungen der Frauen des von ihr erforschten Landkreises San Bartolo Jocotenango (vgl. a.a.O. 434).¹⁰⁸ Ich beziehe mich deshalb auch in der folgenden kurzen Nachzeichnung verschiedener Formen und Funktionen der Gewalt gegen Frauen, ihrer Exklusion und der Repräsentation von Weiblichkeit in den Konfliktgebieten auf González' Studie.

3.3.5. Die Schändung des Hauses, der Familie und der *Comunidad*

Im Rahmen der *Sweeping Operations* stellte die Vergewaltigung im Haus eine Drohung oder eine Form der Folter dar. Die Armee versuchte damit die Frauen dazu zu bringen den Ort zu verraten, wo sich ihre verfolgten männlichen Angehörigen aufhielten. Diese Aktionen fanden meist statt während die Armee die Häuser durchsuchte. Dabei wurden die Kinder geschlagen und gezwungen, die Vergewaltigungen mitanzusehen, das Getreide gestohlen, die Tiere getötet und Haushaltsgegenstände zerstört (vgl. Avanco 2002: 409). Ximena Bunster beschreibt die Vergewaltigung von Frauen in ihrem eigenen Haus als Form der Folter, die

¹⁰⁸ Diese Beobachtungen bestätigt auch das „Komitee für gesundheitliche Rechte in Zentralamerika“ („Committee for Health Rights in Central America – CHRICA): Einem Bericht des Komitees von 1988 zufolge sei es in einigen Landkreisen des Departments Quiché schwierig gewesen Frauen zu finden, die nicht Opfer sexueller Gewalt durch das Militär geworden waren (vgl. CHRICA 1988: o. S.).

darauf abziele, den Schutz- und Rückzugsort der Familie zu zerstören und der Frau ihren Macht- und Einflussbereich, die häusliche Sphäre, zu nehmen (vgl. Bunster 1991: 51).

Eine Form der Zerstörung der sozialen Beziehungen der *Comunidad* bestand darin, größere Gruppen von Frauen an einem öffentlichen Ort, beispielsweise in der Kirche, in der Schule oder im Gemeindehaus zusammen zu bringen. Dort wurden sie von Soldaten und *Comisionados* vergewaltigt, während die anderen Bewohner/innen des Ortes, darunter Familienangehörige oder Nachbarn gezwungen wurden, ebenfalls sexuelle Gewalt auszuüben oder sie ohnmächtig mit an zu sehen. Sich diesem Befehl zu widersetzen bedeutete in vielen Fällen die Todesstrafe. González beschreibt die öffentlichen Vergewaltigungen als Ritual – als „Tanz der Sieger“ und als „Spektakel der Scham“. Zudem symbolisierten sie die Komplizenschaft der *Comunidad* mit den Tätern: Niemand ging aus diesem Ritual unschuldig hervor, jeder war in die Verbrechen einbezogen worden (vgl. Avanco 2002: 415).

Eine weitere Form der sexuellen Gewalt war die Instrumentalisierung der Frauen als „Köder“. Oppositionelle, die sich versteckt hielten, sollten mit der Gefangennahme ihrer Partnerin im eigenen Haus durch einen Soldaten, *Comisionado*, *Jefe* oder *Patrullero* dazu veranlasst werden, ins Dorf zu kommen und die Partnerin zu befreien. Die Instrumentalisierung der Frauen als „Köder“ ging oft in Zwangspartnerschaften und verschiedene Varianten der sexuellen Sklaverei über. González schildert einen besonders drastischen Fall, der jedoch keineswegs eine Ausnahme bildete. Es geht um eine Frau, deren Partner sich versteckt hielt und die von einem *Patrullero* gezwungen wurde, ihn in ihrem Haus aufzunehmen und mit ihm zusammen zu leben. Später ermordete dieser paramilitärische Kämpfer ihren Partner, als jener zurückkam, um seine Familie zu sehen. González zufolge lebt diese Frau nach wie vor mit dem Mörder ihres Partners zusammen. Sie wurde zu seiner Komplizin. Fälle wie diese zeigen die vielschichtigen Dimensionen einer Strategie des Militärs, die darauf zielte, die Bewohner/innen einer *Comunidad* als Akteure und Akteurinnen im Kampf gegen die „Subversiven“ einzubeziehen (vgl. a.a.O. 413). Partnerinnen von „verschwundenen“ Oppositionellen gingen jedoch auch Zwangspartnerschaften mit Angehörigen der paramilitärischen Einheiten ein, um sich vor den sexuellen Zugriffen oder ihrer Ermordung zu schützen. Diese Zwangspartnerschaften, aus denen oft gemeinsame Kinder hervorgingen, bestanden und bestehen, wie González nachweist, seit Jahren und Jahrzehnten. Das Haus wird für diese Frauen zum Ort der lebenslangen Gefangenschaft – zum geschlossenen Raum – und Unterwürfigkeit, Gehorsam und Schweigen werden zur Überlebensstrategie (vgl. a.a.O. 421-422). Aron et al. (1991: 162) interpretieren diesen Typus der individuellen sexuellen Sklaverei als Verhandlungsprozess gegen die Todesstrafe. Gefangene eines Mannes zu sein,

der mit dem Militär in Verbindung steht, bedeute, weder Gerechtigkeit fordern, noch im eigenen Haus einen Rückzugsort vorfinden zu können: „[C]ualquier acto de resistencia se convierte en una amenaza para la existencia. Todas las vías de apoyo están virtualmente cerradas [...]“ (a.a.O. 163).¹⁰⁹

3.3.6. Die „Witwe“ als Kriegsziel

Das Sinnbild der sprechenden und sich bewegenden Frau als Bedrohung der Nation war die „Witwe“, genauer die Partnerin eines „verschwundenen“ Mannes. Denn allein ihre Existenz repräsentierte die Möglichkeit der symbolischen Reproduktion – der Erinnerung. Die „Witwe“ zeugte von den Verbrechen, die an ihren männlichen Familienangehörigen begangen wurde. Die Figur der „Witwe“ wurde aber auch zum Synonym für die weibliche „Komplizenschaft“ mit der „Subversion“. Sie war daher ein privilegiertes Objekt sexueller Gewalt, militärischer Kontrolle und der Überwachung ihres Alltags. Die Situation allein stehender Frauen, insbesondere der Partnerinnen entführter und ermordeter Männer, war deshalb höchst prekär. Jede Bewegung außerhalb des Hauses stellte ein Risiko für Leib und Leben dar und verunmöglichte quasi die Erwirtschaftung des Lebensunterhaltes. So weist González nach, dass die ersten Nothilfe- und Lebensmittelprojekte für Witwen und verwaiste Kinder in den Konfliktgebieten, die ausländische NRO wie die katholische *Caritas* ab 1983 finanzierten, von den PAC und den *Comisionados* zentralisiert und koordiniert wurden. Sie übernahmen das Projektmanagement und verboten den Frauen, direkt Kontakt mit den Projektgebern aufzunehmen. Stattdessen traten sie als deren „Wohltäter“ auf. Sie zwangen die Frauen, sich in „Witwengruppen“ zusammenzuschließen und verpflichteten sie, sich bei den Versammlungen mit den Vertretern der betreffenden Institution als Selbsthilfegruppe zu präsentieren. Die Treffen mit den Projektgebern wurden von den *Comisionados* moderiert, die für die Frauen mit dem Hinweis, diese sprächen kein Spanisch, „übersetzten“ (vgl. Avancso 2002: 450-451).¹¹⁰

¹⁰⁹ Daneben beschreibt González auch Formen der sexuellen Sklaverei, die zeigen, dass insbesondere allein stehende Frauen zum „öffentlichen Eigentum“ wurden und der Willkür der militärischen und paramilitärischen Verbände ausgesetzt waren. Sie spricht von so genannten „Frauenhäusern“ in der Nähe von Militärstützpunkten, in denen unverheiratete oder verwitwete Frauen für eine Dauer von zwischen acht Monaten und zwei Jahren gefangen gehalten wurden und den Einheiten in jeder Hinsicht zu Diensten stehen mussten (vgl. a.a.O. 417-418).

¹¹⁰ González zufolge blieb dieses Vorgehen in Bezug auf die „Projektakquise“ bis Mitte der 1990er Jahre unverändert (vgl. a.a.O. 451).

3.3.7. Demokratisierung durch Militarisierung

Auch nach der von den Militärs kontrollierten Transition zur Demokratie und nach den Wahlen für eine zivile Regierung 1986 stellten die PAC eine nationale Organisation dar, die im größten Teil des Landes operierte (vgl. IGE 1991: 50). Sie wurden sogar per Gesetz als offizielle lokale politische Institutionen verankert und in „Komitees zur Zivilen Selbstverteidigung“ und später in „Kreisräte für Entwicklung“ („Consejos Municipales de Desarrollo Urbano y Rural“ – CDUR) oder „Komitees für Frieden und Entwicklung“ („Comités de Paz y Desarrollo“) umbenannt. Die CDUR und die „Komitees für Frieden und Entwicklung“ dominierten die 1984 gegründeten „Interinstitutionellen Koordinationen“ („Coordinadoras Interinstitucionales Municipales“). Sie bildeten sowohl die lokalen politischen Entscheidungsinstanzen als auch die formalen Strukturen der kommunalen Repräsentation und Administration und waren damit die offiziellen Partnerinstitutionen für staatliche und nicht staatliche Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte (vgl. Avancso 2002: 440ff.). Mit der Instruierung durch Techniker und Spezialisten des Militärs lernten die ehemaligen PAC und *Comisionados* die für die Beantragung von Entwicklungsprojekten gängigen Diskurse, um externe Geldgeber und Entwicklungsagenturen davon zu überzeugen, dass sie die legitimen Vertreter der Bevölkerung seien – einschließlich derjenigen Gruppen, die Opfer ihrer Menschenrechtsverbrechen geworden waren: Witwen, Waisen und Repatriierte. Bis zu den allgemeinen Wahlen 1999, die von der ultrarechten „Republikanischen Front Guatemalas“ (FRG) gewonnen wurden, deren Gründer Ríos Montt die PAC einst ins Leben gerufen hatte, kontrollierten, koordinierten und verwalteten oft in personeller Kontinuität ehemalige *Comisionados* und PAC-Kommandeure¹¹¹ alle zivilen Aktivitäten und Projekte des von der Autorin untersuchten Landkreises (vgl. Avancso 2002: 431-432).¹¹² González beschreibt die Transition von lokalen militärischen in zivile Institutionen als den eigentlichen Kern des PNSD und des Konzeptes der Demokratisierung durch Militarisierung (vgl. auch Schirmer 1991: 162-163):

Aquí se implementó hasta el fin el plan militar de largo plazo, en el que se pretendía que los ‘líderes de primera clase’ elegidos por los militares [...] pasaron gradualmente a ocupar alcaldías civiles y así se concentrara la ‘democratización’ por medio de la militarización. [D]esde 1983 [...] hasta las elecciones de 1999, la camarilla de ex-comisionados y ex-jefes de PAC se han turnado en el desempeño de los cargos de la corporación municipal (Avancso 2002: 438-439).

¹¹¹ Die PAC wurden 1996 offiziell entwaffnet, ihre Nachfolgeorganisationen aber bis heute weder aufgelöst noch verboten.

¹¹² So wurde die Präsenz von NRO, die sich ab Mitte der 1980er Jahre außerhalb der Konfliktgebiete vorsichtig reorganisierten, von den CDUR und Entwicklungskomitees stark limitiert oder verboten. González zufolge ließen sie nicht einmal die Anwesenheit von Vertretern der staatlichen Menschenrechtsinstanz („Procuraduría de Derechos Humanos“ – PDH) in den von ihnen kontrollierten Landkreisen zu (vgl. a.a.O. 432).

3.3.8. Neutrale oder neutralisierende Räume?

Neben den dichotomisierten und geschlossenen Räumen *Aldeas* und *el Monte* in den Konfliktgebieten entstand durch die Separierung dieser Gegenden, die als *no go areas* galten, vom Rest des staatlichen Territoriums, ein dritter sozialer Raum (vgl. Stepputat 1997: 7). Dazu gehörten die Hauptstadtgegend und die ländlichen Agrarexportzonen im Osten und Süden des Landes. Letztere wurden zwar von den Privatarmeen der Großgrundbesitzer und von den Militärs streng kontrolliert, aber gegenüber den Konfliktgebieten als „neutral“ repräsentiert (vgl. Manz 1986: 97). Vertriebene, denen es gelang, in diese Gegenden außerhalb der Konfliktgebiete zu flüchten, bewegten sich allerdings nicht auf sicherem Terrain. Sie mussten Anonymität wahren. Erkennbare Symbole und Hinweise, die auf die Herkunft aus den Konfliktgebieten schließen ließen wie Sprache und Kleidung konnten zur Konsequenz haben, als „subversiv“ denunziert zu werden. Das gleiche galt für jede Form der sozialen oder politischen Organisation. Auch nach den Wahlen 1986 gab es in diesem dritten Raum für interne Vertriebene keine Sicherheit auf physische Integrität:

[C]ientos de refugiados en la ciudad de Guatemala han desaparecido en los últimos años a pesar de tratar de vivir dispersos y mezclarse entre la población, abandonando su traje tradicional y hablando solo en español en vez de su lengua materna. Varios entrevistados hablaron de la práctica del gobierno de traer informantes de las aldeas para identificar a la gente (ebd.).

Das Leben der Mehrheit der intern Vertriebenen ist deshalb bis heute von Angst, Schweigen und Isolation geprägt und Formen der Selbstorganisation und Interessensvertretung von intern Vertriebenen sind nur schwach ausgebildet worden (vgl. u.a. Avancso 1990, Cohen/Sánchez-Garzoli 2001). Insofern ist die Bezeichnung „neutralisierender“ Raum für die Gegenden außerhalb der Konfliktgebiete angebrachter als „neutraler Raum“.

Zusammenfassen kann gesagt werden, dass der PNSD das Konzept für eine autoritäre Modernisierungsoffensive „von oben“ darstellte. Diese Modernisierungsoffensive beinhaltete eine Neukartierung des nationalen Raumes. Die Armee produzierte dichotome – neutralisierende und militarisierte Räume – und etablierte ein neues System der kulturellen Repräsentation, in deren Zentrum die permanent bedrohte nationale Gemeinschaft der bewaffneten Patrioten stand. Der Paramilitarismus als Konzept für maskulinistisch-bewaffnete Bürgerschaft und als soziale Ordnung sollte die Familie und die *Comunidad* ersetzen. Vertriebene, Aktivisten von Guerillaorganisationen, katholischen Organisationen, Gewerkschaften und ausländischer NRO sowie indigene Frauen verkörperten die „Bedrohung

der Nation“ und wurden als „non subjects of the state“ (Stepputat 1997: 6) entsozialisiert. Aus den paramilitärischen Strukturen gingen neue soziale Institutionen auf lokaler Ebene hervor, welche wohl die nachhaltigste Wirkung dieser Modernisierungsoffensive darstellen. Mit wenigen Ausnahmen gab es bis Ende der 1980er Jahre in Guatemala kaum eine Möglichkeit der zivilen Opposition.¹¹³

3.3.9. Subversive Subjektpositionen: Die Politisierung der Mutterschaft

Zu den Ausnahmen gehörten so genannte „Müttergruppen“ und Gruppierungen von Angehörigen „Verschwundener“ wie die „Gruppe der gegenseitigen Hilfe“ („Grupo de Apoyo Mutuo“ – GAM) und der „Nationale Rat der Witwen in Guatemala“ (CONAVIGUA).¹¹⁴ Diese Gruppen präsentierten sich als unpolitisch und Familien gebunden. Und doch politisierten sie damit die Familie und die Mutterschaft:

Den dominanten Weiblichkeitsentwurf der Erzählung der Nation habe ich in 2.4. als „Mutter der Nation“ gekennzeichnet. Dieses Bild schließt rassifizierte subalterne Frauen aus (McClintock 1996: 277, Radcliffe/Westwood 1993: 14-15). Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass die den PNSD legitimierende Erzählung der „Heilung der Nation“ indigene Frauen nicht nur exkluierte, sondern sie mit dem Bild der „losgelassenen Frau“ zur „Bedrohung“ der Nation stilisierte. Anders gesagt repräsentierte die *Imagined Community* der „bewaffneten Patrioten“ den sich bewegenden weiblichen Körper und die sprechende Frau – insbesondere die „Witwe“ – als Sicherheitsrisiko. Der weibliche Körper sollte fixiert, die Frau zum Schweigen gebracht werden. Die Strategie von Gruppen wie CONAVIGUA bestand darin, sich – zu den Weiblichkeitsentwürfen der Nation konkurrierende – Bilder von Familie und Mutterschaft der katholischen Kirche (beispielsweise die aufopferungsvolle Mutter Maria) anzueignen. Diese Bilder boten ihnen einen Ort für das Subjekt, für eine Subjektivierung (Costa 2005). Als „Mütter“ und „Witwen“ bezogen sie Opposition zur Militarisierung des Alltages, der Folter, dem Verschwinden-Lassen und der generalisierten staatlichen Gewalt. Sie stellten sich gegen die „Zensur der Erinnerung“ und entwickelten ein „alternatives Skript“ (Schirmer 1993: 62). In diesem Prozess politisierten sie erstens die zerstörte und verbotene „Privatheit“ der Familie, indem sie die „Rückgabe“ der Familie, verstanden als Ort des Rückzuges, des Schutzes und der sozialen und körperlichen Integrität,

¹¹³ Allerdings ist einschränkend zu sagen, dass es ab 1987 im Kontext der wachsenden internationalen Aufmerksamkeit in Folge der zentralamerikanischen Friedensprozesse auch in Guatemala zu einer eingeschränkten Öffnung für eine zivile Opposition außerhalb der Konfliktgebiete kam (vgl. 1.2.).

¹¹⁴ CONAVIGUA zählte bereits kurz nach der offiziellen Gründung 1988 etwa 9.000 Mitglieder (vgl. Schirmer 1993: 52). Schirmer bietet eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Müttergruppen, insbesondere mit CONAVIGUA (a.a.O. 30-64).

forderten (vgl. 2.4.). Mit der Anklage der Zerstörung der Familie durch die Militarisierung konzeptualisierten die Frauen von CONAVIGUA die sexuelle Gewalt als Teil der generalisierten staatlichen Gewalt gegen *el Pueblo* (vgl. Radcliffe/Westwood 1993: 15). So politisierten die Aktivistinnen von CONAVIGUA mit ihrem öffentlichen Auftreten und ihrem öffentlichen Sprechen zweitens die Figuren der „Mutter“ und der „Witwe“. Der Rückgriff auf diese Kategorien ist daher als subversive Subjektposition zu interpretieren. Jennifer Schirmer (1993: 17-18) bezeichnet *Motherist Groups* wie CONAVIGUA deshalb als Organisationen „in which women act as ‚disobedient female subjects of the state‘.“

3.4. Kombinierte Modernisierungsoffensive: Flüchtlingscamps und *Retorno*

Dieses Unterkapitel beginnt mit einem Perspektivenwechsel auf die Exterritorialisierten, die Vertriebenen. Dabei fokussiere ich auf die Untersuchungsgruppe dieser Studie: die Flüchtlinge im Süden Mexikos. Ich zeichne erstens die Verschiebung dieses exterritorialen Raumes zur „Welt der Flüchtlinge“ nach (vgl. 2.2.3.). Diese Verschiebung ermöglichte, so meine These, die Artikulation und Durchsetzung des kollektiven und organisierten Rückkehrprojektes der Flüchtlinge – *el Retorno*. Die Konstitution der „Welt der Flüchtlinge“, die ich mit Appadurai (1993) als postnationale Formation bezeichne, beinhaltet die Etablierung eines neuen Systems der kulturellen Repräsentation als Flüchtlinge und imaginierte Rückkehrer/innen. Deshalb geht es in diesem Unterkapitel zweitens um die Präzisierung der in *el Retorno* zum Ausdruck kommenden kulturellen Praktiken und Vorstellungen von Raum, Zeit, Gemeinschaft und Subjekt.

Verschiedene Faktoren spielten für die Artikulation von *el Retorno* eine Rolle. Dazu gehörten ab 1986/1987 die Internationalisierung der Flüchtlingsfrage in Zentralamerika, der zunehmende Einfluss nicht staatlicher Akteure und Akteurinnen auf die Transformationsprozesse in Zentralamerika, und der Widerstand der Flüchtlinge gegen die Repatriierungspolitik der guatemaltekischen Regierungen. Mit Stepputat sehe ich *el Retorno* zwar als ein Modellprojekt des Paradigmas einer entwicklungsorientierten Flüchtlings- und Repatriierungspolitik der 1990er Jahre, die er als „Dekade der freiwilligen Rückkehr“ (1997: 1) bezeichnet, sowie als Element einer „humanitären Intervention“ in Guatemala und der „weichen Migrationskontrolle“:

The strongly supported repatriation may be seen as [...] an example of the current attempts to smoothen the process of repatriation or to 'push' the refugee assistance back across the border in order to prevent the formation of refugees. As many other international interventions in the 1990s this one is aimed to the formation of a modern democratic state which enables the government to manage the population through the exercise of 'good governance' (ebd.).

Im Gegensatz zu Stepputat bin ich jedoch nicht der Ansicht, dass *el Retorno* vor allem auf die Transformation des Nationalstaates zielte. Unbestreitbar bewirkten das Camp-Management und die mit der Rückkehr verbundene „humanitäre Intervention“ in Guatemala die Disziplinierung der Flüchtlinge zu Subjekten spezifischer Vorstellungen von Entwicklung. Allerdings kamen in *el Retorno* auch Momente des kollektiven Widerstandes der Flüchtlingsgruppen gegen den guatemaltekischen Nationalstaat zum Ausdruck. Mehr noch: Ich sehe das Projekt der kollektiven und selbst bestimmten Rückkehr als Artikulation der Differenz zur Nation im Allgemeinen. *El Retorno* interpretiere ich deshalb als „kombinierte“

Modernisierungsoffensive „von unten“ und „von oben“. Sie wurde einerseits von den politischen Vertretungen der Flüchtlinge und andererseits von den Akteuren und Akteurinnen des transnationalen Entwicklungs- und Flüchtlingsmanagements (UN-Organisationen und NRO) als ein Modernisierungsprojekt in Gang gesetzt, welches zumindest zeitweise mit dem PNSD in Zeit und Raum konkurrierte. Diese Konkurrenz zeigte sich erstens in der Rekonstruktion der *Comunidad*: So formulierten die Flüchtlinge als eine zentrale Bedingung für die Rückkehr ihr Recht auf die Wiederansiedlung in exklusiven Gemeinden von Rückkehrer/innen (Rückkehr-*Comunidades*). Die an die *Comunidad* geknüpften Vorstellungen waren hier erstens von der historischen „antagonistischen“ Beziehung zwischen *Comunidad* und postkolonialem Nationalstaat geprägt (vgl. 3.1.), zweitens von den in den unabhängigen Kooperativenprojekten der 1960er und 1970er Jahre zum Ausdruck kommenden Entwicklungskonzepten der *Acción Católica* (vgl. 3.2. und 4.1.), drittens von den *Local Settlements* der Flüchtlinge in Mexiko, auf die ich später zu sprechen kommen werde, und viertens vom Konzept des *Community Development*, ein Konzept, das insbesondere von den nicht staatlichen Akteuren und Akteurinnen der zentralamerikanischen Flüchtlingskonferenz CIREFCA als Element der freiwilligen Repatriierung forciert worden war (vgl. 1.2.).¹¹⁵ Auf der Ebene der Geschlechterkonstruktionen drückte sich die „Konkurrenz“ zwischen *el Retorno* und dem PNSD vor allem in den unterschiedlichen Repräsentationen von Weiblichkeit aus. *El Retorno* machte die Frauen als Flüchtlinge, als „Witwen“ und „Mütter“ sichtbar. Ihnen kam bei der Formulierung der selbst bestimmten Rückkehr eine wichtige Bedeutung zu. Sie repräsentierten die Erinnerung an die Verbrechen der Militärs und das Recht auf die „Privatheit“ der Familie und der *Comunidad*. Die Frauenflüchtlinge wurden gleichzeitig zu einer privilegierten Zielgruppe bei der Implementierung des *Community Development* Konzeptes. An Frauen gerichtete Geschlechter differenzierende Programme zielten auf eine spezifische Disziplinierung des weiblichen Körpers und drauf, das Management der mehrfachen Belastung der Frauen zu effektivieren und für das *Community Development* produktiv zu machen.

¹¹⁵ In 1.2. habe ich das *Community Development* als (Re-)integrationskonzept für Vertriebene als Entwicklungsstrategie im Kontext neoliberaler Sozial- und Wirtschaftspolitiken charakterisiert, die während der 1980er für Lateinamerika konzipiert wurden. Der Fokus dieser Strukturanpassungsprogramme (SAP) lag darauf, die sozialen Kosten zu senken. *Community Development* wurde in diesem Sinne als effiziente und effektivere Gestaltung von Entwicklung durch die Selbstorganisation sozial marginalisierter Gruppen gesehen.

3.4.1. Das Flüchtlingscamp: Die postnationale Formation

Zwischen Anfang 1981 und Mai 1984 registrierten die mexikanische Flüchtlingsbehörde COMAR („Comisión Mexicana de Ayuda a Refugiados“) und das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) 46.000 guatemaltekische Flüchtlinge in 80 bis 90 Camps im Bundesstaat Chiapas in den Landkreisen entlang der mexikanischen Grenze, die an die guatemaltekischen Departments Quiché und Huehuetenango anschließen (COMAR 1988: 10).¹¹⁶ Dazu gehörten Tapachula, La Independencia, Trinitaria, Frontera Comalapa sowie die schwer zugänglichen und infrastrukturell kaum erschlossenen Gebiete des lakandonischen Urwaldes der Landkreise Margaritas und Ocosingo. Im lakandonischen Urwald befanden sich drei große, quasi klandestine Camps, in denen die meisten Flüchtlinge aus den Besiedlungs- und Kooperativenprojekten der katholischen Kirche im nördlichen Tiefland des Departments Quiché (Ixcán) Schutz suchten (vgl. Freyermuth/Godfrey 1993: 25). Die Flucht erfolgte mehrheitlich in größeren Gruppen zwischen 50 und 100 Personen. Ebenso begannen die Flüchtlinge sehr bald nach der Ankunft in Mexiko sich zu organisieren und Repräsentanten zu bestimmen, die mit den mexikanischen Behörden verhandelten, um die dringendsten Probleme zu lösen (vgl. Freyermuth/Godfrey 1993: 25-26).¹¹⁷ Zu betonen ist die Bedeutung der schulmedizinisch orientierten Gesundheitspromotoren unter den Flüchtlingsgruppen, die in Guatemala insbesondere von der *Acción Católica* ausgebildet worden waren. Sie übernahmen nicht nur umgehend eine Basisgesundheitsversorgung für ihre Gruppen, sondern sie waren auch die ersten Sprecher und „Interpreten“ dessen, was die Flüchtlinge erlebt hatten (vgl. a.a.O. 29).

Das Exil in Mexiko wird von vielen ehemaligen Flüchtlingen zwar als *Refugio*, als Schutzraum bezeichnet, aber auch hier waren die ersten Jahre von der Situation der Exterritorialisierung, von Rechtlosigkeit und Illegalisierung geprägt. Zum einen kam es zu wiederholten Übergriffen des guatemaltekischen Militärs auf die grenznahen Camps im lakandonischen Urwald, insbesondere auf das Camp „Puerto Rico“ (vgl. Manz 1988: 141). Bis Ende 1982 forderte die guatemaltekische Regierung – allerdings erfolglos – die Auslieferung der Flüchtlinge.¹¹⁸ Zum anderen wurden die Vertriebenen von Funktionären

¹¹⁶ Die Diözese der katholischen Kirche von San Cristóbal (Chiapas), die als erste Einrichtung die Flüchtlinge unterstützte, spricht 1984 von 93.000 guatemaltekischen Flüchtlingen in Chiapas. Oskar González, der damalige Direktor von COMAR, schätzte 1985 die Gesamtzahl guatemaltekischer Flüchtlinge auf mexikanischem Territorium auf rund 200.000 Menschen (vgl. Freyermuth/Godfrey 1993: 25).

¹¹⁷ Drei Siedlungsformen von Flüchtlingen ließen sich in der Anfangsphase unterscheiden: zum einen wie erwähnt die großen Camps im lakandonischen Urwald, in denen zwischen 2.000 und 6.000 Personen lebten, zum anderen kleinere Camps in der Nähe von *Ejidos* sowie drittens Flüchtlingsgruppen, die etwa ein Drittel ausmachten und bei Verwandten in ländlichen Gemeinden in Chiapas unterkamen (vgl. ebd.).

¹¹⁸ Zwischen 1981 und 1984 übertraten Einheiten der guatemaltekischen Armee 70 Mal die Grenze nach

COMARs und von der mexikanischen Migrationspolizei drangsaliert. Sie unterstellten ihnen, sie seien „Subversive“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge.“ Des Weiteren kam es zu sexuellen Übergriffen auf Mädchen und Frauen. Die Ausgabe von Hilfsgütern des UNHCR erfolgte unregelmäßig, willkürlich oder sie wurden von COMAR unterschlagen. Patrouillen der mexikanischen Polizei kontrollierten die Camps und schränkten die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge ein (vgl. Freyermuth/Godfrey 1993: 31-31). Neben der Unterstützung von Verwandten waren die Flüchtlinge insbesondere auf die schneller und zuverlässiger funktionierende Hilfe des *Comité Cristiano* (CC) angewiesen, die von der befreiungstheologisch orientierten Diözese von San Cristóbal de las Casas (Chiapas) ins Leben gerufen worden war. Die Basisgruppen des CC spielten von Beginn an eine zentrale Rolle in der materiellen und spirituellen Unterstützung der Flüchtlinge (vgl. u.a. Diócesis de San Cristóbal de las Casas 1988: 71; Freyermuth/Godfrey 1993: 31-32, 34-35; IGE 1987). Bereits 1981 hatte das CC mit einer Systematisierung der Flüchtlingsarbeit begonnen. Das Programm beinhaltete neben der Vergabe von Lebensmitteln, Kleidung, Materialien zum Hausbau, medizinischer Betreuung, Unterstützung in juristischen Fragen sowie bei der Land- und Arbeitssuche, auch Workshops zur politischen und ökonomischen Organisation und befreiungstheologisch orientierte Bildungsprojekte (vgl. Comité Cristiano o.J.: 7-9).

1984 entschied die mexikanische Regierung die Flüchtlinge in neu errichtete Camps in den mexikanischen Bundesstaaten Campeche und Quintana Roo umzusiedeln. Zum einen sollte mit dieser Maßnahme den Streitigkeiten zwischen der mexikanischen und der guatemaltekischen Regierung aufgrund der Grenzübertritte der guatemaltekischen Militärs begegnet werden. Zum anderen gestaltete sich die Kontrolle und Versorgung der inzwischen über 100 Camps und Siedlungen von Flüchtlingen, die im lakandonischen Urwald nur über Flüsse zu erreichen waren, als schwierig. Zum dritten befürchtete die mexikanische Regierung, die guatemaltekischen Flüchtlinge könnten zur Radikalisierung der chiapanekischen Kleinbauern beitragen (vgl. zur Entstehung der zapatistischen Bewegung in Chiapas Tello 1995). Die Umsiedlungspläne stießen auf den Widerstand der Flüchtlinge. Einige Gruppen betonten in einem Protestschreiben an die mexikanische Regierung, den UNHCR und COMAR, dass sie mit einer Umsiedlung in andere Bundesstaaten nicht einverstanden seien, weil sie die Rückkehr nach Guatemala erschweren könne. Sie wollten außerdem ihre familiären Kontakte und Arbeitsmöglichkeiten in Chiapas nicht aufgeben. Insbesondere die Flüchtlinge im lakandonischen Urwald, die wiederholt von

Mexiko, ermordeten insgesamt 20 Flüchtlinge, mindestens sieben Mexikaner/innen und entführten zahllose Menschen (vgl. CARGUA 1985: 13).

guatemaltekischen Militäreinheiten angegriffen worden waren, plädierten für eine Umsiedlung innerhalb von Chiapas (vgl. Freyermuth/Godfrey 1993: 48-50). Während eines erneuten Grenzübertritts der guatemaltekischen Armee Mitte des Jahres 1984 versuchte die mexikanische Regierung ihre Umsiedlungspläne zu forcieren und die Flüchtlinge mit Unterstützung von Marineeinheiten nach Campeche und Quintana Roo zu deportieren. Zunächst wurden die Camps im Landkreis Trinitaria aufgelöst. Anschließend sollten die Flüchtlinge im lakandonischen Urwald umgesiedelt werden. Einige Camps wie „Puerto Rico“ brannte die mexikanische Marine nieder. Die meisten Flüchtlinge zogen sich vor der Deportation in abgelegene Gegenden des lakandonischen Urwaldes zurück oder suchten Zuflucht in anderen Camps. Mehrere tausend Vertriebene gingen auch zurück nach Guatemala und schlossen sich den „geheimen Widerstandsdörfern“ („Comunidades de Poblaciones en Resistencia“ – CPR) im Konfliktgebiet Ixcán nahe der mexikanischen Grenze an. Die mexikanische Regierung stellte die Deportationen daraufhin ein und begann unter Vermittlung der Diözese von San Cristóbal mit den Flüchtlingsgruppen im lakandonischen Urwald über eine freiwillige Umsiedlung zu verhandeln. Schließlich wurden bis 1985 fast 18 000 Flüchtlinge in fünf neu errichtete Camps in Campeche und Quintana Roo untergebracht (vgl. COMAR 1988: 34, Manz 1986: 158).

Diese Camps waren im Unterscheid zu den schwer zugänglichen und mobilen Camps in Chiapas als feste Siedlungen ausschließlich für die Flüchtlinge geplant worden. Sie zeigen das Bestreben des Flüchtlingsmanagements, mit Hilfe der materiellen Organisation des Raumes einen sichtbaren, kontrollier- und verwaltbaren Flüchtlingsbevölkerungskörper zu schaffen und diesen an eigens dafür vorgesehenen und von der mexikanischen Bevölkerung separierten Orten zu platzieren. Die neuen Camps produzierten, wie Stepputat schreibt, im Gegensatz zu jenen in Chiapas disziplinierende Räume:

When inscribed in a relief regime, the refugees become subjected to headcounts, registers, measurements, classifications, listings [...] and other procedures of logistical management. As such, these procedures are techniques developed for the government of populations (Stepputat 1997: 11).

Konkret sahen die Praktiken und Technologien der Camp-Verwaltung zur Disziplinierung in Campeche und Quintana Roo folgendermaßen aus: Erstens wurden die Flüchtlingscamps in von mexikanischen Siedlungen und Städten abgelegenen Gegenden gebaut und waren auf die Unterbringung mehrerer tausend Menschen ausgerichtet. Sie verfügten zweitens über ein einheitliches Siedlungsdesign und eine einheitliche Architektur, die den Kriterien der effektiveren Kontrolle und Verwaltung folgten. In jedem Camp wurde ein Zentrum mit Geschäften, Schulen und Gesundheitsposten errichtet. Rundherum ließ COMAR

Wohnsiedlungen („Module“) anlegen, in denen bis zu 600 Menschen leben sollten. Sie bestanden aus kleinen Reihenhäusern, die von schachbrettartig angelegten Schotterwegen umgeben waren. In jedem „Modul“ siedelten sich Flüchtlinge in Gruppen von 30 bis 100 Haushalten in den einzelnen Straßenzügen (*Barrios*) an. Drittens setzte die mexikanische Regierung beim Design der Camps ganz explizit auf die Selbstorganisation und Selbstversorgung der Flüchtlinge. Die Bewohner/innen der Module sollten Gruppen bilden und Repräsentanten für den Kontakt mit COMAR bestimmen (vgl. Stepputat 1988: 14ff).¹¹⁹ COMAR stellte den Gruppen Land zu Verfügung, das zur kollektiven Bewirtschaftung vorgesehen war. Die Campverwaltung förderte zudem die Integration in den lokalen Arbeitsmarkt. Andererseits reglementierte COMAR den Zugang von NRO und Solidaritätsgruppen stärker als in den unübersichtlichen Camps in Chiapas (vgl. Stepputat 1988: 13ff, Unger 1995: 93-94). Segregation, Kontrolle und die verstreute Lage der Camps bewirkten auch, dass die Kommunikation zwischen den Flüchtlingen verschiedener Camps sowohl in Chiapas als auch in den beiden anderen Bundesstaaten schwierig und kaum formalisiert war (vgl. Freyermuth/Godfrey 1993: 48). Stepputat charakterisiert das Camp-Design und die Verbindung zwischen der Förderung der Selbstorganisation und der Selbstversorgung als segregiertes *Local Settlement*. Der Begriff bezeichnet nicht nur die materielle räumliche Organisation der Camps, sondern auch das Bestreben COMARs, eine lokal begrenzte „produktive Integration“ der Flüchtlinge ohne ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft zu erreichen (vgl. Stepputat 1992: 91).

Ab Mitte der 1980er Jahre begannen sich mehrere politische Dynamiken auf zentralamerikanischer Ebene miteinander zu verschränken. Zum einen fand die im „Nationalen Plan für Sicherheit und Entwicklung“ vorgesehene militärisch kontrollierte Transition zur formalen Demokratie in Guatemala statt (vgl. 3.3.). Zum zweiten kam es im Kontext der zentralamerikanischen Friedensinitiativen zu einer Internationalisierung der Flüchtlingsfrage. Das Friedensabkommen von Esquipulas II (1987) und die erste zentralamerikanische Flüchtlingskonferenz CIREFCA von 1989 erklärten die Frage der Flüchtlinge und Vertriebenen zum zentralen Problem für die Befriedung, Demokratisierung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Weltmarktintegration der Region, und formulierten die Notwendigkeit einer multilateralen Lösung. Insbesondere CIREFCA forcierte in diesem Kontext die Aufwertung und die stärkere Einbeziehung nicht staatlicher Akteure und

¹¹⁹ Diese Gruppenbildung folgte den eigenen Formen der Gruppenkonstitution der Flüchtlinge. Als entscheidende Kriterien galten der Herkunftsort in Guatemala oder das gemeinsame Leben in einem Camp in Chiapas. Die Mehrheit der neu angesiedelten Flüchtlinge kam aus den Kooperativenprojekten der katholischen Kirche im Ixcán (vgl. Garbers 2002: 142).

Akteurinnen in die Transformationsprozesse. Ziel war eine regional einheitliche und auf der Freiwilligkeit der Betroffenen beruhende Repatriierungspolitik (vgl.1.2.). So erklärte COMAR in einem Papier von 1988:

La repatriación de los refugiados guatemaltecos ha sido y es el primer objetivo del programa elaborado por la COMAR, siempre y cuando esta se lleva a cabo en estricto respeto a la decisión libre, voluntaria e individual de cada uno de los refugiados (COMAR 1988: 25).

Die erste zivile Regierung Guatemalas unter dem Christdemokraten Vinicio Cerezo ihrerseits reagierte auf das Paradigma der freiwilligen Repatriierung 1986/1987 mit dem Start eines staatlichen Rückführungsprogramms für Flüchtlinge, um der Demokratisierung Guatemalas international Legitimität zu verleihen. Nach einem Treffen mit dem mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid rief die Cerezo-Administration eine zivile Flüchtlingskommission zur Koordinierung des Repatriierungsprogramms („Comisión Especial de Atención a Repatriados“ – CEAR) ins Leben.¹²⁰ 1987 unterzeichneten die guatemaltekische und die mexikanische Regierung sowie der UNHCR ein Abkommen über die finanzielle und logistische Unterstützung des Programms.¹²¹ Zudem beinhaltete die von UNHCR und COMAR seit der Umsiedlungskampagne nach Campeche und Quintana Roo 1984 betriebene Selbstversorgungspolitik Mittelkürzungen der Flüchtlingshilfe. Bis 1988 wurde die Ausgabe von Lebensmitteln stark dezimiert. Sie sollte ab 1989 ganz eingestellt werden und auch in anderen Bereichen sollten die Zuwendungen verringert werden (vgl. Stepputat 1988: 23).¹²² Es verstärkte sich also einerseits der Druck auf die Flüchtlinge, nach Guatemala zurück zu kehren. Andererseits sahen die in Guatemala faktisch nach wie vor regierenden Militärs in den Repatriierungsprogrammen die Möglichkeit, die Flüchtlinge in die militarisierte soziale Ordnung der Konfliktgebiete zu integrieren. Dies bedeutete ihre militärisch kontrollierte Wiederansiedlung in „Modelldörfer“ und „Entwicklungspole“, die Rekrutierung der Männer in die paramilitärischen Verbände und deren Beteiligung an Offensiven gegen die „Subversion“ (vgl. 3.3.). So war eine Werbekampagne für das Repatriierungsprogramm, die UNHCR und Präsident Cerezo in den Flüchtlingscamps im Süden Mexikos starteten, nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Die Mehrheit der Flüchtlinge

¹²⁰ Die Funktionäre von CEAR setzten sich jedoch mehrheitlich aus ehemaligen oder amtierenden Offizieren der guatemaltekischen Armee zusammen (vgl. Interview mit Roger Brandin, ehemaliger Mitarbeiter des UNHCR in Guatemala, am 26.06.2002).

¹²¹ Der UNHCR verpflichtete sich, die Repatriierten mit Lebensmitteln, Baumaterial, Saatgut und Geld sowie mit der Koordination des Transportes zu unterstützen (vgl. Stepputat 1997: 1-2).

¹²² Stepputat beschreibt die Sparmaßnahmen für ein Camp in Campeche: „[T]he relief assistance will suffer cutbacks in 1989. The refugees will receive almost no food, they will have to pay the electricity bill for the communal installations, for half of the fertilizer and other inputs, for the firewood, and – after a last round of repairs – for all maintenance work“ (ebd.).

blieb misstrauisch und bis 1988 ließen sich nur etwas 4000 Menschen unter der Aufsicht von CEAR nach Guatemala repatriieren (vgl. COMAR 1988: 32).

Die Internationalisierung der Flüchtlingsfrage, die Forderung nach an ihrer multilateralen und entwicklungsorientierten Lösung sowie die Mittelkürzungen des UNHCR hatten wie erwähnt die Aufwertung nicht staatlicher Akteure und Akteurinnen und Zunahme ihres Einflusses auf die Flüchtlingsarbeit zur Folge (vgl. Garbers 2002: 159). Diese Dynamiken verwandelten den exterritorialen Raum im Süden Mexikos in einen postnationalen Raum mit eigenen Bürokratien, Kommunikationsformen und Institutionen jenseits des Nationalstaates, den ich oben die „Welt der Flüchtlinge“ genannt habe. Zunächst öffnete die mexikanische Regierung insbesondere in Chiapas die Camps für internationale und nationale NRO. Dies erlaubte es auch exilierten Vertreter/innen der guatemaltekischen Guerilla sowie den ersten zivilen sozialen Organisationen aus Guatemala als NRO in den Camps aufzutreten und die von UNHCR oder internationalen Entwicklungsagenturen finanzierten Projekte auszuführen. Vor allem die guatemaltekischen NRO „Capacitación y Desarrollo Comunitario“ (CADECO),¹²³ „Promoción y Servicios Comunitarios“ (PROSECO)¹²⁴ und das mexikanische „Centro de Investigación y Acción para la Mujer“ (CIAM)¹²⁵ begannen in den chiapanekischen Camps mit der Projektarbeit. Diese NRO gründeten ihre Arbeit auf die vorhandenen Selbstorganisationsstrukturen der Flüchtlinge, die in den Camps *Subcommunities* mit eigenen Sprechern und Sprecherinnen, Gesundheits- und Bildungspromotoren und -promotorinnen gebildet hatten. Das mit der Präsenz der NRO erweiterte und dezentralisierte Camp-Management förderte nicht nur die Selbstorganisation der einzelnen Flüchtlingsgruppen, sondern auch die Vernetzung der Camps in den drei Bundesstaaten und die Kommunikation mit der Außenwelt. So führten die NRO Alphabetisierungskampagnen in spanischer Sprache durch, richteten Radiostationen ein und förderten kleine Zeitungsprojekte.

3.4.2. Neue politische Subjekte: Die Selbstvertretungen der Flüchtlinge

1988 riefen die Sprecher der Flüchtlingsgruppen in den rund 100 Camps aller drei mexikanischen Bundesstaaten eine gemeinsame Struktur der politischen Repräsentation ins Leben. Sie gründeten die „Ständigen Vertretungen der guatemaltekischen Flüchtlinge in Mexiko“ (*Comisiones Permanentes – CCPP*).¹²⁶ Eine Leitung von 70 Personen, fast

¹²³ „Kommunitäre Ausbildung und Entwicklung“. CADECO ging aus den Strukturen der Guerilla-Organisation EGP hervor.

¹²⁴ „Förderung kommunitärer Dienstleistungen“.

¹²⁵ „Forschungs- und Aktionszentrum für die Frau“.

¹²⁶ Mit Beginn der ersten *Retornos* 1993 unterteilten sich die CCPP in drei eigene Organisationseinheiten

ausschließlich Männer, wurde ernannt.¹²⁷ Die Leitung teilte sich in Arbeitsgruppen auf, die sich beispielsweise mit der Landfrage beschäftigten oder die Zuständigkeit für internationale Kontakte übernahmen (vgl. Garbers 2002: 154).

Die Gründung der CCPP ist ohne Zweifel ein Ergebnis der überlokalen Dynamik und der Förderung der Selbstorganisation der Flüchtlinge seitens nicht staatlicher Akteure und Akteurinnen. Auch die mit der Internationalisierung der Flüchtlingsfrage einhergehende Verschiebung der Betrachtung der Flüchtlinge von einem nationalen „Sicherheitsproblem“ zu einem regionalen „Menschenrechtsproblem“ beförderte die Gründung der CCPP und ihre politische Legitimität (vgl. 1.2.). Die spezifische Form ihrer politischen Repräsentation geht jedoch vor allem aus der Abgrenzung zu den staatlichen Repatriierungsprogrammen der guatemaltekischen Regierung hervor. Diesen Prozess der Abgrenzung und Artikulation eines eigenen politischen Projektes *el Retorno* umreißt ich im Folgenden.

Anlässlich eines Besuchs des guatemaltekischen Präsidenten Cerezo in Cancún (Mexiko) publizierten die CCPP einen offenen Brief, in dem sie erstmals ihre fünf Bedingungen für eine Rückkehr nach Guatemala formulierten: Dazu gehörten das Recht auf Land, auf die Ansiedlung und autonome Organisation in exklusiven *Comunidades* im Fall der Rückkehr, die Achtung der Freiwilligkeit und der Schutz des Lebens, die Entmilitarisierung der Rückkehrgebiete sowie eine internationale Begleitung und Beobachtung während der Rückkehr und Wiederansiedlung.¹²⁸ Später kamen die Forderungen nach einer kollektiven und selbst organisierten Rückkehr sowie nach der Bewegungsfreiheit der Repräsentanten der CCPP in Mexiko und Guatemala hinzu. Mit der Artikulation dieser Forderungen politisierten

(*Vertientes*), die die Operations- und Einflussgebiete der drei wichtigsten Mitgliedsorganisationen der URNG spiegelten – FAR, ORPA und EGP (vgl. Garbers 2002: 159-160, NCOORD 1996). 1995/1996 kam es zu einem offenen Bruch mit den Guerillas seitens einer der drei *Vertientes* der CCPP, die vor allem Rückkehrgruppen in die Departments Quiché und Huehuetenango begleiteten. Im Zuge der Spaltungen und Konflikte innerhalb der CCPP entstand im Januar 1996 eine weitere Vertretung einiger Flüchtlingsgruppen in Chiapas, die „Koordination der Rückkehrblöcke“ („Coordinadora de Bloques de Retorno“ – CBRR). Die CBRR schafften es, in die 1996 neu ausgehandelten Kreditregelungen für Flüchtlinge und Rückkehrer/innen einbezogen zu werden, die zuvor nur für Rückkehrgruppen galten, die von den CCPP repräsentiert worden waren. Die CBRR wurden damit neben den CCPP zu offiziellen Verhandlungspartnern der guatemaltekischen Regierung.

¹²⁷ Lediglich zwei Frauen fanden sich in dem Leitungsgremium der CCPP (vgl. Arbour 1995: 22).

¹²⁸ Die genaue Formulierung der fünf Rückkehrbedingungen lautet folgendermaßen:

- Die Anerkennung des Rechts auf Inbesitznahme und Rückkehr auf jenes Land, das durch die Repression des Militärs verlassen werden musste.
- Die Zusicherung der Organisationsfreiheit im Falle der Rückkehr.
- Die öffentliche Zusicherung der Regierung, dass der Entschluss zur Rückkehr frei und individuell durch jeden Flüchtling selbst erfolgen kann und dass das Leben der Zurückgekehrten geschützt wird.
- Die Zusicherung, dass in den Rückkehrgebieten die Anwesenheit des Militärs ausgeschlossen wird.
- Die Begleitung der Rückkehr durch internationale Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen und deren Verbleib im Land zur Überwachung der Regierungszusagen (vgl. spanischer Wortlaut CERIGUA 1988: 3)

die CCPP das Paradigma der freiwilligen Rückkehr sowie den Flüchtlingsstatus und gaben dem Projekt der kollektiven und selbst bestimmten Rückkehr einen Namen: *El Retorno*. Mit diesem Begriff vollzogen sie eine sprachliche Abgrenzung zu den staatlichen Repatriierungsprogrammen. Die Unterscheidung zwischen *Retorno* und *Repatriación*¹²⁹ erhielt eine politische Bedeutung: Die CCPP kritisierten nicht nur die mit den staatlichen Repatriierungsprogrammen verbundene Eingliederung in eine militarisierte soziale Ordnung und die Funktionalisierung der Repatriierung für die Aufstandsbekämpfung. Vielmehr lehnten sie auch die in dem Wort *Repatriación* enthaltene Zuschreibung des Patriotismus ab. Rückkehr - *Retorno* - beinhaltet deshalb neben vielen anderen noch anzusprechenden Vorstellungen ein Zeichen der Subversion und des Widerstandes gegen die guatemaltekische Regierung und das Militär – gegen den Nationalstaat (vgl. Stepputat 1997: 2). Die CCPP repräsentierten die zuvor fragmentierten, isoliert voneinander lebenden und lokal organisierten Flüchtlingsgruppen in Mexiko als politische Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft – Vertreibung und Rückkehr, die ich mit Stepputat (1994: 1) *Imagined Returned Community* nenne. Sie ging aus der Abgrenzung zur nationalen Gemeinschaft der „bewaffneten Patrioten“ hervor und beinhaltete Rekonzeptualisierungen von *Comunidad*, *Tierra* und Armut. Ich bezeichne sie deshalb auch als *Popular Community*. Die Kennzeichen dieses spezifischen politischen Gemeinschaftsdenkens der Flüchtlinge waren folgende: Die CCPP verbanden mit *el Retorno* ein normatives Konzept des sozialen Seins des Flüchtlings. Ein diskursiv konstruierter kollektiver (männlicher) Körper von sozialem Handeln und moralischen Standards – der „echte Flüchtling“ - reproduzierte die Abgrenzung zum Körper der „bewaffneten Patrioten“, er spiegelte aber auch die Anerkennungskriterien der Genfer Flüchtlingskonvention (vgl. 1.2.). So prägte den mit den CCPP erschaffenen „echten Flüchtling“ die Erfahrung des Leidens – Gewalt, Vertreibung und Enteignung, die Auffassung, dass das Exil ein transitorischer Zeit-Raum ist, die kollektive Bestimmung in der Rückkehr liegt und die erwähnte antinationalstaatliche Haltung. Sie war verbunden mit einer spezifischen Perzeption von Autonomie, die in der *Comunidad* lokalisiert wurde: „[R]eal refugees should not repatriate [...]. They should wait until conditions are ripe for a communal return“ (Stepputat 1994: 6). Der Begriff *Imagined Returned Community*¹³⁰ bezeichnet hier also ein spezifisches System der kulturellen Repräsentation, das mit der Organisation einer kollektiven, aber kommunal orientierten Rückkehr zusammen hängt. Wie

¹²⁹ Repatriierung oder Rückführung

¹³⁰ Die *Imagined Returned Community* ist als eine Erzählung zu sehen, die den Widerstand gegen die Praktiken und Technologien der Gemeinschaftsbildung der guatemaltekischen Militärs legitimierte. Ich interpretiere sie aber weder als homogen noch als harmonisch, sondern wie Stepputat (1997: 5) als „heuristic device of boundaries, identities, and political struggles“.

in anderen vorgestellten Gemeinschaften wurde eine gemeinsame Geschichte und Zukunft rund um spezifische Orte konstruiert – eine *Narrative*, oder genauer eine Erzählung des Kampfes des legitimen *Pueblo* der Kleinbauern (*Campeños*) und *Indígenas* gegen die Nation der „Reichen und ihr Militär“ um ihre *Comunidades* und ihre *Tierra*. Mit dieser Gegenerzählung waren neue Vorstellungen von Zeit und Raum verbunden:

Like in other imagined communities a common history has been constructed – one that emphasises the struggle of the poor (Indian) for material improvement, autonomy and dignity, against the rich and the army who wanted to break the back of the poor and take over their land; and a common future is envisaged, in which the refugees return together; reconquest the land, and establish settlement where they can look after each other [...] (Stepputat 1994: 6).

Neben der *Comunidad*, die weniger an ein konkretes Territorium gebunden vorgestellt wurde, war der Landbesitz – die *Tierra* – der zentrale imaginäre Ort der Projektion der Rückkehrgemeinschaft in die Zukunft und in den Raum, aber auch der wichtigste Ort, an den sich die Vorstellungen von (männlicher) Subjektwerdung hefteten. Viele Flüchtlinge hatten im hoch militarisierten Konfliktgebiet Ixcán vor der Vertreibung Land in den unabhängigen Kooperativenprojekten der katholischen Kirche besessen. Aus dem verarmten westlichen Hochland im Department Huehuetenango waren sie in 1960er und 1970er Jahren auf der Suche nach Land dorthin migriert. Die Wiederaneignung dieses Landes – der *Tierra* – wurde geradezu zu einer Obsession (vgl. a.a.O. 7). Im Ixcán liefen die Projektionen der *Imagined Returned Community* in den Raum und in die Zeit zusammen: Dort wurden die Vorstellungen einer über die Wanderung verlaufende (männliche) Subjektwerdung lokalisiert: „Return is thus compared to the descent from the highland, to the transformation from a wandering, landless labourer to an autonomous peasant“ (ebd.).

Meine These ist, dass es mehrere Erzählungen der Rückkehr gibt, die in *el Retorno* „Platz“ hatten (vgl. 4.3.), aber dass eine Erzählung den Rückkehrprozess dominierte, deren Grundzüge ich hier bereits umrissen habe und die ich in Kapitel 4.2. als dominante *Counter Narrative* der Rückkehr weiter präzisiere. Insbesondere auf die mit dieser Erzählung verbundenen spezifischen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit gehe ich in Kapitel IV ausführlich ein. Weil es in diesem Kapitel um die Rekonstruktion der Bedingungen für die Artikulation von *el Retorno* geht, beschränke ich mich im Folgenden darauf, auch die Bedingungen und die daraus folgenden Strategien der Frauenflüchtlinge nachzuzeichnen, die ihren Zugang zu den formalen Strukturen der politischen Repräsentation der Flüchtlinge ermöglichten.

Wie erwähnt setzten sich die CCPP zu fast 100 Prozent aus den männlichen Sprechern der Flüchtlingsgruppen in den Camps zusammen. Vor allem junge Männer übernahmen die Verhandlungen mit dem UNHCR, mit NRO sowie mit COMAR und der guatemaltekischen Regierung (vgl. Unger 1995: 94). So blieben die Frauenflüchtlinge aus diesen Strukturen zunächst ausgeschlossen. Für ihre politische Artikulation ab 1990 spielte eine wichtige Rolle, dass CIREFCA im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Ausrichtung auch das Thema Gender auf die Tagesordnung brachte (vgl. 1.2.). So begann COMAR in den Camps in Campeche und Quintana Roo produktive Projekte für „bedürftige Familien“, womit *de facto* Haushalte mit einem weiblichen Vorstand gemeint waren, durchzuführen. In Chiapas fokussierte insbesondere die feministisch orientierte NRO CIAM auf eine „partizipative“ Projektarbeit mit den Frauen in den Camps. Ab 1990 versuchte Terry Morel als „Officer for Women and Children“ im UNHCR-Büro in Comitán (Chiapas) die Geschlechter differenzierende Arbeit der NRO und mit eingeschränktem Erfolg auch von COMAR als *Empowerment* Politik zu systematisieren (vgl. Unger 1995: 103-104). So begann 1989/1990 ein Camp übergreifender Organisationsprozess auch der Frauen. Im August 1990 wurde schließlich im Camp „Cieniguitas“ (Chiapas) in Anwesenheit von rund 700 Frauen sowie von insgesamt 300 Gästen¹³¹, die Frauenflüchtlingsorganisation *Mama Maquín* (MMQ) gegründet (vgl. MMQ 1999: 15).¹³² Im öffentlich verlesenen Gründungsdokument wird deutlich, dass MMQ die Figur des „echten Flüchtlings“ reformuliert: Der Gründungstext positionierte mit Rekursen auf die *gemeinsame* Geschichte des Leidens der Flüchtlingsgemeinschaft sowie auf ihre quasi natürliche Bestimmung, die Rückkehr¹³³, ein weibliches Subjekt in der *Imagined Returned Community*: die vertriebene „Mutter“ und „Witwe“. Dieses Subjekt nenne ich die „echte Flüchtlingsfrau“ oder die „Rückkehraktivistin“. Es legitimierte MMQ damit als formale politische Repräsentation der Frauenflüchtlinge. So heißt es im Gründungsdokument

¹³¹ Dazu gehörten Vertreter der CCPP, Mitglieder der Witwenorganisation CONAVIGUA, der „Christlichen Guatemaltekischen Aktion“ („Acción Cristiana Guatemalteca“ – ACG), des UNHCR, des UNICEF und der COMAR, sowie Journalisten und Journalistinnen der mexikanischen Presse. Die ACG möchte ich hier besonders erwähnen. Sie war eine Nachfolgeorganisation der *Acción Católica*, deren Gründung von der Diözese San Cristóbal unterstützt wurde. Die ACG setzte sich aus neokatholischen Basisgruppen der „geheimen Widerstandsdörfer“, der Flüchtlingscamps, sowie aus Vertretern der von exilierten Mitgliedern der *Acción Católica* in Mexiko gegründeten „guatemaltekischen Kirche im Exil“ („Iglesia Guatemalteca en el Exilio“ – IGE) zusammen. Das Gründungstreffen der ACG fand im August 1989 in San Cristóbal de las Casas statt (vgl. Falla 1995: 67).

¹³² Weniger spektakulär verlief die Gründung von zwei weiteren größeren Frauenflüchtlingsorganisationen, *Ixmucané* und *Madre Tierra* (1993), die insbesondere nach der Aufspaltung der CCPP in drei Flügel ab Mitte der 1990er Jahre begannen, eine wichtige Rolle in der Organisation und Begleitung der Frauen der Rückkehrgruppen zu spielen, die in die Departments Petén, Altaverrapaz und an die Südküste zurück kehrten (vgl. Arbour 1995: 20-21).

¹³³ Im Gründungsdokument wird betont, dass MMQ die Ziele und Forderungen der CCPP teilt und unterstützt (vgl. MMQ 1990: 6).

von MMQ: „Nuestra historia como mujeres refugiadas no es otra que la historia de la población guatemalteca refugiada en México” (MMQ1990: 1). MMQ forderte die soziale, religiöse, politische und ökonomische Gleichstellung der Frauen in der Familie, der *Comunidad* und der Gemeinschaft der Flüchtlinge. Zu diesen Forderungen gehörten auch der Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsprogrammen sowie das Recht auf Bewegungs- und Organisationsfreiheit der Sprecherinnen von MMQ. Diese Forderungen fokussierten auf die Unterstützung der Witwen und anderer allein stehender Mütter und Frauen. Doch mit dem Gründungsdokument artikulierte MMQ noch weitere politische Subjektpositionen: Hervorgehoben wurden die politische Loyalität mit den lateinamerikanischen Frauen und Frauen weltweit in ihren Kämpfen um Gleichheit, Demokratie und Frieden sowie mit den nicht staatlichen Akteuren und Akteurinnen entwicklungspolitischer Maßnahmen (vgl. a.a.O. 5-6).¹³⁴ MMQ erhielt schnell großen Zulauf. 1992 wurden bereits rund 7.000 Frauen zu den Mitgliedern der Organisation gezählt (vgl. Unger 1995: 99, MMQ/CIAM 1994: 57). NRO, UNHCR und COMAR förderten die Mobilität der Frauenflüchtlinge und die Kommunikation untereinander.¹³⁵ Hervorzuheben sind die insbesondere von CIAM mit Hilfe der Ausbildung von Multiplikatorinnen unter den Frauenflüchtlingen durchgeführten Alphabetisierungskampagnen für Frauen in spanischer Sprache (vgl. Unger 1995: 100). Spanisch wurde nun auch für die Aktivistinnen der Frauenorganisationen zu einer Verkehrssprache, welche die Kommunikation zwischen den verschiedenen indigenen Sprachgruppen ermöglichte. Schirmer beschreibt am Beispiel der Witwenorganisation CONAVIGUA auch die besondere Bedeutung des Erlernens der spanischen Sprache als Aneignung der „Sprache der Bürokratie, des Gesetzes und der Macht“ für die Politisierung der Mutter- und Witwenschaft:

With Spanish literacy classes, women learn the language of bureaucracy, law and power as a way both to make their demands known and to protect themselves. Learning to read and write can be a means to regain a sense of control over one's life and one's body integrity (Schirmer 1993: 54).

Ebenso wie für CONAVIGUA spielten auch für die Repräsentation der „echten Flüchtlingsfrau“ Mobilität und das Beherrschen der spanischen Sprache eine zentrale Rolle.

¹³⁴ MMQ erhielt in den ersten *Retornos* 1993 und 1994 eine besondere Bedeutung als *Pressure Group* bei der Durchsetzung der Forderung nach der Entmilitarisierung der Rückkehrgebiete. Erst 1994 tauchte in einer öffentlichen Reformulierung ihres Forderungskataloges auch die Forderung nach der Gewährleistung des Rechtes von Frauen auf eigenständigen Landbesitz. Diese Forderung beschränkte MMQ jedoch auf Witwen und allein stehende Mütter (vgl. MMQ/CIAM 1994: 71-72). Erst ab 1995 weitete MMQ diese Forderung auf alle Frauen in den Rückkehrgebieten aus.

¹³⁵ So richtete das Anfang der 1990er Jahre gegründete Unterstützungskomitee für Frauenflüchtlinge („Comité de Apoyo a la Mujer Refugiada“), das sich unter anderen aus Vertreterinnen von MMQ, UNHCR, CIAM und COMAR zusammensetzte, eine wöchentliche Radiosendung für MMQ ein und förderte die Publikation eines monatlich erscheinenden Informationsblattes. UNHCR und COMAR ermöglichten mit der Bereitstellung des Transportes Camp übergreifende Treffen (vgl. Unger 1995: 104).

Und zwar nicht nur als Strategie der Frauen, Zugang zu den Strukturen der politischen Vertretung zu erhalten. Ähnlich wie die in Abgrenzung zur Männlichkeitskonstruktion des bewaffneten Patrioten verlaufende Konstruktion des „echten Flüchtlings“ funktionierte auch die Repräsentation der „echten Flüchtlingsfrau“ als sprechende Frau und als mobiler weiblicher Körper in Abgrenzung zu den Weiblichkeitsentwürfen der militarisierten Nation. Die Figur der „echten Flüchtlingsfrau“ forderte deshalb auch die Bürgerschaftskonzepte des autoritären Nationalstaats heraus (vgl. 3.3.).

Anzumerken bleibt, dass die Gründung von MMQ und die Forderung der Organisation neben den CCPP als zweite offizielle Vertretung der Flüchtlinge in den Rückkehrverhandlungen anerkannt zu werden nicht nur als eine Reaktion auf die Männer zentrierten CCPP zu sehen ist.¹³⁶ Die Unterstützung des Organisationsprozesses von MMQ war gleichzeitig Teil einer Strategie von UNHCR und COMAR, um den Druck auf die guatemaltekische Regierung mit der Verstärkung einer unpolitisch erscheinenden Repräsentation von Frauen zu erhöhen: Die Regierung sollte mit den CCPP konkreter über deren Rückkehrbedingungen verhandeln, denn wie erwähnt verliefen die staatlichen Repatriierungsprogramme relativ erfolglos.¹³⁷ COMAR und UNHCR drängten auf eine Lösung der Flüchtlingsfrage in Südmexiko, weil die Hilfsleistungen nicht über das Jahr 1992 hinaus verlängert werden sollten.¹³⁸ Schließlich wurde am 8. Oktober 1992 ein Abkommen zwischen den CCPP und der guatemaltekischen Flüchtlingsbehörde CEAR unterzeichnet, in dem alle Forderungen der Flüchtlinge weitgehend Anerkennung fanden. Auf Druck von MMQ und des UNHCR wurde in den Vertragstext auch die Formulierung aufgenommen, dass unter Rückkehrern Frauen und Männer zu verstehen sind: „[S]e entenderá por retornados, tanto retornados como retornadas“ (zitiert nach Worby 2002: 77). Die Regierung machte allerdings keine Zusicherung auf eine vollständige Entmilitarisierung der Konfliktgebiete und sicherte ebenfalls nicht zu, dass alle Flüchtlinge auf das vor der Flucht genutzte Land zurückkehren können (vgl. Garbers 2002: 162).

¹³⁶ Die CCPP stellten sich solange gegen eine offiziell anerkannte politische Repräsentation der Frauen und gegen die Aufnahme von Frauen in ihre Verhandlungskommissionen bis internationale Organisationen den Männern Anreize in Form des institutionellen Interesses an Frauenprojekten boten. Die Männer erklärten sich schließlich mit der Existenz von MMQ einverstanden, weil sie sich von Frauenprojekten eine Verbesserung ihres Lebensstandards erhofften (vgl. Unger 1995: 99).

¹³⁷ COMAR befürchtete allerdings auch, dass MMQ sich zu stark als politische Organisation betätigen könne und forderte die Kerngruppe von MMQ im Vorfeld des Gründungstreffens auf, einen Absatz im ersten Entwurf des Gründungspapiers zu streichen, in dem es hieß, MMQ habe zum Ziel, den Kampf der sozialen Bewegungen („movimientos populares“) in Guatemala zu unterstützen. COMAR begründete dies mit dem Hinweis es sei Ausländer/innen in Mexiko verboten sich politisch zu betätigen (vgl. MMQ 1999: 16).

¹³⁸ Im März 1991 kam es zu ersten Gesprächen zwischen der guatemaltekischen Regierung und den CCPP, die allerdings ergebnislos verliefen. Im November des gleichen Jahres unterzeichneten UNHCR und die guatemaltekische Regierung schließlich ein Rahmenabkommen, in dem die Forderungen der Flüchtlinge erstmals Berücksichtigung fanden (vgl. Carta de entendimiento entre el Gobierno de Guatemala y la ACNUR 1991).

3.4.3. Die „echte Flüchtlingsfrau“ als Subjekt von Entwicklungspolitik

Das politische Gemeinschaftsdenken der Flüchtlinge habe ich *Imagined Returned Community* genannt und als Effekt einer Modernisierungsoffensive „von unten“ gekennzeichnet, die aus der Abgrenzung zur nationalen Gemeinschaft der bewaffneten Patrioten hervorgegangen ist. Mit *el Retorno* artikulierten die Flüchtlingsvertretungen zudem ein eigenes politisches Projekt. Wie eingangs erwähnt ist dieses Projekt der selbst bestimmten und kollektiven Rückkehr nicht von den entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Zielen, Technologien und Praktiken des UNHCR und der NRO zu trennen, die seit Ende der 1980er Jahre das Camp-Management insbesondere in Chiapas bestimmten. Im Folgenden umreißt ich deshalb kurz diese Ziele, Technologien und Praktiken in ihrer konkreten Umsetzung in den Camps. Ich konzentriere mich dabei auf die Geschlechter differenzierenden Aspekte der Flüchtlings- und Repatriierungspolitik.¹³⁹

Das von CIREFCA etablierte Paradigma der entwicklungsorientierten, auf der Freiwilligkeit der Betroffenen basierenden Flüchtlingspolitik wurde in den Camps in Chiapas in Programme übersetzt, die der *Self Management Policy* folgten (vgl. 1.2.). Für alle Projekte in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Einkommen schaffende Maßnahmen galten neben der Rückkehr Zielvorgaben, die als *Self Regulation* sowie *Real Self Management* und *Community Development* formuliert wurden (UNHCR 1996: 4). Die zentralen Leitlinien des Camp-Managements hießen also Selbstorganisation, Selbstversorgung und Selbstverantwortung der Flüchtlinge auf der Ebene der *Comunidad*. Dabei wurde sich auf die vorhandenen starken Selbstorganisationsstrukturen der Camp-Flüchtlinge insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung gestützt. Die Projektarbeit des UNHCR und der NRO zielte deshalb zunächst auf eine Artikulation der so genannten „sozialen Sektoren“, die einen starken Bezug zur Basis der Flüchtlingsgruppen aufwiesen. Hierzu schreibt Garbers (2002):

Insgesamt gingen von dieser Projektarbeit [der neuen nicht-staatlichen Akteure und Akteurinnen in den Camps] wichtige Impulse für die Ausdifferenzierung der Organisationsformen der Flüchtlinge aus. Insbesondere die Herausbildung der sozialen Sektoren [...] steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit diesem Wirken externer Akteure in den Lagern. Mit der christlichen Basisinitiative ACG und der Frauenorganisation Mama Maquin entstanden in den Jahren 1989/90 zwei neue sektorale Organisationen, die in relativ kurzer Zeit eine starke Verankerung unter den Flüchtlingen fanden (Garbers 2002: 161).

¹³⁹ Hier ist anzumerken, dass das Camp-Management in Campeche und Quintana Roo nach wie vor weitgehend von COMAR zentralisiert blieb.

Diese Charakterisierung von MMQ als Repräsentation eines „sozialen Sektors“, des Frauensektors, zeigt paradigmatisch den Prozess der Abspaltung des politischen Aktivismus von Frauen vom Bereich des Politischen und seine Verortung im Bereich des Sozialen – der Reproduktion der Familie und der *Comunidad*, wie ihn McClintock (1996) am Beispiel der Institutionalisierung des schwarzen Befreiungsnationalismus analysiert (vgl. 2.4.). Hatte sich MMQ mit expliziten politischen Forderungen nach der Gleichstellung von Frauen und der Anerkennung der Organisation als politische Repräsentation der Frauenflüchtlinge gegründet, wurde sie bald nach ihrer Gründung den „sozialen Sektoren“ zugeordnet.¹⁴⁰ Hierzu trugen insbesondere UNHCR und die NRO bei, die MMQ für eine „Ökonomisierung des Sozialen“ funktionalisierten: Die Struktur von MMQ wurde zum privilegierten Ort, um Geschlechter differenzierende Projekte, die den Konzepten des *Community Development* folgten, an die Frauen an der „Basis“ zu vermitteln. Im Fall der Flüchtlingsarbeit in Südmexiko zielten diese Projekte darauf ab, die Körper der Frauen für ein effektives Management ihrer dreifachen Belastung – durch produktive, reproduktive und Gemeinde bezogene Tätigkeiten – zu disziplinieren. Die „echte Flüchtlingsfrau“ ist deshalb auch ein Ergebnis der in der Geschlechterdifferenzierung des Camp-Managements angewendeten disziplinierenden Praktiken und Technologien, in denen Bevölkerung regulierende Ziele und feministisch aktualisierte kulturessentialistische Sichtweisen zum Ausdruck kamen. Bei der folgenden Analyse dieser Disziplinierung stütze ich mich insbesondere auf eine von der NRO CIAM erstellten „Profilstudie“ der Frauenflüchtlinge (vgl. MMQ/CIAM 1994). Sie beinhaltet eine Auswertung von Ergebnissen einer Umfrage unter den Frauen in den chiapanekischen Camps der Jahre 1990/1991, die von UNHCR, CIAM und MMQ durchgeführt wurde.

Unmittelbar nach der offiziellen Gründung von MMQ im Jahr 1990 hatte CIAM¹⁴¹ Projektmittel des UNHCR in Chiapas erhalten, um mit Hilfe „partizipativer Methoden“ eine Umfrage unter den Frauen in den Camps mit dem Ziel der Erstellung eines „Profils der Flüchtlingsfrauen in Chiapas“ zu starten (vgl. MMQ/CIAM 1994: 17).¹⁴² Gemeinsam mit MMQ erarbeitete CIAM einen umfangreichen Fragebogen. Im Befragungsprozess selbst fungierte MMQ als Übersetzungsinstanz der Fragen an die Frauen der Basis. Bis Anfang 1991

¹⁴⁰ So kam niemand auf die Idee die CCPP als Repräsentation des „Männersektors“ zu bezeichnen.

¹⁴¹ CIAM verfügte über langjährige Erfahrungen mit der Geschlechter differenzierenden Flüchtlingsarbeit sowie mit „Gender-Trainings“ mit vertriebenen Frauen in Zentralamerika. In den 1980er Jahren begann die NRO mit Frauen in Nicaragua zu arbeiten. Auf die besondere Bedeutung von CIAM für die Ausführung von Projekten der Geschlechterdifferenzierung sowie für die Entwicklung von MMQ haben unter anderem Arbour (1995) und Crosby (1999) hingewiesen.

¹⁴² Dieses Profil sollte folgende Punkte enthalten: „[A] description of the location, general characteristics and conditions of the population of refugee women“, sowie „some characteristics of the women’s identity and gender subordination and a description of their most commonly expressed needs“ (MMQ/CIAM 1994: 17).

fürten MMQ und CIAM mit mehreren hundert Frauen in verschiedenen Camps in Chiapas Leitfaden gestützte Interviews (vgl. Arbour 1995: 22).¹⁴³ Der Katalog der Fragen, der Befragungsprozess, die Präsentation der Ergebnisse am achten März 1991, die darauf folgenden Workshops und die Publikation 1994 sind als Elemente der Generierung eines spezifischen ethnischen und vergeschlechtlichten Wissens¹⁴⁴ zu interpretieren. Dieses Wissen wurde mit Hilfe moderner Technologien des Kartierens und Zählens als „Wahrheit“ der „Flüchtlingsbevölkerung“ objektiviert und institutionalisiert. Eine besondere Legitimität erhielt diese Wahrheit durch den feministischen Diskurs von CIAM und durch die „partizipativen Methoden“, d.h. durch die Einbindung der Aktivistinnen von MMQ. Meine These ist, dass die öffentliche Präsentation der Umfrageergebnisse einen spezifisch ethnisierten und vergeschlechtlichten Körper der „echten Flüchtlingsfrau“ hervorbrachte. Die Präsentation am achten März 1991, vor allem aber die Publikation der Umfrageergebnisse 1994 hatten deshalb eine zentrale Bedeutung in der Wahrheitsproduktion über diesen Körper. Denn ohne Ausnahme alle Publikationen, die sich seither mit dem Thema Geschlecht und Exil bzw. Rückkehr guatemaltekischer Flüchtlinge beschäftigen, berufen sich auf die Ergebnisse dieser Umfrage als einer transhistorischen Wahrheit, ohne die Bedingungen ihrer Entstehung, beispielsweise die in den Fragebögen durchscheinenden Vorannahmen der „ethnic identity“, „gender identity“ und „gender subordination“ zu hinterfragen (a.a.O. 17).¹⁴⁵ Der ersten öffentlichen Vorstellung der Umfrageergebnisse folgten Workshops mit Frauenflüchtlingen.¹⁴⁶ Als deren primäres kollektives Interesse wurde die Rückkehr nach Guatemala präsentiert, das bereits zuvor als quasi „natürliche“ Bestimmung der Flüchtlingsgemeinschaft angenommen wurde, und mit einer statistischen Angabe untermauert: 94 Prozent der Befragten wollten der Umfrage zufolge nach Guatemala zurückkehren (vgl. a.a.O. 61, 70, 80). Der Fragebogen zur Erstellung eines „Profils“ der Zielgruppe selbst

¹⁴³ Eine erste „populäre“ Version der Ergebnisse wurde den Frauenflüchtlingen in Chiapas am 8. März 1991 präsentiert (vgl. MMQ/CIAM 1994: 17).

¹⁴⁴ Wissen soll hier verstanden werden als die Produktion transhistorischer Wahrheiten, die asymmetrische Machtbeziehungen beispielsweise zwischen Männern und Frauen, zwischen verschiedenen Gruppen von Frauen, sowie zwischen „Ethnien“ als natürliche oder ahistorische kulturelle Differenzen festzuschreiben (vgl. u.a. Clifford 1988, Foucault 1980).

¹⁴⁵ vgl. zur Übernahme dieses Wissens u.a. die Publikationen von Arbour 1995, Cabarrús Molina et al. 2000, Crosby 1999, Walby 2002, Unger 1995.

¹⁴⁶ Finanziert von der Europäischen Union und kanalisiert vom UNHCR koordinierten zunächst CADECO und CIAM die Durchführung von Workshops mit MMQ als Multiplikatorinnen. Die erste Alphabetisierungskampagne begann 1991. An ihr nahmen rund 400 Frauen teil. Außerdem wurden Kurse zu Methoden der Gründung, Leitung und Verwaltung sozialer und politischer Organisationen angeboten sowie Gesundheits- und Bildungspromotorinnen, Hebammen und Kindergärtnerinnen ausgebildet. Weitere Workshops widmeten sich den Themen Frauen- und Menschenrechte im Allgemeinen und dem Thema „reproduktive Rechte“ im Speziellen, wobei CIAM insbesondere das Ziel der „Familienplanung“ und „Geburtenkontrolle“ hervorhebt (vgl. MMQ/CIAM 1994: 48).

war so angelegt, dass die Flüchtlinge in einem ersten Schritt mit Hilfe normativer ethnischer Kategorien differenziert werden konnten. Die Sprachregionen, in denen die Zielgruppe geboren wurde, galten als einziges Kriterium zur Differenzierung der Flüchtlinge in verschiedene „Ethnien“. Resultate waren eine ethnische Kartierung des sozialen Raumes der Camps und die Konstruktion ahistorischer ethnischer Identitäten. Das konkrete Vorgehen bestand darin 900 Frauen über 14 Jahre nach ihren Geburtsorten in Guatemala zu fragen und dabei die Orte, von denen aus sie geflohen waren, unberücksichtigt zu lassen. Dieses Vorgehen blendete die mit der Entstehung der sozialen Bewegungen 1960er und 1970er Jahre in Guatemala verbundenen Wanderungsbewegungen aus. So wurden die Erfahrungen vieler Frauen beispielsweise mit der internen Migration in die Besiedlungs- und Kooperativenprojekte der katholischen Kirche im Ixcán und mit den translokalen Netzwerken und Bewegungen jener Zeit als mögliche Identifikationsmuster nicht in die Befragung einbezogen (vgl. 3.2.). Auf der Basis der Differenzierung verschiedener Ethnien entlang des Kriteriums der Sprache wurde ein Zirkelschluss vorgenommen: “The use of the indigenous language is an indicator of the persistence of ethnic identity” (MMQ/CIAM 1994: 24).¹⁴⁷ Der ethnischen Kartierung schloss sich die Untersuchung der Geschlechterbeziehungen der einzelnen „Ethnien“ an:¹⁴⁸ Die Kriterien waren hier etwa der formale Bildungsstand der Frauen, die Anzahl der traditionelle Kleidung tragenden Frauen (*Traje*), die durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau oder die Alkoholismusrate in Verbindung mit häuslicher Gewalt etc (vgl. a.a.O. 19-54). Die Einzelergebnisse wurden im nächsten Schritt auf eine Art verknüpft, die eine hierarchisierende Differenzierung in „fortschrittliche“ und „rückständige“ Ethnien ergab sowie den Verlust oder den Erhalt „ethnischer Identität“ indizierte. Diese Form der Synthetisierung von Einzelergebnissen wird in Aussagen wie den folgenden deutlich:

*[T]raditional dress is more likely among the Kanjobal and the Mam than among the Jacalteco, which is also the group with the highest percentage of bilingual members. [...] The most traditional and deeply rooted cultural patterns are found among the Kanjobal, Chuj and Mam. This is associated with the higher number of monolingual individuals. [...] It is the women of these ethnic groups who have, in large percentages, learned Spanish and become literate in Mexico. [...] These statistics could indicate that, among Jacaltecos, loss of ethnicity had occurred in Guatemala (MMQ/CIAM 1994: 27-29).*¹⁴⁹

¹⁴⁷ Tatsächlich identifizierten sich die Flüchtlinge eher mit dem *Municipio* oder mit der *Comunidad*, aus denen sie geflohen- oder in denen sie geboren worden waren als mit einer der indigenen Sprachen. Es sollte also eher von einer regionalen denn von einer ethnischen Identifikation gesprochen werden. Die überlokale kollektive Identifikation als *Indigenas* ist hier eher als soziale Identität zu verstehen. *Indigena* als soziale Kategorie ermöglichte die Konzeptualisierung kollektiver Erfahrungen des Leidens, des Wanderns, der Armut, der Enteignung, der Ausbeutung und des Rassismus (vgl. 3.1. und 3.2.).

¹⁴⁸ Die Flüchtlinge wurden eingeteilt in die folgenden „Ethnien“: *Mam, Chuj, Kanjobal, Jakalteko (Poptí)* und *Kekchí*. Diese Bezeichnungen sind der Benennung vier verschiedener indigener Sprachen entnommen.

¹⁴⁹ Ich möchte an dieser Stelle kurz auf die wissenschaftliche Diskussion um die Gruppe der *Jakaltekos/as* eingehen. Die Flüchtlinge aus dem *Municipio* Santa Ana Huista im Department Huehuetenango bezeichnen sich

Insbesondere der letzte Satz impliziert die Annahme, dass nur eine Ethnizität hat, wer eine indigene Sprache spricht. Diese Annahme aktualisierte die Bedeutung des Konzeptes „Ethnizität“ für die in kolonialer Kontinuität stehende Konstruktion des „Eigenen“ und des „Anderen“: Die Flüchtlinge wurden hier zum rassifizierten „Anderen“. Ihnen wurde eine Ethnizität zugeschrieben, die sich hauptsächlich am Beherrschen einer indigenen Sprache bemaß. In die Nähe des nicht ethnischen „Eigenen“ – in diesem Fall waren es die ausschließlich Spanisch sprechenden mestizischen oder weißen Vertreterinnen der NRO CIAM – wurden jene Frauenflüchtlinge gerückt, die keine indigene Sprache sprachen und damit ihre „Ethnizität verloren“ hatten. Mit der Konstruktion des ethnischen „Anderen“ ist also die Zuschreibung der Partikularität verbunden, mit der Konstruktion des „Eigenen“ die der Universalität. Auch die von vorneherein als „Unterordnung“ kategorisierte Position der Frau gegenüber ihrem Partner und dem „ethnischen“ Mann im Allgemeinen wurde auf traditionelle kulturelle Modelle, die „tief in der ethnischen Identität verwurzelt“ seien, zurückgeführt. Diese feministisch aktualisierte kulturesentialistische Perspektive auf die Konstitution von Geschlechterdifferenz kommt besonders deutlich in der folgenden Textpassage zum Ausdruck:

Refugee women [...] continue to hold a subordinate position to men. This position is part of traditional culture models deeply rooted in ethnic identity. One characteristic of this identity is the rigid sexual division of labour and of life in general. This division results in hierarchical participation, value and power which are to the advantage of men. [...] The land, even when it is borrowed [...] or rented from Mexican peasants and communal land holders [...] is considered to belong to the men. The man is also the highest authority of the household (MMQ/CIAM 1994: 33).¹⁵⁰

selbst als *Jakaltekos/as*, weil der größte Landkreis der Region Jakaltenango heißt. In der ethnologischen Forschung werden sie aufgrund des in der Region viel gesprochenen Idioms *Poptí* genannt. Sie sprachen jedoch schon lange vor der Flucht in der Mehrheit kein *Poptí* mehr und sind deshalb in der anthropologischen Diskussion oft als „ladinisiert“ bezeichnet worden (vgl. Unger 1995: 95-96). Trotzdem ist ihre Identifikation mit dem Landkreis auch nach der Rückkehr aus dem mexikanischen Exil in eine andere Gegend Guatemalas vital geblieben (vgl. Hurtado 2002: 8).

¹⁵⁰ Wie ich in 1.2. dargelegt habe wurden Eigentumsfragen in den von CIREFCA entwickelten Repatriierungs- und Entwicklungsprogrammen ausgeklammert. So wird bezeichnenderweise im obigen Zitat zwar die Verbindung zwischen dem als männlich vorgestellten Landeigner und Kleinbauern und dem Geschlecht der Repräsentation eines Haushaltes benannt. Wie erwähnt zählte die Forderung nach dem eigenständigen Landbesitz für Frauen, abgesehen von als „bedürftig“ definierten Frauen wie Witwen und allein stehende Mütter, hingegen weder zu den originären Forderungen von MMQ noch zu den Geschlechter differenzierenden Projekten des UNHCR und der NRO. Erst 1995 fand hinsichtlich der Eigentumsfragen ein Umdenken statt (vgl. ACNUR [UNHCR] 1998). So äußerte eine der Gründerinnen von MMQ auf einer vom UNHCR veranstalteten Tagung mit dem Titel „Lecciones Aprendidas en el Trabajo con Mujeres Guatemaltecas Refugiadas y/o Retornadas“ vom 9. Oktober 1998, es sei ein Fehler gewesen, den formalen Landbesitz nur für Witwen und allein stehende Mütter zu fordern. Denn das Recht auf einen Landnutzungs- oder Landbesitztitel sei die Voraussetzung, um als vollwertiges Mitglied der Rückkehr-*Comunidad* mit Stimme und Stimmrecht („voz y voto“) anerkannt zu werden: „Nos dimos cuenta, que las mujeres casadas y unidas no estabamos tomadas en cuenta en el derecho a la Tierra, solo estaban contemplados los hombres, las viudas y madres solteras por su condicion vulnerable y como jefas de familia. [...] [Pero] [s]er dueñas y copropietarias de la Tierra nos da

Die sozialen Dynamiken und Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre, die ich als Modernisierungsoffensive „von unten“ interpretiert habe, aber auch die staatliche Agrarpolitik jener Jahre, die neue Vorstellungen und Praktiken bezüglich der geschlechtlichen Arbeitsteilung, des Geschlechts des Arbeiters, Landbesitzers und Repräsentanten eines Haushaltes instituierten, blieben als Geschlechterdifferenz konstituierende Faktoren hingegen unberücksichtigt. Obwohl die statistischen Angaben nicht sehr differieren, kommen die Autorinnen der Profilstudie auch in Bezug auf die geschlechtliche Arbeitsteilung zu dem Ergebnis, dass es die Männer der *Jakaltekos/as* sind – die zuvor schon als diejenigen identifiziert wurden, deren Frauen am besten Spanisch sprechen, den höchsten Bildungsstand aufweisen und am wenigsten traditionelle Kleidung tragen, die ihren Partnerinnen im Haushalt „zur Hand gehen.“ Die *Jakaltekos/as* wurden damit als die fortschrittlichste und am wenigsten „ethnische“ Gruppe („loss of ethnicity had occurred in Guatemala“) gegenüber den zuvor bereits als rückständig und stärker „ethnisch“ identifizierten *Kanjobales* und *Mames* festgeschrieben:

Jacalteco women receive more help from men. Among Jacalteco men, it can be even a source of pride to share some household tasks with their wife or partner. We find cases where both, husband and wife are community leaders, the women with Mama Maquin and the man with the Permanent Commissions or with a literacy team or promoter organization. Among the Mam and Kanjobal, this situation is generally not found. The sexual division of labour continues to follow very rigid patterns. The men do not help even carry water. [...] The limitations and role differences between Mam and Kanjobal include strong social regarding behavior. Women are not permitted to laugh loudly or play sports in the camp because this would be taken as a symbol of libertinism, of being 'easy'. Parents and camp authorities are careful to prevent women from doing these things [...] (MMQ/CIAM 1994: 37-38).

Lediglich in Bezug auf die Anzahl der Kinder pro Frau nahmen die Autorinnen eine andere Differenzierung vor: Sie betonten, dass alle als ethnisch identifizierten Gruppen – auch die *Jakaltekas* – höhere Geburtenraten aufwiesen, als die nicht indigen identifizierte kleine Gruppe von Flüchtlingen: „Although there is no statistically significant difference, it was shown that Jacalteco women have an average of 6.3 children, Mam women have an average of 6.1 children and non indigenous women only 4.9“ (MMQ/CIAM 1994: 46). Die Tatsache, dass die Frauen in der Regel sehr jung waren, als sie begannen, Kinder zu bekommen, wurde mit der normativen Feststellung verknüpft, dass die Frauenflüchtlinge *per se* zu viele Kinder

derecho a ser socias, con voz y voto, elegir y ser electas en las estructuras cooperativas y por lo tanto, comunitarias, puesto que dentro de las comunidades de retorno se considera a la representacion de la cooperativa como maxima autoridad; es en el seno de las asambleas generales donde se toman todas las decisiones que afectan la comunidad“ (ACNUR 1998: 19).

hatten und dass dies *per se* ihre Unterordnung unter den Mann weiter manifestiere. Mutterschaft im jugendlichen Alter und viele Kinder pro Haushalte wurden ebenfalls auf ethnisch-kulturelle Konzepte von Mutterschaft zurückgeführt:

Being a mother, according to traditional cultural patterns, means that women can be nothing more than a housewife, overloaded with work. [...] Motherhood as destiny means that women must have children as 'God sends' at an early age. This results in a high fertility rate among refugee women (a.a.O. 45-46).

Die Autorinnen setzen also nicht nur die mehrfache Mutterschaft (mehr als drei Kinder), sondern Konzepte von Mutterschaft der Flüchtlinge im Allgemeinen mit patriarchaler Kultur, mangelnder Selbstbestimmung der Frauen über ihre Sexualität und ihren Körper und vor allem mit mangelndem Verantwortungsbewusstsein gleich. Hier kommen menschenökonomische Diskurse zum Vorschein: Die Verantwortung für Gesundheit, Entwicklung und Wohlstand wurde dem Individuum, der Familie und der *Comunidad* zugeschrieben. Die Möglichkeit einer Veränderung des Status Quo der sozialen Ungleichheit, damit es auch für die sozial marginalisierten Flüchtlingsgruppen einfacher möglich wäre, viele Kinder zu haben, wurde damit unsichtbar gemacht. Die patriarchale „Flüchtlingskultur“ der „vielen Kinder“, so die Autorinnen, stehe im Widerspruch zu den vorhandenen Ressourcen, um diese Kinder ausreichend zu ernähren. Die natürlichen Ressourcen der Flüchtlingsbevölkerung wurden außerdem in ihrem „natürlichen Lebensraum“ Guatemala und nicht in Mexiko gesehen: “Having many children, as refugees and indigenous Guatemalans do, is contradictory with the land and work shortages and the lack of social services in a society that is as polarized as Guatemala” (a.a.O. 47-48). Die an die Umfrage anschließenden und von CIAM durchgeführten Kurse in den Camps zu „reproduktiver Gesundheit“, die übrigens ausschließlich für Frauen angeboten wurden, beinhalteten deshalb vor allem Methoden zur „Familienplanung“, womit *de facto* Geburtenkontrolle gemeint war. Die Definitionsmacht der Begriffe „reproduktive Gesundheit“ und „Familienplanung“ sowie die Kontrolle und Durchführung von Projekten in diesem Bereich lagen bei NRO wie CIAM. Den Widerstand einiger Flüchtlingsgruppen gegen Projekte zur „Verminderung der Geburtenrate“ sowie die von CIAM „entdeckten“ eigenen Methoden der Flüchtlinge zum Schwangerschaftsabbruch begründete die NRO ethnisch oder kulturell und interpretierte sie als einen weiteren Ausdruck der patriarchalen Kultur:

With respect to birth control, according to the statistics obtained in the reproductive health workshops, it can be said that few women are familiar with family planning methods, and many have not heard of these methods at all. [...] [T]he refugee population significantly rejects family planning. This is especially true of men and some ethnic groups such as the Chuj and the Kekchi. It was discovered that abortion occurs

occasionally, using rue or other medicinal plants. The majority of these cases occur among young women who do not want their families to know about the pregnancy. Having four or five children is considered part of women's nature (a.a.O. 48-49).

Ein weiteres Thema der Umfrage bildete die häusliche Gewalt. In der Auswertung wurden Alkoholismus und häusliche Gewalt nicht nur in einen ursächlichen Zusammenhang miteinander gebracht, sondern auch ausschließlich Männern zugeschrieben. In Verbindung mit dem ethnizierenden und kulturessentialistischen Blick der gesamten Profilstudie auf die Geschlechterbeziehungen der Flüchtlingsgruppen bedeutete diese Verknüpfung eine feministische Aktualisierung des rassistischen Stereotyps des betrunkenen, faulen, gewaltbereiten *Indio* (vgl. McCreery 1990: 113, vgl. auch 3.1.).¹⁵¹ Der Auswertung zufolge tranken die Männer aller „Ethnien“ und schlugen ihre Partnerinnen und Töchter. Allerdings, so die Differenzierung der Autorinnen, erkannten die „fortschrittlich“ identifizierten *Jakaltekas* Gewalt als solche und damit als ungerecht an, während sie im Falle der bereits mehrfach als „rückständig“ klassifizierten *Chujes* als Teil eines ihnen zugeschriebenen kulturellen Modells interpretiert wurde:

The survey revealed a significant level of marital violence and alcohol abuse among men. Mam and Jakalteco women are first to recognize that they suffer violence in their homes [...]. Among Chuj, violence is more integrated into the cultural model. Seventy-one percent said that their husband has the right to beat them. [...] The Mam and the Chuj women said that they were beaten when their husbands had been abusing alcohol (MMQ/CIAM 1994: 49-50).

Wie erwähnt wurden alle folgenden von NRO angebotenen Projekte, Kurse, Seminare und Workshops mit Frauenflüchtlingen an den Ergebnissen dieser Profilstudie ausgerichtet und MMQ dabei als „Channel“ (vgl. UNHCR 1996: 3) für Geschlechter differenzierende entwicklungspolitische Projekte und Programme funktionalisiert, die der *Policy* des *Self Management* und *Community Development* folgten und auf die Ökonomisierung des Sozialen zielten. Hierbei ging es wie ich ausgeführt habe nicht um die Beseitigung struktureller sozialer Ungleichheiten, sondern um ein effektiveres Management der drei Tätigkeitsbereiche der Frauen. Die im Gründungsdokument von MMQ formulierten politischen Forderungen nach gleichen Rechten für Frauen übersetzten UNHCR und NRO deshalb nicht nur in Alphabetisierungskampagnen und Medienprojekte, sondern auch in Programme, die sich „time-saving and domestic work“ (UNHCR 1996: 9) oder „reproductive health“ (a.a.O. 11)

¹⁵¹ Das Phänomen der häuslichen Gewalt gegen Frauen in den Flüchtlingscamps war zwar nicht zu leugnen, allerdings differenzierten die Autorinnen auch in Bezug auf dieses Thema nach normativen ethnischen Kriterien, statt nach den psychosozialen Ursachen von Gewalt und Alkoholismus zu fragen, die im Fall von Kriegsflüchtlingen nicht schwer zu finden sind.

nannten. Die beiden letztgenannten Programme stehen paradigmatisch für die oben erwähnte Form der entpolitizierenden Geschlechter differenzierender Entwicklungspolitik: So beinhaltete das Programm „time-saving and domestic work“ erstens Kurse für lokale Frauengruppen zur Beantragung und Administration von maschinell betriebenen Maismühlen, zweitens Seminare zu den Themen „Haushaltsplanung“ und „Zeitmanagement“ sowie drittens Schulungen zur „Verantwortung“ von Frauen für den Umweltschutz. So schreibt UNHCR (1996: 9) in einer Auswertung, dass die Frauen durch die Kurse befähigt worden seien, Wege zu finden, die Hausarbeit zu erleichtern:

[T]he use of gas stoves [...] are distributed by organizations to reduce environmental degradation (deforestation) and smoke contamination in the houses which is detrimental to women's and babies' health, as well as being a labor and time saving device. [...] The women have learned ways to relieve the burden of their domestic work, and they feel a right to use the new found techniques.

Die Forderung von MMQ nach dem Zugang zu Gesundheitsprojekten fand sich im Programm „reproductive health“ wieder. Im Zentrum der Einzelprojekte stand die Ausbildung von Gesundheitspromotorinnen unter den Frauenflüchtlingen, die Schulungen im Bereich der „Familienplanung“ an der Basis durchführen sollten. Diese Projekte hatten wie erwähnt die Geburtenregulierung des Flüchtlingsbevölkerungskörpers nach unten zum Ziel. *Self Management* und *Self Regulation* meinte hier insbesondere die Fähigkeit der Frauen zum „Selbst-Management“ ihres Körpers, um eine der als natürlich gesetzten sozioökonomischen Situation – Armut – angemessen niedrige Kinderzahl zu erreichen. Trotz der erwähnten Widerstände gegen Projekte zur Geburtenkontrolle wurde dieses Programm vom UNHCR als erfolgreich beurteilt: “Many refugees consider family planning services vital in the repatriation stage, given the difficulties of reestablishing family and community life, and income” (UNHCR 1996: 13).

Die hier beispielhaft skizzierte Umsetzung der Geschlechterdifferenzierung in den Flüchtlingscamps hatte zum Effekt, dass neue Rationalitäten und Formen des Wissens Eingang in die Vorstellungen und Praktiken der Flüchtlinge von Selbstorganisation fanden. Diese Vorstellungen und Praktiken wurden folgendermaßen „von oben“ nach „unten“ durchgesetzt: Mit Einbindung der vorhandenen Selbstorganisationsstrukturen der Flüchtlinge produzierten UNHCR und NRO dem Paradigma der Geschlechterdifferenzierung folgend eine imaginäre Landkarte der Camps: Ausgehend von feministischen Aktualisierungen kulturessentialistischer Sichtweisen wurde die Flüchtlingsbevölkerung differenziert in „fortschrittliche“ und „rückständige“ ethnische Kollektive sowie in

„fortschrittliche“ und „rückständige“ ethnisierte männliche und weibliche Körper. *Community Development* wurde als die Fähigkeit des Individuums, der Familie und der *Comunidad* definiert, „partikulare“ und „rückständige“ „kulturelle Modelle“ zu überwinden und durch „universelle“ Modelle zu ersetzen: Dies bedeutete dem Individuum sowie die der *Comunidad* zur Verfügung stehenden sozialen, menschlichen und ökonomischen Ressourcen möglichst effektiv zu nutzen und zu verwalten ohne das Budget der Regierungen oder des UNHCR zu belasten. Die Umsetzung der Geschlechterdifferenzierung trug auch dazu bei MMQ vom Bereich des Politischen abzuspalten und als „Channel“ zur Ökonomisierung des Sozialen für das *Community Development* zu funktionalisieren. Die politischen Forderungen von MMQ wurden in Programme zur Effektivierung des Managements der dreifachen Belastung der Frauen übersetzt. Deshalb sehe ich die Geschlechter differenzierende Flüchtlings- und Repatriierungspolitik als ein Element der ebenfalls in *el Retorno* zum Ausdruck kommenden Modernisierungsoffensive „von oben“, forciert von Akteuren und Akteurinnen eines transnationalen Netzwerkes des Entwicklungsmanagements.

3.4.4. *El Retorno als Trek*

In diesem Unterkapitel gehe ich auf die Bedeutung der Rückkehr der ersten Gruppe organisierter Flüchtlinge im Januar 1993 ein. Diesen ersten *Retorno* in den Ixcán interpretiere ich als Inszenierung von „popular collective unity“ (McClintock 1996: 273) in Form des Spektakels. So wurde insbesondere der erste *Retorno* als *Trek* inszeniert. Er repräsentierte die Rückkehrer/innen als legitime *Popular Community* der vertriebenen Siedler und verschmolz in einem einzigen Spektakel gleichzeitig Vergangenheit (Vertreibung) und die Zukunft (Rückkehr) (vgl. McClintock 1996: 274-275).

Zwischen der Unterzeichnung des Rückkehrvertrages vom 8. Oktober 1992 und der Realisierung des ersten *Retorno* mit rund 2 500 Flüchtlingen in das hoch militarisierte Konfliktgebiet Ixcán, wo nach wie vor bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden, lagen nur drei Monate. In diesen Wochen wurde jedoch die politische Legitimität der CCPP gegenüber ihrer eigenen Basis in den Camps ebenso auf eine harte Probe gestellt wie die engen Beziehungen zwischen dem UNHCR und den Flüchtlingen. Die Legitimität der CCPP beruhte vor allem auf dem Vertrauen der Flüchtlinge, dass die Rückkehr über Verhandlungen und Vertragsabschlüsse mit der guatemaltekischen Regierung durchsetzbar sei. Zum Hauptstreitpunkt zwischen der ersten Rückkehrgruppe einerseits und der guatemaltekischen Regierung und dem UNHCR andererseits geriet nun jedoch die von den CCPP vorgeschlagene Rückkehrroute durch das ganze Land. Auf diese Route gehe ich weiter unten

ein.¹⁵² Die Regierung von Präsident Jorge Serrano sah in einer langen Route eine politische Machtdemonstration der Rückkehrer/innen und verweigerte zunächst die Zustimmung. Auch UNHCR und COMAR sprachen sich gegen die lange Route aus. Dies bedeutete, dass die Flüchtlinge nicht mit logistischer Unterstützung rechnen konnten. Die CCPP als offizieller Verhandlungspartner wollten ihrerseits nicht aufgrund des Streits um die Route das gesamte Projekt in Frage gestellt sehen. In dieser Situation setzten sich die Mitglieder der ersten Gruppe aus mehreren Camps in Chiapas zu Fuß in Bewegung. Sie zwangen damit die CCPP, COMAR, UNHCR und schließlich auch die guatemalteckische Regierung zum Einlenken (vgl. Garbers 2002: 165-166). In Bezug auf diese Politik des Fakten-Schaffens ist die Bedeutung der so genannten „sozialen Sektoren“ als *Pressure Group* zu betonen. So schreibt Garbers:

Die sozialen Sektoren der Flüchtlinge wirkten in dieser Situation als 'pressure groups', in denen sich die Meinung durchsetzte, daß die Rückkehr beginnen sollte und eine Entmilitarisierung sowie die Umsetzung der komplizierten vertraglichen Regelungen zur Landverteilung und Wiederinbesitznahme am besten durch die Präsenz von Rückkehrern in Guatemala voranzutreiben wäre (Garbers 2002: 165).

Schließlich überquerte die erste Rückkehrgruppe am 20. Januar 1993 am Übergang „La Mesilla“ die Grenze zwischen Mexiko und Guatemala. Die Beteiligten hatten geplant sich zunächst relativ nahe an der mexikanischen Grenze im Ixcán niederzulassen. Der kürzeste Weg wäre einer gewesen, der von der mexikanischen Grenze direkt in den Ixcán führte. Auf diesem Wege wäre die Rückkehr schon in der guatemalteckischen Hauptstadt kaum wahrgenommen worden und damit weitgehend unsichtbar geblieben. Die Rückkehrgruppe setzte stattdessen eine lange und mehrtägige Route durch, die vom Grenzübergang „La Mesilla“ im Nordwesten des Landes über große Straßen und Städte durch das halbe Land nach Guatemala-Stadt und schließlich wieder Richtung Norden führte. Dabei durchquerten die Rückkehrer/innen die Konfliktgebiete Quiché, Huehuetenango und Alta Verapaz, aus denen sie ein Jahrzehnt zuvor vertrieben worden waren. Im Gegensatz zur Vertreibung sollte die Rückkehr also sichtbar und öffentlich sein. Sie sollte zugleich den langen Weg, den die Flüchtlinge gegangen waren, ihre Einheit und die Zukunft symbolisieren: Die mit Hausrat, Koffern und Tieren voll geladenen Busse zeigten, dass die Rückkehrer/innen gekommen waren, um zu bleiben und sich gemeinsam niederzulassen. Der *Trek* verfehlte seine Wirkung nicht. Auf Fotos ist zu sehen, dass die Rückkehrer/innen entlang der Straßen von Tausenden von Menschen willkommen geheißen wurden. Dieser *Trek* repräsentierte zudem einen kollektiven Körper in Bewegung und dessen Vorwärtsdrängen in Raum und Zeit. Damit stellte der *Trek*, der in der internationalen Presse „Karawane der Hoffnung“ (vgl. u.a.

¹⁵² Weitere Streitpunkte blieben die Fragen der Entmilitarisierung und des Rechtes auf Land.

Hentschel 1993: 91) genannt wurde, eine Herausforderung für die dichotome Konstitution des Raumes und für die Politik der fixierten Körper der Militärs dar.¹⁵³

In Kapitel 2.4. habe ich mit Bezug auf McClintock die mit dem Mythos des *Trek* verbundenen Repräsentationen von Männlichkeit und Weiblichkeit skizziert. McClintock spricht in diesem Zusammenhang von einer vergeschlechtlichten Spaltung der kollektiven Erschaffung (1996: 276). McClintock zufolge repräsentiert der *Trek* den Mann als „Pionier“ und „Siedler“ (a.a.O. 273), Repräsentationen, die dem Mann die politische und ökonomische Anwartschaft der Gemeinschaft zuschreiben. Demgegenüber würden die Frauen als „Mütter“, als stimm- und namenlose Trägerinnen und Reproduzentinnen von Tradition, Kontinuität, Moral und Spiritualität – als „Gatekeeper“ der Gemeinschaft repräsentiert (a.a.O. 276). Im Fall der Rückkehrer/innen aus dem mexikanischen Exil wurde der *Trek* jedoch zum umkämpften Mythos. Zwar erschienen die Männer tatsächlich als „Bruderschaft vertriebener Siedler“ und die Frauen als „Mütter“ und „Witwen“ (vgl. 4.2.). Die Frage des Geschlechtes der politischen und ökonomischen Anwartschaft wurde jedoch im konkreten Akt der Rückkehr zwischen Männern und Frauen ausgefochten. Das biographische Portrait von Martha Matías (vgl. 4.3.1.) beschreibt diesen „Kampf um den Mythos“ – um eine Positionierung der Frauen als politische Subjekte in den Erzählungen der Rückkehr – detailliert. An dieser Stelle sei Laura Maldonado, eine der Mitbegründerinnen von MMQ, zitiert. Sie erinnert sich an den ersten *Retorno* folgendermaßen: „Die Frauen sagten damals: ‚Was auch passiert, wir werden voraus gehen und die Männer hinterher.‘ Und genauso war es, als wir zurückkehrten“ (zitiert nach: Garbers 2002: 233). Auch Fotos dieses Ereignisses zeigen keineswegs namen- und stimmlose weibliche Körper, sondern eine große Formation von Frauen, die Transparente und Spruchbänder in spanischer Sprache tragen. Parolen wie „Rückkehr ist Kampf, nicht Resignation“ („retorno es lucha, no resignación“) stehen darauf geschrieben (vgl. Hentschel 1993: 80-81). Diese Sichtbarkeit sprechender und erinnernder Frauen und mobiler weiblicher Körper ist nicht nur als Kampf der Frauen um den Mythos zu interpretieren. Sie war vielmehr die vielleicht größte Herausforderung für die Legitimität der Raum- und Körperkonstruktionen des Projektes der militarisierten Nation.

¹⁵³ Sicherlich hatte die Inszenierung der ersten Rückkehr als *Trek* auch eine sozialpsychologische Dimension, die McClintock folgendermaßen beschreibt: “[The Trek] could evoke a resonant archive of popular memory and a spectacular iconography of historical travail and fortitude, providing not only the historical dimension necessary for national invention but also a theatrical stage for the collective acting out of traumas and privations of [...] dislocation” (McClintock 1996: 275).

3.4.5. Wiederansiedlung und Raumkonstitution

In diesem Unterkapitel präzisiere ich erstens die Annahme, dass die exklusiven Rückkehr-*Comunidades* Ausdruck eines postnationalen Raumes sind, der sich mit der Rückkehr der Flüchtlinge auch in Guatemala etablierte und den Nationalstaat herausforderte bzw. unterlief (vgl. Appadurai 1993: 13, Stepputat 1997: 3). Zweitens umreißt ich die mit der Konstitution von Geschlechterdifferenz und ethnischer Differenz verbundene Ausgestaltung des sozialen Raumes der Rückkehr-*Comunidades*. Das zweitgenannte Thema präzisiere ich in Kapitel IV.

Die Wiederansiedlung in rund 50 Rückkehr-*Comunidades* der etwa 23000 Menschen, die zwischen 1993 und 1999 unter den Bedingungen des Vertrages vom 8. Oktober 1992 nach Guatemala zurück kehrten, wurde nicht nur stark von internationalen nicht staatlichen Akteuren und Akteurinnen unterstützt, begleitet und beobachtet, sondern beinhaltete auch eine explizite Ablehnung der Einflussnahme guatemalteckischer nationalstaatlicher Institutionen seitens der Rückkehrer/innen.¹⁵⁴ Die Forderungen an die Regierungen beschränkten sich auf die Gewährleistung einer größtmöglichen Autonomie der Rückkehr-*Comunidades* gegenüber staatlicher Kontrolle.¹⁵⁵ Nationalstaatliche Institutionen wurden zumindest auf Distanz gehalten. Die Sprecher/innen der Rückkehr-*Comunidades* akzeptierten fast ausschließlich die Präsenz und Unterstützung von UN-Organisationen und NRO (vgl. Stepputat 1997: 3). In den Rückkehrgebieten entstanden deshalb neue – postnationale – Formen von Institutionen, Regeln und Verwaltungen. Diesen Prozess rekonstruiere ich im Folgenden: Oben habe ich die Bedingung für die Entstehung einer „Welt der Flüchtlinge“ in Mexiko nachgezeichnet und diese „Welt der Flüchtlinge“ als postnationale Formation bezeichnet. Sie erreichte mit den Rückkehrgruppen Guatemala. Die Rückkehrer/innen schlugen, begleitet vom UNHCR als „Schutzschirm“, und aufgrund ihrer Ablehnung gegenüber nationalstaatlichen Institutionen auch eine „Bresche“ für nationale und internationale NRO in den Konflikt- und Rückkehrgebieten, die über ein Jahrzehnt als *no go areas* gegolten hatten (vgl. 3.3.). Internationale Entwicklungsagenturen versuchten ihre

¹⁵⁴ Diese sieben Jahre, in denen die *Retornos* durchgeführt wurden, können in verschiedene Phasen eingeteilt werden. Die den ersten hoch politisierten *Retornos* folgenden Rückführungen wurden im Laufe der Zeit immer weniger spektakulär inszeniert. Trotzdem war jeder einzelne *Retorno* von Konflikten, Auseinandersetzungen und Problemen mit den guatemalteckischen Regierungen und insbesondere mit den Militärs begleitet. Die Streitpunkte drehten sich zumeist um Fragen der Entmilitarisierung und des Landzugangs bzw. um die Bedingungen zum Landerwerb. Nach dem Friedensschluss im Dezember 1996 versuchte die Regierung das Projekt des *Retorno* einschlafen zu lassen. In einem Nachvertrag vom September 1997 wurde schließlich der Zeitrahmen für die Beendigung der Rückführungen auf 1999 festgesetzt und die Wiederansiedlungs- und Landerwerbsprogramme für Rückkehrer/innen wurden auch auf Gegenden jenseits der ehemaligen Konfliktgebiete ausgeweitet (vgl. Garbers 2002: 166-170).

¹⁵⁵ So beinhaltete die Forderung der Entmilitarisierung der Rückkehrgebiete nicht nur den Abzug der Truppen, sondern auch die Weigerung der *Retornados* der Wehrpflicht nachzukommen.

finanzielle Unterstützung zur Wiederansiedlung vor allem über nationale NRO zu kanalisieren. Ziel war die Stärkung ziviler Strukturen. Die Rückkehr-*Comunidades* fungierten für die NRO als „Brückenköpfe“ zur Durchsetzung von dezentralen und nicht staatlichen Konzepten des *Community Development* auch in Guatemala:

[NRO] saw return settlements as 'bridgeheads' for further activities in the areas that hitherto had been dominated by the army and Evangelical churches. From these bridgeheads, self-centered development, awareness of human rights, environment and gender issues, and non-governmental forms of organization would spread out in the region (Stepputat 1997: 6-7).

El Retorno ermöglichte also in den Rückkehrgebieten die Bildung neuer Institutionen jenseits derer des Nationalstaates. Diese neuen Institutionen, die Stepputat (1997: 5) als die „zweite Welle von Institutionen“ bezeichnet, konkurrierten mit den Institutionen, die bei der Umsetzung des PNSD in den Konfliktgebieten geschaffen wurden, und von Stepputat als „erste Welle von Institutionen“ (a.a.O. 6) charakterisiert werden (vgl. 3.3.). Ebenso wie die Camps können die Rückkehr-*Comunidades* deshalb als privilegierte Orte einer entstehenden postnationalen Ordnung interpretiert werden (vgl. Appadurai 1993: 15).¹⁵⁶ Dies bedeutet nicht, dass der Nationalstaat in Guatemala mit der Rückkehr der Flüchtlinge obsolet geworden ist, sondern dass seine institutionelle, politische und kulturelle Reichweite umkämpft war und ist.

Verbunden mit dieser „zweiten Welle“ von Institutionen waren Technologien des Kartierens und Zählens, die den sozialen Raum der Konflikt- und Rückkehrgebiete reorganisierten: Die Menschen wurden nun nicht mehr in „Subversive“ oder „Patrioten“ differenziert, sondern beispielsweise als *Retornados/as*, *Repatriados/as* oder *Dezplazados/as* klassifiziert, gezählt und dokumentiert. Die alten, neuen und geplanten Ansiedlungen wurden auf neuen Landkarten eingezeichnet und ihre Ausstattung mit sozialer Infrastruktur erfasst. 1993 finanzierte beispielsweise die Europäische Union eine „interinstitutionelle Sammlung von Daten“ aller Dörfer in den Rückkehrregionen des Departments Huehuetenango. Diese

¹⁵⁶ So übernahm der UNHCR, der mit den Rückführungen eine starke Präsenz in den Rückkehrgebieten aufbaute, die Gesamtfinanzierung von so genannten „Projekten mit schneller Wirkung“ („Proyectos de Impacto Rápido“ – PIR), die mit einem Etat von insgesamt 10,7 Millionen US-Dollar zwischen 1993 und 1999 in den Rückkehr-*Comunidades* durchgeführt wurden. Zur Koordination kontraktierte der UNHCR die kanadische NRO CECI („Centro Canadiense de Estudios y Cooperación Internacional“). Zu den PIR gehörten der Aufbau von Trinkwasser- und Abwassersystemen, der Straßenbau, Einkommen schaffende Maßnahmen, landwirtschaftliche Projekte, Umweltschutz, Transport, Bildungs- und Gesundheitsprojekte, sowie Lehrgänge in kommunaler Organisation. Nur 10 der insgesamt 364 dieser Projekte, von denen teilweise ganze Mikroregionen profitierten, wurden von staatlichen Institutionen durchgeführt, die dafür lediglich 3,7 Prozent des Gesamtetats erhielten, während das Gros der Projekte von guatemaltekischen und internationalen NRO sowie von kommunitären Organisationen (Kooperativen, Frauengruppen, Entwicklungskomitees etc.) ausgeführt bzw. koordiniert wurde (vgl. ACNUR 1999: 7-9).

Datensammlung wurde mit Hilfe eines Zensus¹⁵⁷ erstellt: Erhoben wurden die Anzahl der Geflohenen, ihre aktuelle Positionierung sowie die Anzahl der aktuellen Einwohner/innen des Departments, die zuvor als „Rückkehrer/innen“, „Repatrierte“, „Vertriebene“ und „nicht Geflohene“ klassifiziert worden waren (vgl. CEE 1993).¹⁵⁷ Die genannten Klassifizierungen erhielten hierarchisierende Zuschreibungen. Diese Zuschreibungen wurden von den *Retornados/as* eingesetzt, um ihre eigene Fortschrittlichkeit und Modernität in Abgrenzung zu den Repatriierten und nicht Geflohenen zu legitimieren. Stepputat schreibt, dass der Modus zur Konstruktion des „fortschrittlichen und modernen Eigenen“ (*Retornados/as*) in Abgrenzung zum „rückständigen Anderen“ (*Repatriado/as* oder „nicht Geflohene“) vor allem die spezifisch konnotierte Opposition „Entwicklung/Unterentwicklung“ beinhaltet:

[T]he returnee's representation of themselves vis á vis their others are structured by a development/underdevelopment, or modern/traditional opposition. [...] [The returnees reason] within discourses of modern knowledge (environment, undernourishment, delinquency, percentages of monolinguisism) and emphasise the distinctiveness of the returnees' will to develop, to become modern. [...] Thus, the refugee camp is one of several spaces in which new sets of ethics are developed (Stepputat 1997: 10-11).

Dieser „will to develop“, der „Wille zur Entwicklung“, zeigte sich im Bestreben der Rückkehrer/innen zur „Formalisierung“ aus. Damit sind formalisierte Praktiken zur Bildung „moderner“ Institutionen in den Rückkehr-*Comunidades* gemeint. Sie basierten auf den Rationalitäten und Formen des Wissens, die in den Camps in Mexiko rund um das Konzept des *Community Development* produziert wurden: „[T]he experience from the refugee settlements included the incorporation of formal procedures of democratic elections, formation of cooperatives, applications for ‘projects’, management of projects, workshops and shops“ (Stepputat 1997: 12). „Formalisierung“ wurde für die Rückkehrer/innen zu einem Weg die Welt zu reinterpretieren und ihre Elemente aus der Perspektive ihrer Kalkulier- und Verwaltbarkeit zu reklassifizieren. Die Formalisierung als Element der kulturellen Repräsentation der *Retornados/as* drückt sich in Selbstbezeichnungen beispielsweise als „gente(s) formales“ („formale Leute“), „persona“ (Person), „persona de derecho“ (Rechtsperson) oder „de derecho“ (Rechte haben) aus (vgl. 4.3.).

¹⁵⁷ Der Gesamtetat für el *Retorno* belief sich auf 56 Millionen Dollar aus Mitteln der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe. Davon verwaltete die guatemaltekische Regierung 30 Millionen Dollar und rief zwei Wiederansiedlungsprogramme ins Leben, die die Summe verwalteten und Geld für den Kauf von Ländereien für die Rückkehrer/innen kanalisierten. Die Gelder wurden mit Ausnahme der Rückkehr-*Comunidades* im Ixcán als Kredite vergeben. Die Mittel für alle anderen Kosten, wie Transport, Lebensmittellieferungen, ärztliche Versorgung, für die oben genannten PIR und die Dokumentation der Flüchtlinge, wurden von UN-Organisationen verwaltet (vgl. ACNUR 1999: 10-11).

Die „Formalisierung“ führte im Prozess der Wiederansiedlung auch zur Konkretisierung der geschlechtsspezifischen Trennung und Territorialisierung des „Politischen“ und des „Sozialen“. Die Legitimation hierfür bietet das paradoxe Repräsentationsmuster der *Imagined Community* als Familie und gleichzeitig als „Bruderschaft“ (vgl. 2.4.). Oben habe ich ausgeführt, dass dieser Prozess, forciert vom Camp-Management, mit der Abspaltung des politischen Aktivismus von MMQ vom Bereich des Politischen und der Verortung der Organisation im Bereich der „sozialen Sektoren“ bereits im Exil begann. Nun zeichne ich die Konstituierung geschlechtlich definierter politischer und sozialer Räume in den Rückkehr-*Comunidades* nach. Während der Wiederansiedlung wurden die Rückkehr-*Comunidades* in den meisten Fällen als landwirtschaftliche Vertriebs- oder Produktionskooperative organisiert.¹⁵⁸ Die Kooperative hat heute mehrheitlich die Funktion der formalen Eigentümerin des Landbesitzes der Rückkehrgemeinden und bildet gleichzeitig die zentrale Struktur der formalen politischen Repräsentation der *Comunidad*. Sie ist die Versammlung der Landtitelträger, der Gesellschafter/innen (*Socios/as*). Nur ein *Socio* oder eine *Socia* kann deshalb vollwertiges Mitglied mit „Stimme und Stimmrecht“ („voz y voto“) der *Comunidad* werden. Insbesondere in den Rückkehr-*Comunidades* im Ixcán gingen aus den Strukturen der politischen Vertretung der Flüchtlinge, den CCPP, die ersten Kooperativenleitungen hervor. Die so genannten „sozialen Sektoren“ hingegen wurden in soziale Institutionen transformiert. Sie umfassen die Bereiche Bildung, Gesundheit, katholische Einrichtungen, Menschenrechte, „Frauenangelegenheiten“, aber auch Nachbarschaftskomitees und Gruppen, die die Ortsteile (*Barrios*) einer Rückkehr-*Comunidad* vertreten. So ist die Rückkehr-*Comunidad* aufgrund ihres Grades der Formalisierung auch als „modernes Unternehmen“ zu bezeichnen:

[The return settlement] [f]irst is criss-crossed by systems of representation based on diverse criteria such as neighbourhood, religion, age, gender, fields of 'outreach' (e.g. human rights, education, health). Secondly it is organized as a cooperative 'peasant enterprise' where the managements of different sectors of the economy is separated from the management of 'communal services', the field of the social. [...] NRO have of course been involved in the organisational set up and training, but the ambition of the returnees to become formalised people permeates the whole enterprise (Stepputat 1997: 12).

Die Trennung zwischen sozialen Institutionen einerseits und der politischen Institution bzw. dem ökonomischen Sektor der Kooperative andererseits ist hierarchisiert und vergeschlechtlicht: So sind die Aktivitäten in den sozialen Institutionen (*Comités*) zwar für die Bewohner/innen der *Comunidad* verpflichtend, sie gelten aber nicht als (Gemeinschafts-

¹⁵⁸ vgl. zur Bedeutung der Kooperative für die Konstitution von Geschlechterdifferenz in Wiederansiedlungsgemeinden in Guatemala ACNUR 1998, Cabarrús Molina et al. 2000, CONGCOOP/CNOC 2002, Kron 2002, Walby 2002.

)Arbeit („mano de obra“), sondern als Dienste für die *Comunidad* („servicios comunitarios“).¹⁵⁹ Die verpflichtenden Dienste werden deshalb weder entlohnt noch bedeuten sie automatisch die volle Mitgliedschaft in der *Comunidad* mit „voz y voto“. Die sozialen Institutionen gelten also ähnlich wie die Familie als ein Raum jenseits der Geschichte, als natürliche Ressourcen der *Comunidad*. Der Ort, wo Geschichte, Geschäfte und Politik gemacht werden, ist hingegen die Kooperative. Wie erwähnt instituierten die staatliche Agrarpolitik und die Besiedlungs- und Kooperativenprojekte der 1960er und 1970er Jahre den Mann als Repräsentanten eines Haushaltes, als Arbeiter und als Landbesitzer. Lediglich in Fällen der „familiären Ausnahmesituation“ und „Bedürftigkeit“, sprich als Witwe oder Waise, konnte eine Frau den Haushalt repräsentieren und einen Landtitel erhalten. Im *Socio* verschmelzen diese Vorstellungen vom männlichen Geschlecht des Repräsentanten des Haushaltes, Landbesitzers und Arbeiters mit der Konstruktion des diskursiven (männlichen) Körpers des „echten Flüchtlings“. Aus der kollektiven Repräsentation als *Imagined Returned Community* – als „Bruderschaft“ der vertriebenen Siedler – wurde nach der Wiederansiedlung die kollektive Repräsentation der *Comunidad* als *Socios* einer Kooperative. So sind es in der Regel die Männer, wenn sie minderjährige Kinder haben, auf deren Namen der Landnutzungstitel läuft, die *Socios* der Kooperative sind und damit als „personas de derecho“ mit „voz y voto“ gelten.¹⁶⁰ „Persona de derecho“ ist deshalb auch eine Bezeichnung, die spezifische Perzeptionen von Bürgerschaft im Sinne eines Rechtssubjektes zum Ausdruck bringt: Dieses Subjekt hat Rechte auf Eigentum und auf „voz y voto“. Neben der Tatsache, dass diese Konzeption von Bürgerschaft ein männliches Geschlecht hat, ist hervorzuheben, dass sie nicht auf den Nationalstaat rekurriert, sondern an den Rahmen der *Comunidad*, d.h. an den Landbesitz und die Mitgliedschaft in der Kooperative geknüpft ist. Diese Konzeption nenne ich deshalb „lokale Bürgerschaft“. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Kooperative in den Rückkehr-*Comunidades* der Ort für die Konstitution von Geschlechterdifferenz und für die Aushandlung der Geschlechterbeziehungen ist, aber auch für die Kämpfe von Frauen um lokale Bürgerschaft. Diese Kämpfe fokussieren auf eine Transformation der Kooperativen, auf die Anerkennung der Tätigkeiten von Frauen in der

¹⁵⁹ Ausnahmen bilden Lehrer/innen mit einer formalen Ausbildung und in einigen Fällen Gesundheitspromotoren/innen, die einen kleinen Lohn oder eine Aufwandsentschädigung erhalten.

¹⁶⁰ Auch hier können „bedürftige Frauen“ – Witwen und allein erziehende Mütter minderjähriger Kinder – ohne größere Konflikte mit den Kooperativenleitungen *Socias* werden. Die Mitgliedschaft in der Kooperative ist jedoch kosten- und zeitaufwändig. Die anfallenden Kosten und Aufgaben können praktisch nur mit einer „intakten“ Familie bewältigt werden. In der Regel verzichten allein stehende Frauen deshalb auf die Mitgliedschaft. Die Kooperative ist jedoch nicht nur eine Struktur der formalen politischen Repräsentation, die Frauen tendenziell exkluiert, sondern auch die Familie als natürlich Einheit instituiert. So ist die Mitgliedschaft in der Kooperative weder Frauen noch Männern erlaubt, die keine minderjährigen Kinder haben.

Familie und der *Comunidad* als formale Arbeit sowie auf die Einforderung von Landrechten für Frauen. So schloss sich MMQ im Jahr 2000 mit anderen ehemaligen Organisationen der Frauenflüchtlinge zur „Verhandlungskommission für den Zugang zu Land und die gleichberechtigte Partizipation von Frauen“ („Comisión Negociadora“) zusammen.¹⁶¹

In diesem Kapitel habe ich die historische Konstitution sozialer Räume in Guatemala sowie ihre Verschiebungen und Aktualisierungen im Kontext des Krieges und der Etablierung einer Nachkriegsordnung in Guatemala umrissen. Diese Verschiebungen im Raum führten zur Artikulation des selbst bestimmten Rückkehrprojektes *el Retorno*. Die allgemeinen Kennzeichen der *Imagined Returned Community* der *Retornados/as* sind als Gegenerzählungen zur Nation skizziert worden, die einen Raum, einen Bereich des Sagbaren, auch für die politische Artikulation der Frauenflüchtlinge boten. Im Folgenden rekonstruiere ich detaillierter diese Erzählungen der Rückkehr.

¹⁶¹ “Comisión Negociadora por el Acceso a la Tierra y la Participación Equitativa de Mujeres”.